



EDK | CDIP | CDPE | CDEP |

Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione
Conferenza svizra dals directurs chantunals da l'educaziun publica

PRIVATSCHULEN ÉCOLES PRIVÉES

Quellen: Kantonale Schulgesetzgebungen, Stand Mai 2010
Sources: Législations scolaires cantonales, état mai 2010

Informationszentrum IDES, Juni 2010
Centre d'information IDES, juin 2010

Generalsekretariat | Secrétariat général

Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach 660, CH-3000 Bern 7 | T: +41 (0)31 309 51 11, F: +41 (0)31 309 51 50, www.edk.ch, edk@edk.ch

IDES Informationszentrum | Centre d'information | T: +41 (0)31 309 51 00, F: +41 (0)31 309 51 10, ides@edk.ch

Privatschulen

Die Schulpflicht kann durch den Besuch einer öffentlichen Schule, den Besuch einer Privatschule oder durch Privatunterricht erfüllt werden. In allen Kantonen regelt die Schulgesetzgebung den Privatschulbesuch während der Dauer der obligatorischen Schulzeit.

Die Privatschulen sind bewilligungspflichtig und unterstehen staatlicher Aufsicht. Die Bewilligung wird erteilt, wenn die an der Privatschule angebotene Bildung gleichwertig ist wie die Bildung an der öffentlichen Volksschule. Bewilligungsvoraussetzungen sind demnach Bildungsziele, Lehrplan, Ansprüche an Lehrpersonen und Räumlichkeiten, die den an die öffentlichen Volksschulen gestellten Anforderungen zu entsprechen haben.

Entspricht der Unterricht an Privatschulen nicht den gesetzlichen Anforderungen, kann die Bewilligung entzogen und der Übertritt privat geschulter Schülerinnen und Schülern in die öffentliche Schule verfügt werden.

In einigen Kantonen können Privatschulen aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Auch können an die Erziehungsberechtigten Beiträge an das Schulgeld ausgerichtet werden.

Je nach kantonaler Schulgesetzgebung können Schülerinnen und Schüler, die die obligatorische Schulpflicht an Privatschulen absolvieren, Leistungen der Schuldienste einschliesslich der dafür notwendigen Abklärungen beanspruchen (z.B. Schulgesundheitsliche Dienste, Logopädie).

Weitere Zusammenstellung basierend auf den kantonalen Schulgesetzgebungen:

Privatunterricht – Homeschooling

Ecoles privées

L'instruction est une obligation qui peut être remplie par la fréquentation d'une école publique, d'une école privée ou par enseignement à domicile. Tous les cantons réglementent dans le cadre de leur législation scolaire la possibilité de recevoir un enseignement dans une école privée pendant la durée de la scolarité obligatoire.

Les écoles privées sont soumises à autorisation et placées sous la surveillance de l'Etat. L'autorisation s'obtient si l'enseignement dispensé par l'école privée est de qualité équivalente à celui de l'école publique. Si l'enseignement dispensé par l'école privée ne répond plus aux conditions légales et réglementaires, l'autorité de surveillance peut retirer l'autorisation et placer l'(es) élève(s) dans une classe de l'école publique.

Dans les cas où la législation scolaire cantonale le prévoit, les élèves accomplissant leur scolarité obligatoire dans une école privée ont droit aux prestations des services scolaires ainsi qu'aux examens préalables que cela implique (par ex. service médical scolaire, logopédie).

Dans quelques cantons, les écoles privées peuvent obtenir des subsides de l'Etat. Dans certains cas, l'aide de l'Etat peut être versée aux titulaires de l'autorité parentale sous la forme de participation à l'écolage.

Vous trouverez une autre synthèse qui se fonde sur les recueils des bases légales cantonales: enseignement à domicile

Rechtliche Grundlagen / Bases juridiques

- 1.) Diese Zusammenstellung basiert auf den kantonalen Gesetzessammlungen (Stand: Mai 2010). Für Aktualität, Vollständigkeit oder Richtigkeit dieser Zusammenstellung kann keine Gewähr übernommen werden. / *Cette présentation se base sur la législation cantonale (état mai 2010). Aucune garantie ne peut être donnée quant à l'actualité, l'exhaustivité ou l'exactitude des informations publiées ci-dessous.*
- 2.) Aufgeführt sind die wesentlichen Bestimmungen im Zusammenhang mit Privatschulen / *Sont présentées les dispositions principales en lien avec les écoles privées.*
- 3.) Die Nummern beziehen sich auf die Fundstelle in der Systematischen Sammlung des Kantons. / *La numérotation des textes est basée sur la systématique cantonale.*

| AG Aargau | |
|--|---|
| 110.000 Verfassung des Kantons Aargau vom 25. Juni 1980 | Dritter Abschnitt: Die öffentlichen Aufgaben B. Die einzelnen Aufgaben § 33 f) Privatschulen ¹ Der Kanton kann anerkannte Privatschulen unterstützen. ² Privatschulen der Volksschulstufe unterstehen der Aufsicht des Kantons. |
| 401.100 Schulgesetz vom 17. März 1981 | A. Allgemeine Bestimmungen § 1 Geltungsbereich ¹ Das Schulgesetz regelt das Bildungswesen in den öffentlichen Schulen sowie die Aufsicht über die Privatschulen und die private Schulung, soweit schulpflichtige Kinder unterrichtet werden. ² Die Zusammenarbeit mit andern Kantonen, insbesondere die interkantonale Angleichung von Schuleintrittsalter und Schuljahresbeginn sind durch Gesetz zu regeln. § 4 Schulpflicht ¹ Alle Kinder und Jugendlichen mit Aufenthalt im Kanton unterstehen der Schulpflicht. Sie dauert 9 Jahre oder bis zum erfolgreichen früheren Abschluss einer Grundausbildung an der Volksschule, längstens jedoch bis zur Vollendung des 16. Altersjahres. ² Kinder, die bis zum 30. April das sechste Altersjahr vollendet haben, werden auf Beginn des nächsten Schuljahres schulpflichtig. Bei mangelnder Schulreife wird der Beginn der Schulpflicht um ein Jahr hinausgeschoben. ³ Aus wichtigen Gründen kann das Departement Bildung, Kultur und Sport ein Kind auf Gesuch der Inhaber der elterlichen Sorge vorübergehend von der Schulpflicht entbinden oder vorzeitig daraus entlassen. ⁴ Die Schulpflicht kann auch im Rahmen einer Privatschule oder einer privaten Schulung erfüllt werden. Der Regierungsrat regelt hinsichtlich des Unterrichts der schulpflichtigen Kinder die Meldepflicht der Inhaber der elterlichen Sorge gegenüber der zuständigen Schulpflege. B. Schulen I. Kindergarten § 9 Aufgaben, Aufsicht ¹ Der Kindergarten unterstützt die Eltern bei der Erziehung der vorschulpflichtigen Kinder. Er fördert das Kind auf spielerische Art in seiner Entwicklung und hilft ihm, schulreif und gemeinschaftsfähig zu werden. Er nimmt den Schulunterricht nicht vorweg. ² Der Kindergarten umfasst das letzte oder die beiden letzten Jahre vor Beginn der Schulpflicht; der Besuch ist freiwillig und dauert bis zum Schuleintritt. ³ Jedem Kind ist Gelegenheit zu geben, den Kindergarten während wenigstens eines Jahres zu besuchen. ^{3bis} Kinder mit Behinderungen können im Regelkindergarten gefördert werden, sofern deren Besuch mit geeigneter Unterstützung möglich und vertretbar ist. Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten, insbesondere den Rahmen der Unterstützung. ⁴ Eine Kindergartenabteilung darf auf die Dauer 24 Kinder nicht übersteigen. ⁵ ... ⁶ Die öffentlichen und privaten Kindergärten stehen unter staatlicher Aufsicht. C. Eltern, Schüler, Lehrer und Inspektoren |

III. Qualitätssicherung

§ 51 Aufsicht und Beratung

¹ Die Inspektoren üben die pädagogische und fachliche Aufsicht über den Unterricht an den öffentlichen und privaten Schulen aus; sie beraten die Lehrer.

² Sie stehen den Schulbehörden als Berater zur Verfügung.

D. Trägerschaft durch Gemeinde und Private

I. Privatschulen und private Schulung

§ 58 Bewilligung; Nachweis des genügenden Unterrichts

¹ Privatschulen, in denen Kinder ihre Schulpflicht erfüllen, bedürfen der Bewilligung des Erziehungsrats. Die Bewilligung von Sonderschulen richtet sich nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Einrichtungen für Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen (Betreuungsgesetz) vom 2. Mai 2006.

² Der Regierungsrat legt zur Sicherung einer den öffentlichen Schulen gleichwertigen Ausbildung die Bewilligungsvoraussetzungen fest. Die jeweilige Trägerschaft einer Privatschule muss vertrauenswürdig sein und Gewähr dafür bieten, dass die Schülerinnen und Schüler nicht Einflüssen ausgesetzt werden, die denjenigen Zielen der öffentlichen Schulen zuwiderlaufen, die sich aus der Präambel dieses Gesetzes ergeben.

³ Bei privater Schulung schulpflichtiger Kinder durch die Eltern, Pflegeeltern oder durch eine Drittperson ausserhalb einer Privatschule muss der genügende Unterricht nachgewiesen werden. Die Einzelheiten regelt der Regierungsrat.

§ 58a Aufsicht

¹ Privatschulen und private Schulung stehen unter staatlicher Aufsicht.

² Bestehen begründete Zweifel, ob die Bewilligungsvoraussetzungen weiterhin erfüllt werden, kann die Bewilligungsbehörde Anordnungen zur Klärung und Behebung von Missständen treffen. Sind die Bewilligungsvoraussetzungen nicht mehr oder nicht mehr vollständig erfüllt, kann die Bewilligungsbehörde die notwendigen Massnahmen treffen und allenfalls die Bewilligung entziehen.

§ 58b Instrumentalunterricht an der Oberstufe, Therapien und Schuldienste

Schulpflichtige Kinder, die ihren Wohnsitz im Kanton Aargau haben und eine Privatschule besuchen oder privat geschult werden, haben zu den gleichen Bedingungen Zugang zum Instrumentalunterricht an der Oberstufe sowie zu den Therapien und Schuldiensten wie die Kinder an den öffentlichen Schulen.

§ 58c Lehrpersonen an Privatschulen; Weiterbildung

¹ Lehrpersonen, die an Privatschulen im Kanton Aargau schulpflichtige Kinder unterrichten, haben die Pflicht, sich in geeigneter Weise weiterzubilden.

² Die vom Kanton Aargau angebotenen Weiterbildungskurse stehen den Lehrpersonen an Privatschulen im Kanton Aargau zu denselben Bedingungen zur Verfügung wie den Lehrpersonen an den öffentlichen Schulen. Davon ausgenommen sind Kurse, die dem Erwerb einer höheren Qualifikation dienen.

G. Behörden

1. Schulpflege

§ 71 Aufgaben

¹ Die Schulpflege ist verantwortlich für die Führung des Kindergartens sowie der Volksschule und beaufsichtigt die private Schulung. Sie trifft alle Entscheidungen, die mit einem ordentlichen Rechtsmittel angefochten werden können.

² Die Schulleitung führt die Schule operativ und entlastet die Schulpflege. Sie nimmt die interne Qualitätssicherung und -entwicklung wahr und ist der Schulpflege unterstellt.

³ Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten zur Schulleitung. Er kann für kleine Schulen von der Einsetzung einer Schulleitung absehen und die entsprechenden Kompetenzen bei der Schulpflege belassen.

§ 73 Laufbahnentscheide

¹ Die Schulpflege entscheidet über die Einschulung von Schülerinnen und Schülern, die Aufnahme, die Zuweisung in Abteilungen und die Zuweisung in Sonderkindergärten und Sonderschulen.

| | |
|--|--|
| | <p>² Die Schulpflege entscheidet über die Zuweisung der Schülerinnen und Schüler in Stufen, Typen und in die Kleinklasse sowie über die Beförderung und Versetzung, wenn sich die Inhaber der elterlichen Sorge der Beurteilung der Schule nicht anschliessen können.</p> <p>2bis Tritt ein Kind in eine öffentliche Schule über, nachdem es eine Privatschule besuchte oder privat geschult wurde, kann die zuständige Schulpflege eine Prüfung zur Beurteilung des Leistungsstands anordnen.</p> <p>³ Mit dem Einverständnis der Inhaber der elterlichen Sorge sind vor einer Zuweisung in einen Sonderkindergarten oder in eine Sonderschule und in Zweifelsfällen vor einer vorzeitigen Einschulung, einem Hinausschieben der Schulpflicht, einem Überspringen von Klassen sowie einer Zuweisung in eine Kleinklasse die zuständigen Schuldienste beizuziehen.</p> <p>⁴ Bei Schülerinnen und Schülern in Sonderkindergärten und Sonderschulen ist auf Antrag der Inhaber der elterlichen Sorge oder der Schulleitung die Notwendigkeit der Sonderschulung rechtzeitig vor Ende des Schuljahrs zu überprüfen.</p> <p>⁵ ...</p> |
| <p>421.311 Verordnung über die Volksschule vom 29. April 1985</p> | <p>A. Allgemeine Bestimmungen</p> <p>§ 1 Meldung, Einschreibung</p> <p>¹ Die Schulpflege erhält von der Einwohnerkontrolle jährlich bis Ende Januar die Personalien der Kinder, die im laufenden Jahr schulpflichtig werden, sowie laufend die Personalien der Neuzuzüger.</p> <p>² Die Eltern sind verpflichtet, ihre schulpflichtigen Kinder am Wohn- oder Aufenthaltsort bei der Schulpflege einschreiben zu lassen. Einzuschreiben sind auch jene Kinder, die in einer Privatschule oder Sonderschule unterrichtet werden sollen, sowie die im Vorjahr zurückgestellten. Die Schulpflege trifft rechtzeitig die dazu erforderlichen Massnahmen.</p> <p>§ 4a Meldepflicht der Eltern</p> <p>Die Eltern beziehungsweise Pflegeeltern des Kinds haben der zuständigen Schulpflege dessen Eintritt in eine und dessen Austritt aus einer Privatschule oder die Aufnahme und die Beendigung der privaten Schulung schriftlich und mindestens 14 Tage im Voraus zu melden.</p> <p>D.</p> <p>V. Privatschulen und private Schulung</p> <p>§ 44a Privatschulen: Bewilligungsvoraussetzungen</p> <p>Für die Erteilung einer Bewilligung zur Errichtung einer Privatschule gelten folgende Voraussetzungen:</p> <p>a) in Bezug auf die Bildungsziele, den Lehrplan, die Ausbildung der Lehrpersonen und die räumlichen Anforderungen hat die Privatschule den öffentlichen Schulen zu entsprechen;</p> <p>b) den Eltern beziehungsweise Pflegeeltern der Schülerinnen und Schüler muss mindestens einmal jährlich seitens der Schule eine mündliche oder schriftliche Leistungsbeurteilung ihres Kinds abgegeben werden. Bei Austritt oder Übertritt muss den Eltern beziehungsweise Pflegeeltern des Kinds auf Verlangen eine schriftliche Leistungsbeurteilung abgegeben werden.</p> |

AI Appenzell-Innerrhoden

| | |
|---|---|
| <p>411.000 Schulgesetz (SchG) vom 25. April 2004</p> | <p>I. Allgemeine Bestimmungen</p> <p>Art. 1 Geltungsbereich</p> <p>¹ Das Schulgesetz gilt für die öffentlichen Schulen mit Ausnahme des Gymnasiums.</p> <p>² Als öffentliche Schulen werden im Kanton geführt:</p> <p>a) der Kindergarten;</p> <p>b) die Primarschule;</p> <p>c) die Kleinklassenschule;</p> <p>d) die Realschule;</p> <p>e) die Sekundarschule.</p> <p>³ Der Kanton kann fakultative zehnte Klassen führen.</p> <p>⁴ Das Gesetz regelt zudem die Beziehungen zu weiteren Institutionen des Bildungswesens sowie die Aufsicht über private Schulen und privaten</p> |
|---|---|

| | |
|---|---|
| | <p>Unterricht auf der Volksschulstufe gemäss Abs. 2 dieses Artikels.</p> <p>III. Übrige Institutionen des Bildungswesens</p> <p>Art. 13 Privatschulen und Privatunterricht</p> <p>¹ Der Besuch von privaten Schulen und von Privatunterricht auf der Volksschulstufe steht frei; er ist dem Schulrat und dem Erziehungsdepartement (nachfolgend Departement genannt) zu melden.</p> <p>² Die Inhaber der elterlichen Sorge tragen die Kosten dieser Ausbildung.</p> <p>³ Die Führung von privaten Schulen sowie die Erteilung von Privatunterricht auf der Volksschulstufe bedürfen der Bewilligung durch die Landesschulkommission und unterstehen deren Aufsicht.</p> <p>IV. Rechtsstellung der Schulbeteiligten</p> <p>A. Schüler</p> <p>c. Schulort</p> <p>Art. 22 Schulgemeinde des Wohnortes</p> <p>¹ Die Schulpflicht ist grundsätzlich in der Schulgemeinde des Wohnortes (Art. 4 Abs. 1 dieses Gesetzes) zu erfüllen.</p> <p>² Vorbehalten bleiben die Bestimmungen über die Real-, Sekundar- und Kleinklassenschule (Art. 4 Abs. 2 dieses Gesetzes), das Gymnasium und die Vertragsschulgemeinden (Art. 5 dieses Gesetzes).</p> <p>³ Die Schulpflicht kann auch am bewilligten Schulort (Art. 23 - 25 dieses Gesetzes) oder am Ort der Privatschule bzw. des Privatunterrichts (Art. 13 dieses Gesetzes) erfüllt werden.</p> |
| <p>411.010 Schulverordnung (SchV) vom 21. Juni 2004</p> | <p>II. Rechtsstellung der Lehrkräfte</p> <p>Art. 9 Lehrkräfte an Privatschulen und Privatunterricht</p> <p>¹ Für die Anstellung von Lehrkräften an Privatschulen gelten die gleichen Anstellungsvoraussetzungen wie für die Anstellung von Lehrern an öffentlichen Schulen. Im Übrigen regeln die Privatschulen das Arbeitsverhältnis mit den Lehrkräften im Rahmen des Obligationenrechtes.</p> <p>² Wer Privatunterricht anstelle der öffentlichen Schulen erteilt, muss die Anstellungsvoraussetzungen von Art. 32 SchG erfüllen.</p> |
| <p>411.012 Landesschulkommissionsbeschluss zum Schulgesetz vom 18. Mai 2005</p> | <p>Privatschulen und Privatunterricht</p> <p>Art. 22g Bewilligung für die Führung von Privatschulen und die Erteilung von Privatunterricht</p> <p>¹ Die Führung einer Privatschule und die Erteilung von Privatunterricht bedarf der Bewilligung durch die Landesschulkommission.</p> <p>² Die Bewilligung wird erteilt, wenn die Gesuchsteller nachweisen, dass sie die nachstehenden Bewilligungsvoraussetzungen erfüllen.</p> <p>³ Die Bewilligung wird befristet auf ein Jahr erteilt und kann wieder erneuert werden.</p> <p>⁴ Die Bewilligung zum Privatunterricht berechtigt ausschliesslich zum Unterricht von Kindern einer einzelnen Familie.</p> <p>Art. 22h Bewilligungsvoraussetzungen</p> <p>¹ Der Unterricht muss von Personen erteilt werden, welche eine kantonale Lehrbewilligung besitzen.</p> <p>² Der kantonale Lehrplan ist verbindlich.</p> <p>³ Die obligatorischen Lehrmittel sind zu verwenden.</p> <p>⁴ Die wöchentliche Lektionenzahl der entsprechenden Stufe ist auf 5 Tage verteilt innerhalb von 8 Stunden pro Tag (nicht vor 7.30 Uhr und nicht nach 17.30 Uhr) einzuhalten.</p> <p>⁵ Die Anzahl der Schuljahre ist verbindlich, die Promotionsordnung gilt sinngemäss.</p> <p>⁶ Der Erziehung zur Sozialkompetenz ist besondere Beachtung zu schenken.</p> <p>Art. 22i Aufsicht</p> <p>¹ Die Aufsicht wird durch das Schulamt wahrgenommen.</p> <p>² Das Schulamt hat zu den in Art. 22h Abs. 4 dieses Beschlusses genannten Zeiten freien Zutritt zu den Räumen, in denen Unterricht gehalten wird.</p> <p>³ Das Schulamt kann die Führung eines Unterrichtsjournals anordnen, seinen Inhalt festlegen und sich das Journal periodisch vorlegen lassen.</p> <p>⁴ Das Schulamt kann zur Überprüfung der Einhaltung des Lehrplanes Prüfungen an von ihm bezeichneten Orten durchführen.</p> <p>⁵ Das Schulamt prüft insbesondere auch die Erfüllung de Schulauftrages im Sinne von Art. 2 SchG.</p> <p>⁶ Das Schulamt erstattet der Landesschulkommission jährlich Bericht über die Inspektions- und Prüfungsergebnisse.</p> |

| | |
|--|---|
| | <p>Art. 22k Entzug der Bewilligung</p> <p>¹ Die Bewilligung wird von der Landesschulkommission entzogen, wenn die Bewilligungsvoraussetzungen nicht mehr erfüllt werden.</p> <p>² Die Bewilligung wird ausserdem entzogen, wenn Privatschule und Privatunterricht den Erziehungsauftrag von Art. 2 Abs. 3 SchG nicht erfüllen.</p> |
|--|---|

| |
|----------------------------------|
| AR Appenzell-Ausserrhoden |
|----------------------------------|

| | |
|---|---|
| <p>111.1 Verfassung des Kantons Appenzell A.Rh. Von der Landsgemeinde erlassen am 30. April 1995</p> | <p>5. Öffentliche Aufgaben 5.2 Die öffentlichen Aufgaben im einzelnen Art. 37 b) Schule</p> <p>¹ Kanton und Gemeinden führen öffentliche Kindergärten und Schulen. ² Sie können Beiträge an Privatschulen leisten. ³ Jeder Person steht es frei, entweder die öffentlichen Schulen oder auf eigene Kosten anerkannte Privatschulen zu besuchen.</p> |
| <p>411.0 Gesetz über Schule und Bildung (Schulgesetz) vom 24. September 2000</p> | <p>I. Allgemeine Bestimmungen Art. 1 Geltungsbereich</p> <p>¹ Dieses Gesetz regelt die Schulung, Ausbildung und Erziehung an allen Schulen und Bildungseinrichtungen öffentlicher und privater Träger im Kanton. ² Im weiteren regelt es bei ausserkantonalen Einrichtungen im Schul- und Bildungswesen die Mitträgerschaft und die Beitragsleistungen. ³ ...</p> <p>Art. 3 Öffentliche und private Schulen</p> <p>¹ Als öffentliche Schulen gelten die von Gemeinden, von Gemeindeverbänden, vom Kanton oder aufgrund interkantonalen Vereinbarungen geführten Schulen. ² Als private Schulen gelten alle nicht öffentlichen Schulen. ³ Jeder Person steht es frei, entweder die öffentlichen und die von der öffentlichen Hand unterstützten Schulen oder auf eigene Kosten Privatschulen zu besuchen.</p> <p>II. Trägerschaft der Schulen Art. 4 Gemeinden</p> <p>¹ Die Gemeinden sind Träger der Kindergärten, der Primarschulen und der Schulen der Sekundarstufe I. ² Sie führen diese nach den Grundsätzen der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit selbständig oder durch Vereinbarung oder Bildung eines Zweckverbandes mit andern Gemeinden zusammen. ³ Die Gemeinden können mit privaten Schulen Zusammenarbeitsverträge abschliessen. ⁴ Der Regierungsrat kann Gemeinden zur Zusammenarbeit verpflichten.</p> <p>Art. 5 Kanton</p> <p>¹ Der Kanton ist Träger von Schulen der Sekundarstufe II und der Tertiärstufe. Er kann anstelle der Gemeinden auch Schulen der Volksschulstufe führen. ² ... ³ Der Regierungsrat schliesst Vereinbarungen ab, um Lernenden aus Appenzell Ausserrhoden den Zugang zu ausserkantonalen Schulen der Sekundarstufe II und der Tertiärstufe zu ermöglichen. ⁴ Der Regierungsrat kann mit privaten Schulen Zusammenarbeitsverträge abschliessen.</p> <p>Art. 6 Private Schulen, häuslicher Unterricht</p> <p>¹ Wer eine private Schule führt, braucht eine Bewilligung des Departements Bildung. Sie wird erteilt, wenn die Schule alle Anforderungen erfüllt, welche an öffentliche Schulen gestellt werden.</p> |

| | |
|---|--|
| | <p>2 Der häusliche Unterricht anstelle des Unterrichts in öffentlichen oder privaten Schulen bedarf während der Dauer der obligatorischen Schulzeit einer Bewilligung des Departements Bildung.</p> <p>3 Private Schulen sowie der häusliche Unterricht unterstehen der Aufsicht des Departements Bildung.</p> <p>IX. Finanzierung der Schulen</p> <p>Art. 46 b) Andere Schulen</p> <p>1 Der Kanton leistet Beiträge an ausserkantonale Schulen der Sekundarstufe II und der Tertiärstufe, mit denen Verträge oder für die interkantonale Vereinbarungen bestehen.</p> <p>2 Der Kanton kann Beiträge leisten:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) an Privatschulen, wenn sie dem öffentlichen Interesse entsprechen und dem Gemeinwesen erhebliche Schullasten abnehmen; b) für Institutionen öffentlicher oder privater Träger innerhalb oder ausserhalb des Kantons, welche auf dem Gebiet der Bildung und Erziehung tätig sind; c) für den Besuch ausserkantonalen, staatlich anerkannter Schulen, mit denen keine Vereinbarungen bestehen. <p>3 Der Regierungsrat regelt die Voraussetzungen und die Höhe der Beitragsleistungen.</p> |
| <p>411.1 Verordnung zum Gesetz über Schule und Bildung (Schulverordnung) vom 26. März 2001</p> | <p>I. Trägerschaft der Schulen</p> <p>Art. 1 Volksschulangebot, Zusammenarbeit</p> <p>1 Jede Gemeinde gewährleistet ihren Lernenden die Möglichkeit des Besuchs der Volksschule, allenfalls durch Vereinbarungen mit andern Gemeinden, dem Kanton oder für einzelne Stufen mit privaten Schulen.</p> <p>2 Vereinbarungen, welche für die Volksschulstufe eine Zusammenarbeit unter Gemeinden regeln, bedürfen der Genehmigung des Regierungsrates.</p> <p>3 Entsprechende Vereinbarungen von Gemeinden mit privaten Schulen sind durch das Departement Bildung zu genehmigen.</p> <p>Art. 3 Private Schulen</p> <p>Erziehungsberechtigte, welche ihre schulpflichtigen Kinder an einer privaten Schule unterrichten lassen, haben dies der Schulleitung an ihrem Wohnsitz zu melden und nach Abschluss jedes Schuljahres einen entsprechenden Nachweis zu erbringen.</p> <p>VI. Organisation der Schule</p> <p>Art. 37 Dauer des Schuljahres, Ferien</p> <p>1 Das Schuljahr beginnt nach den Sommerferien und umfasst 40 Schulwochen.</p> <p>2 Mindestens zehn der zwölf Ferienwochen werden für alle Schulen im Kanton einheitlich festgelegt. Das Departement Bildung kann Ausnahmen bewilligen, insbesondere für Grenzgemeinden und private Schulen.</p> <p>3 Die Schulträger haben das Recht, ohne Anrechnung an die Feriendauer höchstens fünf Halbtage pro Jahr als unterrichtsfrei zu erklären, insbesondere für Anlässe von lokaler Bedeutung oder für tageweise Ferienverlängerungen. Diese Halbtage dürfen aber nicht zusammenhängend als zusätzliche Ferien verwendet werden.</p> <p>4 Bei der Ferienregelung ist eine Koordination mit den Nachbarkantonen anzustreben.</p> <p>Art. 38 Pädagogische Fachstellen</p> <p>a) Grundsätze</p> <p>1 Die Pädagogischen Fachstellen übernehmen Aufgaben der Aufsicht, der Steuerung und des Qualitätsmanagements. Ihre Angebote gegenüber Lehrenden, Schulbehörden, Lernenden und Erziehungsberechtigten erfüllen sie im Sinne wirksamer und wirtschaftlicher Dienstleistungen.</p> <p>2 Das Departement Bildung erlässt für die einzelnen Fachstellen Pflichtenhefte.</p> <p>3 Das Grundangebot gegenüber den Gemeinden und Lehrenden gemäss Art. 38 und 39 ist kostenlos.</p> <p>Art. 39 b) Hauptaufgaben</p> <p>1 Aufsicht und Kontrolle (Qualitätssicherung) Vorschriftenkontrolle gegenüber Gemeinden, Schulbehörden und Lehrenden; Begutachtung von Lehrenden und Schulleitungen auf Antrag von Schulleitungen bzw. Schulbehörden; Kontrolle der Privatschulen und des häuslichen Unterrichts.</p> <p>2 Evaluation von Schulen (Qualitätsentwicklung) Planung, Durchführung und Auswertung der Evaluation von Schulen; Unterstützung der Gemeinden</p> |

| | |
|--|---|
| | <p>im Aufbau der Selbstevaluation.</p> <p>3 Unterstützung, Beratung, Weiterbildung und Entwicklung (Qualitätsvorsorge)</p> <p>a) Schulentwicklung: Planung, Durchführung und Auswertung kantonaler Projekte; Beratung von Gemeinden in Fragen der Schulentwicklung; kantonale und regionale Koordination der Schulentwicklung.</p> <p>b) Weiterbildung: Bedürfnisabklärung, Planung und Durchführung von kantonalen Angeboten für Lehrende, Schulleitungen und Schulbehörden; Beratung der Gemeinden bei schulinternen Vorhaben; Planung und Durchführung von Angeboten im Zusammenhang mit Projekten der Schulentwicklung und der Berufseinführung von Lehrenden.</p> <p>c) Beratung der Lehrenden zur beruflichen Weiterentwicklung und bei schulischen und persönlichen Problemen.</p> <p>VIII. Kantonsbeiträge</p> <p>Art. 44 Pauschale Betriebskostenbeiträge</p> <p>1 Der Kanton leistet den Gemeinden einen pauschalen Betriebskostenbeitrag für die Lernenden der Volksschulstufe gemäss Art. 7 Schulgesetz, für welche die Gemeinden bezüglich Schulpflicht und Schulbesuchsrecht zu ständig sind und tatsächlich auch aufkommen, sei es, dass die Gemeinden die Lernenden an eigenen Schulen unterrichten lassen, sei es, dass die Gemeinden das volle Schulgeld für den Besuch einer auswärtigen, öffentlichen oder privaten Schule übernehmen.</p> <p>2 ...</p> <p>3 ...</p> <p>4 ...</p> <p>5 Die Gemeinden melden dem Departement Bildung jährlich die Anzahl der Lernenden gemäss Abs. 1. Stichtag ist der 1. Januar.</p> <p>6 Die Beiträge werden je zur Hälfte im ersten und im dritten Quartal des Kalenderjahres ausbezahlt.</p> |
|--|---|

| |
|------------------------|
| BE Bern / Berne |
|------------------------|

| | |
|--|--|
| <p>101.1 Verfassung des Kantons Bern vom 6. Juni 1993</p> | <p>3. Öffentliche Aufgaben 3.7 Bildung und Forschung Art. 43 Schulen</p> <p>1 Kanton und Gemeinden führen öffentliche Kindergärten und Schulen. Der Unterricht ist konfessionell und politisch neutral.</p> <p>2 Sie können an Privatschulen, die öffentliche Aufgaben erfüllen, Beiträge leisten.</p> <p>3 Der Kanton ordnet die Aufsicht über die Privatschulen und den Privatunterricht.</p> |
| <p>101.1 Constitution du canton Berne du 6 juin 1993</p> | <p>3. Tâches publiques 3.7 Formation et recherche Art. 43 Ecoles</p> <p>1 Le canton et les communes entretiennent des jardins d'enfants et des écoles. L'enseignement respecte la neutralité confessionnelle et politique.</p> <p>2 Le canton et les communes peuvent allouer des subsides aux écoles privées qui assument des tâches publiques.</p> <p>3 Le canton règle la surveillance sur les écoles privées et sur l'enseignement privé.</p> |
| <p>432.210 Volksschulgesetz (VSG) vom 19. März 1992</p> | <p>XII. Private Schulung 1. Grundsatz Art. 64</p> <p>Die Schulpflicht kann auch im Rahmen einer Privatschule oder durch Privatunterricht erfüllt werden.</p> <p>2. Privatschulen Art. 65 Bewilligung</p> <p>Privatschulen, in denen Kinder ihre Schulpflicht erfüllen, bedürfen einer Bewilligung der Erziehungsdirektion.</p> <p>Art. 66 Bewilligungsvoraussetzungen</p> |

| | |
|--|---|
| | <p>¹ Die Bewilligung wird erteilt, wenn die Privatschule gewährleistet, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> a die Aufgaben gemäss Artikel 2 erfüllt werden, b pädagogisch ausgebildete Personen diejenigen Personen anleiten und überwachen, die den Unterricht erteilen, c genügende Schulinrichtungen vorhanden sind, d die für die öffentlichen Primar- und Realklassen geltenden Unterrichtsinhalte und -ziele im Rahmen der Schulstufen erreicht werden und e die Unterrichtssprache sich unter Vorbehalt von Absatz 2 nach der Amtssprache der Region richtet. <p>² Eine andere Unterrichtssprache in einzelnen Fächern kann bewilligt werden, wenn die Privatschule gewährleistet, dass die unterrichtenden Personen über die notwendigen Qualifikationen verfügen.</p> <p>Art. 66a Bewilligungsvoraussetzungen für spezielle Privatschulen Privatschulen mit einer internationalen Ausrichtung, in denen Kinder unterrichtet werden, die keiner Integration bedürfen, wird die Bewilligung erteilt, wenn die Privatschule gewährleistet, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> a die Aufgaben gemäss Artikel 2 erfüllt werden, b pädagogisch ausgebildetes Personal den Unterricht verantwortet, c genügende Schulinrichtungen vorhanden sind und d die Unterrichtsinhalte und -ziele den Übertritt in die öffentlichen Ausbildungsgänge anderer Staaten ermöglichen. <p>Art. 66b Aufsicht und Entzug</p> <p>¹ Die zuständige Stelle der Erziehungsdirektion beaufsichtigt die Privatschulen.</p> <p>² Privatschulen erstatten der Aufsichtsbehörde periodisch Bericht über das Einhalten der Bewilligungsvoraussetzungen.</p> <p>³ Sie sind verpflichtet, der Aufsichtsbehörde Auskünfte zu erteilen, Einsicht in Akten zu gewähren, Zutritt zu den Schulinrichtungen zu verschaffen und sie in allen Belangen zu unterstützen, soweit dies für die Wahrnehmung der Aufsicht erforderlich ist. Sie können sich gegenüber der Aufsichtsbehörde nicht auf gesetzliche Geheimhaltungspflichten berufen.</p> <p>⁴ Werden die Bewilligungsvoraussetzungen nicht eingehalten oder die Auskunfts- und Mitteilungspflichten verletzt, entzieht die Erziehungsdirektion die Bewilligung.</p> <p>Art. 67 Beiträge</p> <p>¹ Der Kanton kann Beiträge an Privatschulen leisten, sofern diese</p> <ul style="list-style-type: none"> a Schülerinnen und Schüler aufnehmen, ohne sie namentlich aufgrund ihrer kulturellen oder religiösen Herkunft auszugrenzen, b nicht gewinnorientiert sind, c das Einhalten von Qualitätsvorgaben gewährleisten und d die Voraussetzungen gemäss Absatz 2 erfüllen. <p>² Beiträge werden nur an Privatschulen gewährt, die</p> <ul style="list-style-type: none"> a die Attraktivität des Kantons als Standort internationaler Unternehmen massgeblich unterstützen oder b eine angemessene Grösse aufweisen sowie seit längerem bestehen und damit eine nachhaltige Nachfrage dokumentieren. <p>³ Die Beiträge sind Finanzhilfen im Sinne der Staatsbeitragsgesetzgebung.</p> <p>⁴ Sie werden pauschal pro Schülerin und Schüler ausgerichtet und betragen höchstens 20 Prozent der entsprechenden Kosten der öffentlichen Schule.</p> <p>⁵ Der Regierungsrat bewilligt die Beiträge unter Vorbehalt der Ausgabenbefugnisse der Erziehungsdirektion abschliessend.</p> <p>Art. 67a Leistungsverträge</p> <p>¹ Die zuständige Stelle der Erziehungsdirektion schliesst mit den beitragsberechtigten Privatschulen Leistungsverträge ab.</p> <p>² Die Leistungsverträge regeln die zu erbringenden Leistungen, die damit verbundenen Qualitätsvorgaben sowie die Berichterstattung und das Controlling.</p> <p>Art. 68 Kontrolle des Schulbesuches Der Schulbesuch ist in der Privatschule von der Schulleitung wie in der öffentlichen Schule zu überwachen. Sie hat strafbares unentschuldigtes Fernbleiben vom Unterricht der zuständigen Schulkommission zu melden. Im weiteren gelten die Artikel 32 und 33.</p> |
|--|---|

| | |
|---|---|
| | <p>Art. 69 Ein- und Austritt ¹ Die Inhaber von Privatschulen haben jährlich bis spätestens vier Wochen nach Beginn des Schuljahres der Schulkommission der Gemeinde, in der ein Kind schulpflichtig ist, ein Verzeichnis der ihre Schule besuchenden Kinder, mit Angabe des Geburtsjahres der Kinder sowie der Namen und Adressen der Eltern, einzusenden. ² Wenn sie im Laufe des Schuljahres schulpflichtige Kinder aufnehmen oder entlassen, haben sie dies innert einer Woche der betreffenden Schulkommission schriftlich mitzuteilen. ³ Die Inhaber der Privatschulen sind für die Folgen der Nichtbeachtung dieser Vorschriften verantwortlich.</p> <p>Art. 70 Führung und Besuch einer nicht bewilligten Schule ¹ Wer ohne Bewilligung eine Privatschule führt, wird mit Busse bis 40 000 Franken bestraft. ² Eltern, welche ihre Kinder schuldhaft in eine nicht bewilligte Schule oder Klasse schicken, werden gemäss den Artikeln 32 und 33 bestraft.</p> |
| <p>432.210 Loi du 19 mars 1992 sur l'école obligatoire (LEO)</p> | <p>XII. Enseignement privé 1. Principe Art. 64 L'instruction obligatoire peut être donnée dans une école privée ou sous forme d'instruction privée.</p> <p>2. Ecoles privées Art. 65 Autorisation Les écoles privées dans lesquelles les élèves accomplissent leur scolarité obligatoire doivent être autorisées par la Direction de l'instruction publique.</p> <p>Art. 66 Conditions requises pour l'octroi d'une autorisation ¹ L'autorisation de gérer une école privée est accordée si l'école garantit a qu'elle accomplit la mission définie à l'article 2; b que les personnes qui dispensent l'enseignement sont guidées dans leur travail et contrôlées par des personnes dotées des qualifications pédagogiques requises; c qu'elle dispose d'équipements suffisants; d qu'elle transmet les contenus et atteint les objectifs d'enseignement assignés aux classes primaires ou aux classes générales publiques dans les niveaux d'enseignement correspondants et e que la langue d'enseignement est déterminée, sous réserve de l'alinéa 2, en fonction de la langue officielle de la région concernée. ² L'école privée peut être autorisée à dispenser dans certaines disciplines l'enseignement dans une autre langue si elle garantit que les personnes qui enseignent ont les qualifications requises.</p> <p>Art. 66a Conditions requises pour l'octroi d'une autorisation aux écoles privées spéciales Toute école privée à vocation internationale qui accueille des enfants dont l'intégration ne s'impose pas se voit octroyer une autorisation si l'école garantit a qu'elle accomplit la mission définie à l'article 2; b que la responsabilité de l'enseignement est assumée par des personnes dotées des qualifications pédagogiques requises; c qu'elle dispose d'équipements suffisants et d que les contenus et les objectifs d'enseignement permettent aux élèves d'accéder aux filières de formation publiques d'Etats tiers.</p> <p>Art. 66b Surveillance et révocation de l'autorisation ¹ Les écoles privées sont placées sous la surveillance du service compétent de la Direction de l'instruction publique. ² Elles présentent régulièrement un rapport à l'autorité de surveillance sur le respect des conditions d'autorisation requises. ³ Elles sont tenues de donner tous les renseignements nécessaires à l'autorité de surveillance, de lui donner accès aux dossiers ainsi qu'aux équipements scolaires et de la soutenir dans tous les domaines, pour autant que ces mesures soient nécessaires à l'exercice de sa surveillance. Elles ne peuvent invoquer aucune obligation légale de garder le secret vis-à-vis de l'autorité de surveillance. ⁴ Si les conditions d'autorisation ne sont pas remplies ou si l'obligation de renseigner ou de communiquer n'est pas respectée, la Direction de</p> |

| | |
|---|--|
| | <p>l'instruction publique révoque l'autorisation.</p> <p>Art. 67 Subventions</p> <p>¹ Le canton peut allouer des subventions aux écoles privées, pour autant que celles-ci</p> <ul style="list-style-type: none"> a admettent les élèves sans les exclure notamment en raison de leur origine culturelle ou religieuse; b ne soient pas axées sur le profit; c appliquent les prescriptions à respecter en termes de qualité et d remplissent les conditions énoncées à l'alinéa 2. <p>² Les subventions ne sont octroyées qu'aux écoles privées</p> <ul style="list-style-type: none"> a qui renforcent de manière décisive l'attractivité du canton comme lieu d'implantation d'entreprises internationales ou b qui ont une taille appropriée et sont établies depuis longtemps, et peuvent ainsi justifier d'une demande durable. <p>³ Les subventions sont des aides financières au sens de la législation sur les subventions cantonales.</p> <p>⁴ Les subventions sont versées sous la forme de forfaits par élève et ne peuvent dépasser 20 pour cent des frais correspondants applicables aux écoles publiques.</p> <p>⁵ Le Conseil-exécutif est seul compétent pour autoriser l'octroi des subventions, sous réserve des compétences de la Direction de l'instruction publique en matière d'autorisation de dépenses.</p> <p>Art. 67a Contrats de prestations</p> <p>¹ Le service compétent de la Direction de l'instruction publique conclut des contrats de prestations avec les écoles privées ayant droit à des subventions.</p> <p>² Les contrats de prestations règlent les prestations à fournir, les prescriptions à respecter en termes de qualité, ainsi que les rapports à établir et le controlling.</p> <p>Art. 68 Contrôle de la présence de l'élève</p> <p>La présence de l'élève est contrôlée, à l'école privée comme à l'école publique, par la direction de l'école. Elle signale à la commission scolaire compétente les absences inexcusées et répréhensibles. Au surplus, les articles 32 et 33 s'appliquent à l'école privée.</p> <p>Art. 69 Admission et renvoi</p> <p>¹ Tous les ans, le propriétaire de l'école privée fournit la liste des enfants qui fréquentent son école à la commission scolaire de la commune dans laquelle l'élève doit être scolarisé. Il l'envoie dans les quatre semaines qui suivent la rentrée scolaire. Cette liste indique l'année de naissance des élèves ainsi que le nom et l'adresse de leurs parents.</p> <p>² Toute école privée qui admet ou renvoie en cours d'année un enfant soumis à l'obligation scolaire en avise la commission scolaire compétente par écrit dans un délai d'une semaine.</p> <p>³ Le propriétaire de l'école privée répond de toute violation des présentes dispositions.</p> <p>Art. 70 Exploitation et fréquentation d'une école non autorisée</p> <p>¹ Toute personne qui gère une école privée sans autorisation est passible d'une amende de 40 000 francs au plus. <i>[Teneur du 29. 1. 2008]</i></p> <p>² Les parents qui envoient fautivement leur enfant dans une classe ou une école dont la gestion n'a pas été autorisée, sont passibles des peines fixées aux articles 32 et 33.</p> |
| <p>432.211.1 Volksschulverordnung (VSV) vom 28. Mai 2008</p> | <p>1. Gegenstand</p> <p>Art. 1</p> <p>Diese Verordnung regelt</p> <ul style="list-style-type: none"> a den obligatorischen und fakultativen Unterricht an der Volksschule, b den Schulwechsel von Schülerinnen und Schülern, c die Organisation und die Führung der Schule, d die Schulanlagen, e die Beiträge für Schülertransportkosten, f die kantonale Schule französischer Sprache, |

| | |
|--|---|
| | <p>g Steuerung, Zuständigkeiten und Aufsicht, h die Gesundheits- und Beratungsdienste und i die Privatschulen.</p> <p>3. Schulwechsel von Schülerinnen und Schülern Art. 6 Privatschulen ¹ Schülerinnen und Schüler aus Privatschulen, die in eine Primarklasse übertreten wollen, werden durch die Schulleitung nach Anhören der abgebenden Lehrerschaft und der Eltern entsprechend dem Alter sowie dem bisher besuchten Schuljahr provisorisch einer entsprechenden Klasse zugewiesen. Nach einer Probezeit von mindestens einem Semester entscheidet die Schulleitung über die definitive Zuweisung. ² Schülerinnen und Schüler aus Privatschulen, die in eine Sekundarklasse übertreten wollen, haben in ihrer Situation angepasstes Übertrittsverfahren zu bestehen. Nach einer Probezeit von mindestens einem Semester entscheidet die Schulleitung über die definitive Zuweisung.</p> <p>8. Steuerung, Zuständigkeiten und Aufsicht 8.3 Erziehungsdirektion Art. 24 Verfügungsbefugnisse, zuständige Stelle ¹ Das Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung ist die zuständige Stelle der Erziehungsdirektion für a die Zuweisung zum Sekundarschulunterricht oder die Einführung eines entsprechenden Unterrichtsangebots (Art. 7 Abs. 3 VSG), b den Entscheid über das zur Verfügung stellen von Schulräumen für kirchlichen Unterricht (Art. 16 Abs.3 VSG), c die Genehmigung der Beschlüsse gemäss Artikel 47 Absatz 1 VSG (Art. 47 Abs. 2 VSG), d die Einführung und Aufhebung von Niveauunterricht (Art. 47 Abs. 5 VSG), e den Erlass von Verfügungen über die Erhöhung der Beiträge und die Ausweitung des Kreises der berechtigten Gemeinden (Art. 49a Abs. 3 VSG), f die Erhebung und Analyse des Bedarfs an Ausbildungsplätzen (Art. 49i Abs. 1 VSG), g den Abschluss der Leistungsvereinbarung mit der kantonalen Schule französischer Sprache (Art. 49k Abs. 1 VSG), h den Vollzug der Volksschulgesetzgebung (Art. 53 VSG), i den Abschluss der Leistungsverträge mit den beitragsberechtigten Privatschulen (Art. 67a Abs. 1 VSG). ² Die französischsprachige Abteilung des Amtes für Kindergarten, Volksschule und Beratung nimmt die Zuständigkeiten gemäss Absatz 1 für den Berner Jura wahr. ³ Die regionalen Schulinspektorate sind die zuständigen Stellen der Erziehungsdirektion für a die Einführung und Aufhebung von Förderunterricht (Art. 47 Abs. 5 VSG), b die Bewilligung von Privatunterricht (Art. 71 VSG).</p> <p>10. Privatschulen Art. 27 Schülerverzeichnis Die nach VSG zuständige Schulkommission hat die Pflicht, ein Verzeichnis der die Privatschulen besuchenden Schülerinnen und Schüler zu führen und die Erfüllung der Schulpflicht zu überwachen. Art. 28 Gewährung von Beiträgen Eine nachhaltige Nachfrage für die Gewährung von Beiträgen liegt vor, wenn die Privatschule von mindestens 100 Schülerinnen und Schülern besucht und seit mindestens 20 Jahren geführt wird.</p> |
| <p>432.211.1 Ordonnance du 28 mai 2008 sur l'école obligatoire (OEO)</p> | <p>1. Objet Art. 1 La présente ordonnance règle a l'enseignement obligatoire et l'enseignement facultatif à l'école obligatoire, b l'admission des élèves dans une autre école, c l'organisation et la conduite de l'école, d les installations scolaires,</p> |

| | |
|--|---|
| | <p>e le subventionnement des transports d'élèves, f l'École cantonale de langue française, g le pilotage, les compétences et la surveillance, h les services de santé et de conseil et i les écoles privées</p> <p>3. Admission des élèves dans une autre école Art. 6 Ecoles privées ¹ Après avoir consulté le corps enseignant de l'école dont proviennent les élèves et les parents, la direction d'école admet provisoirement dans la classe correspondant à leur âge et à l'année scolaire fréquentée jusqu'alors les élèves qui souhaitent être admis en classe primaire et qui viennent d'une école privée. Au terme d'une période probatoire d'au moins un semestre, la direction d'école statue sur l'admission définitive de l'élève. ² Les élèves qui viennent d'une école privée et qui souhaitent être admis dans une classe secondaire doivent satisfaire aux exigences de la procédure d'admission spéciale adaptée à leur situation. Au terme d'une période probatoire d'au moins un semestre, la direction d'école statue sur l'admission définitive de l'élève.</p> <p>8. Pilotage, compétences et surveillance 8.3 Direction de l'instruction publique Art. 24 Compétences décisionnelles, service compétent ¹ L'Office de l'enseignement préscolaire et obligatoire, du conseil et de l'orientation est le service compétent de la Direction de l'instruction publique pour a affecter les élèves à l'enseignement secondaire ou mettre en place un tel enseignement (art. 7, al. 3 LEO), b statuer sur la mise à disposition de locaux pour l'enseignement religieux (art. 16, al. 3 LEO), c approuver les décisions visées à l'article 47, alinéa 1 LEO (art. 47, al. 2 LEO), d mettre en place ou supprimer des cours à niveaux (art. 47, al. 5 LEO), e statuer sur l'augmentation des subventions et l'élargissement du cercle des communes qui ont droit à des subventions (art. 49a, al. 3 LEO), f constater et analyser le nombre de places de formation nécessaires (art. 49i, al. 1 LEO), g conclure la convention de prestations avec l'École cantonale de langue française (art. 49k, al. 1 LEO), h exécuter la législation sur l'école obligatoire (art. 53 LEO), i conclure des contrats de prestations avec les écoles privées qui ont droit à des subventions (art. 67a, al. 1 LEO). ² La section francophone de l'Office de l'enseignement préscolaire et obligatoire, du conseil et de l'orientation exerce les compétences visées à l'alinéa 1 pour le Jura bernois. ³ Les inspections scolaires régionales sont les services compétents de la Direction de l'instruction publique pour a mettre en place et supprimer des cours d'approfondissement (art. 47, al. 5 LEO), b autoriser l'instruction privée (art. 71 LEO).</p> <p>10. Ecoles privées Art. 27 Liste des élèves d'écoles privées La commission scolaire investie de cette compétence en vertu de la LEO est tenue d'établir la liste des élèves qui fréquentent une école privée et de veiller à ce que ces élèves suivent leur scolarité. Art. 28 Octroi de subventions Il y a demande durable justifiant l'octroi de subventions lorsque l'école privée accueille au moins 100 élèves et existe depuis au moins 20 ans.</p> |
|--|---|

BL Basel-Land

100
Verfassung des Kantons

Sechster Abschnitt: Öffentliche Aufgaben
3. Bildung und Kultur

| | |
|---|---|
| <p>Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984</p> | <p>§ 99 Nichtstaatliche Schulen ¹ Nichtstaatliche Schulen unterstehen der Aufsicht des Kantons. ² Dieser kann nichtstaatliche Schulen inner- und ausserhalb des Kantons unterstützen.</p> |
| <p>640 Bildungsgesetz vom 6. Juni 2002</p> | <p>Erster Teil: Grundlegende Bestimmungen B. Trägerschaft der öffentlichen Schulen § 16 Zusammenlegung und Übertragung von Aufgaben ¹ Die Einwohnergemeinden können ihre Schulen mit anderen Einwohnergemeinden führen. Sie können Teile ihres Unterrichtsangebots an der Musikschule Privatschulen übertragen, sofern diese die an die öffentliche Musikschule gestellten Anforderungen erfüllen. ² Der Kanton kann Schulen zusammen mit anderen Kantonen führen und Teile seines Bildungsangebots Privatschulen übertragen, sofern diese die an die öffentlichen Schulen gestellten Anforderungen erfüllen. ³ Für die Übertragung der vom Kanton getragenen Bildungsangebote ist die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion zuständig. C. Nichtstaatliche Ausbildungen und Schulen § 19 Privatschulen, private Schulung ¹ Die Führung von Privatschulen vom Kindergarten bis und mit der Sekundarstufe II sowie die private Schulung zu Hause während der Schulpflicht bedürfen einer Bewilligung der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion. ² Die Bewilligung wird erteilt, wenn die an die öffentlichen Schulen gestellten Anforderungen erfüllt sind. ³ Die Privatschulen und die private Schulung zu Hause unterstehen während der obligatorischen Schulzeit der Aufsicht der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion. Zweiter Teil: Schularten, Ausbildungen und Schuldienste G. Spezielle Förderung § 46 Spezielle Förderung an Privatschulen ¹ Die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion kann ein Angebot der Speziellen Förderung einer Privatschule übertragen. Vorrang haben Massnahmen der Speziellen Förderung innerhalb der öffentlichen Schulen des Kantons und der Einwohnergemeinden. ² Die Bewilligung zur Aufnahme einer Speziellen Förderung an einer Privatschule erteilt die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion auf Antrag einer vom Kanton bestimmten Fachstelle. ³ Vorgängig der Erteilung einer Bewilligung zugunsten einer Schülerin oder eines Schülers des Kindergartens oder der Primarschule nimmt die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion Rücksprache mit dem zuständigen Schulrat. Dritter Teil: Schulen des Kantons und der Einwohnergemeinden B. Qualitätssicherung § 60 Durchführung und Zuständigkeiten ¹ Die öffentlichen Schulen unterziehen sich regelmässig sowohl einer internen als auch einer externen Evaluation. ² Der Schulrat ist für die Durchführung der internen Evaluation verantwortlich und gewährleistet die Umsetzung der daraus resultierenden Massnahmen. ³ Die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion ist zuständig für die Durchführung der externen Evaluation der öffentlichen Schulen und der Privatschulen, welche der Aufsicht des Kantons unterstellt sind oder im Auftrag der Trägerschaft Schülerinnen und Schüler aufnehmen. Sie zieht aussenstehende Expertinnen und Experten bei und kann Evaluationsaufträge an Dritte erteilen. ⁴ Die Umsetzung der aus der externen Evaluation resultierenden Massnahmen wird für das kantonale Bildungswesen durch die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion gewährleistet, für die einzelne Schule durch deren Schulrat. ^{4 bis} Die Berufsfachschulen beteiligen sich zusätzlich an der Entwicklung und Umsetzung einer lernortübergreifenden Qualitätssicherung. ⁵ Das Nähere regelt die Verordnung. Sechster Teil: Schullasten B. Beiträge des Kantons § 100 Beiträge zum Besuch von Privatschulen</p> |

| | |
|--|--|
| | <p>¹ Der Kanton kann beim Besuch von Privatschulen Beiträge an das Schulgeld zugunsten der Erziehungsberechtigten ausrichten, sofern</p> <ol style="list-style-type: none"> zwischen Kanton und Schule ein entsprechender Vertrag mit Leistungsauftrag besteht; die von Erziehungsberechtigten als Alternative zu den öffentlichen Volksschulen gewählte Schule über eine Betriebsbewilligung des Standortkantons verfügt. <p>² Auf Gesuch der Privatschulen gemäss Absatz 1 Buchstabe b gewährt der Kanton für Schülerinnen und Schüler mit Wohnsitz im Kanton Basel-Landschaft einen jährlichen Beitrag an die Kosten zum Besuch einer Privatschule in der Höhe von 2'500 Franken. Der Regierungsrat kann die Beiträge bis höchstens zum Ausgleich der aufgelaufenen Teuerung anpassen.</p> <p>³ Der Landrat kann zum Erhalt einer für den gesamten Bildungssektor wichtigen Privatschule zeitlich begrenzte Beiträge in Form von zinslosen Darlehen gewähren.</p> <p>⁴ Das Nähere regelt die Verordnung.</p> |
| <p>640.44 Verordnung über die Ausrichtung von Staatsbeiträgen an die Kosten des Privatschulbesuchs (1.-10. Schuljahr) vom 15. Juli 2003</p> | <p>§ 1 Geltungsbereich Diese Verordnung regelt das Verfahren für die Ausrichtung von Beiträgen an die Kosten des Privatschulbesuchs während der Schulpflicht (1.-10. Schuljahr) gemäss § 100 des Bildungsgesetzes.</p> <p>§ 2 Auszahlung</p> <p>¹ Stichtaten für die Bestimmung der Schülerinnen und Schüler mit Wohnsitz im Kanton Basel-Landschaft sind der 15. November für das Herbstsemester und der 15. Mai für das Frühlingsemester.</p> <p>² Die Auszahlung des Staatsbeitrags erfolgt nach Eingang und Prüfung des Gesuchs der Schule.</p> <p>³ Das Gesuch umfasst:</p> <ol style="list-style-type: none"> die Rechnung für das Semester; die Meldung der Schülerinnen und Schüler unter Angabe der Adresse, der Schulstufe und der Klasseneinteilung; die Angabe über das von den Erziehungsberechtigten zu leistende Schulgeld. <p>§ 3 Kantonsbeitrag</p> <p>¹ Die Schulen weisen gegenüber den Erziehungsberechtigten den in Abzug gebrachten Kantonsbeitrag in der Rechnungsstellung aus.</p> <p>² Ist im Einzelfall das Schulgeld geringer als der Staatsbeitrag, wird der Schule das effektive Schulgeld ausbezahlt.</p> |
| <p>641.11 Verordnung für den Kindergarten und die Primarschule vom 13. Mai 2003</p> | <p>II. Eintritt in den Kindergarten</p> <p>§ 9 Aufnahmeverfahren</p> <p>¹ Die Schulleitung erhebt bei der Einwohnergemeinde, welche Kinder in das freiwillige Kindergartenjahr oder in das obligatorische Kindergartenjahr eintreten können bzw. müssen, und informiert darüber die Erziehungsberechtigten.</p> <p>² Die Erziehungsberechtigten melden ihr Kind für den Eintritt in das freiwillige Kindergartenjahr oder das obligatorische Kindergartenjahr an. Kinder, welche bereits das freiwillige Kindergartenjahr besuchen, gelten für das obligatorische Kindergartenjahr als angemeldet.</p> <p>³ Die Schulleitung teilt die Kinder in Klassen ein und gibt den Erziehungsberechtigten davon schriftlich Kenntnis.</p> <p>⁴ Erziehungsberechtigte, deren Kinder während des obligatorischen Kindergartenjahrs einen privaten Kindergarten besuchen, richten eine entsprechende Mitteilung an die Schulleitung.</p> <p>III. Übertritt in die Primarschule</p> <p>§ 12 Übertrittsverfahren</p> <p>¹ Die Schulleitung des Kindergartens meldet die Kinder für den Übertritt in die Primarschule bei deren Schulleitung.</p> <p>² Die Schulleitung der Primarschule teilt die Kinder in Klassen ein und gibt den Erziehungsberechtigten davon schriftlich Kenntnis.</p> <p>³ Erziehungsberechtigte, deren Kinder eine Privatschule besuchen, richten eine entsprechende Mitteilung an die Schulleitung.</p> <p>IX. Leitung und Aufsicht</p> <p>C. Amt für Volksschulen</p> <p>§ 70 Aufgaben</p> <p>¹ Seitens des Kantons ist das Amt für Volksschulen Ansprechstelle für Schüräte und Schulleitungen.</p> <p>² Es hat folgende Aufgaben:</p> |

| | |
|---|---|
| | <ul style="list-style-type: none"> a. es unterstützt und berät die Schulräte und Schulleitungen; b. es unterstützt und berät die Schulen in Unterrichtsfragen sowie in den Bereichen Gesundheitsförderung und Prävention, Spezielle Förderung und Interkulturelle Pädagogik, Berufs- und Schullaufbahnvorbereitung und im Bereich der geschlechtergerechten Pädagogik und Gleichstellung der Geschlechter.; c. es setzt auf Antrag von Schulleitungen oder Lehrpersonen Fachpersonen für die Beobachtung des Unterrichts ein; d. es begleitet Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger; e. es führt die externen Evaluationen an der Volksschule durch; f. es beurteilt zuhanden des Schulrats die Schulleitungen im Unterricht; g. es genehmigt Ausnahmen in der Klassen- und Kursbildung des Kindergartens und der Primarschule; h. es stellt Anträge zu Lehrplänen und Lehrmitteln; i. es beaufsichtigt die Privatschulen und die private Schulung; j. es ist verantwortlich für die Vorbereitung und die Durchführung der Orientierungsarbeiten, und der Übertrittsprüfung von der Primar- in die Sekundarschule sowie für die Gestaltung der Abschlussqualifikation am Ende der Sekundarschule. k. es kann nach Rücksprache mit dem Schulträger Reglemente für die Schulen erlassen; l. es kontrolliert die Einhaltung von kantonalen Regelungen. <p>³ Über Ausnahmen in Bezug auf Regelungen in dieser Verordnung entscheidet das Amt für Volksschulen nach Rücksprache mit dem Schulträger.</p> |
| <p>642.11 Verordnung für die Sekundarschule vom 13. Mai 2003</p> | <p>III. Spezielle Förderung B. Kleinklassen, Integrative Schulungsform § 16 Kleinklassen ¹ Die Kleinklassen im Anforderungsniveau A können als altersgemischte Lerngruppen geführt werden. ² Solange im Niveau E keine Kleinklassen geführt werden, können betroffene Schülerinnen und Schüler Kleinklassen an Privatschulen besuchen. Das Amt für Volksschulen umschreibt die Voraussetzungen und entscheidet aufgrund einer Abklärung durch den Schulpsychologischen oder den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst.</p> <p>VI. Leitung und Aufsicht C. Amt für Volksschulen § 51 Aufgaben ¹ Seitens des Kantons ist das Amt für Volksschulen Ansprechstelle für Schulräte und Schulleitungen. ² Es hat folgende Aufgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. es unterstützt und berät die Schulräte und Schulleitungen; b. es unterstützt und berät die Schulen in Unterrichtsfragen sowie in den Bereichen Gesundheitsförderung und Prävention, Spezielle Förderung und Interkulturelle Pädagogik, Berufs- und Schullaufbahnvorbereitung sowie im Bereich der geschlechtergerechten Pädagogik und der Gleichstellung der Geschlechter; c. es setzt auf Antrag von Schulleitungen oder der Lehrerinnen und Lehrer Fachpersonen für die Beobachtung des Unterrichts ein; d. es begleitet Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger; e. es führt die externen Evaluationen an der Volksschule und der Musikschule durch; f. es beurteilt zuhanden des Schulrats die Schulleitungen im Unterricht; g. es genehmigt die Klassenbildung und die Ausnahmen in der Kursbildung der Sekundarschule; h. es stellt Anträge zu Lehrplänen und Lehrmitteln; i. es beaufsichtigt die Privatschulen und die private Schulung; j. es ist verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung der Orientierungsarbeiten und der Übertrittsprüfung von der Primar- in die Sekundarschule sowie für die Gestaltung der Abschlussqualifikation am Ende der Sekundarschule; k. es kann nach Rücksprache mit dem Schulträger Reglemente für die Schulen erlassen; l. es kontrolliert die Einhaltung von kantonalen Regelungen. |

³ Über Ausnahmen in Bezug auf Regelungen in dieser Verordnung entscheidet das Amt für Volksschulen auf Antrag der Schulleitung, bzw. des Schulrats.

BS Basel-Stadt

| | |
|---|--|
| <p>111.100 Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005</p> | <p>II. Grundrechte und Grundrechtsziele Grundrechtsgarantien § 11. ¹Die Grundrechte sind im Rahmen der Bundesverfassung und der für die Schweiz verbindlichen internationalen Abkommen gewährleistet, namentlich:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) das Recht auf Leben, b) das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit, c) das Verbot der Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung, d) das Verbot der Zwangsarbeit und des Menschenhandels, e) das Recht auf Freiheit und Sicherheit, f) das Recht von Kindern und Jugendlichen auf besonderen Schutz ihrer Unversehrtheit und auf Förderung ihrer Entwicklung, g) der Schutz des Privat- und Familienlebens, der Wohnung und der Kommunikation, h) das Recht auf Ehe und Familie, i) das Recht auf ehe- und familienähnliche Formen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens, j) der Schutz personenbezogener Daten sowie des Rechts auf Einsichtnahme und auf Berichtigung falscher Daten, k) die Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit, l) die Informations-, Meinungs- und Medienfreiheit, m) die Versammlungs-, Vereinigungs- und Kundgebungsfreiheit, n) das Recht auf Bildung, o) das Recht, nichtstaatliche Schulen zu errichten, zu führen und zu besuchen, p) die Freiheit der Kunst, q) die Freiheit der Wissenschaft, r) der Schutz des Eigentums, s) das Recht auf freie Wahl und Ausübung eines Berufes und auf freie wirtschaftliche Betätigung, t) das Recht auf Hilfe in Notlagen, u) die Niederlassungsfreiheit, v) das Recht auf freie Wahlen und Abstimmungen. <p>III. Staatsziele und Staatsaufgaben Aufsicht über nichtstaatliche Schulen § 20. Nichtstaatliche Kindergärten und Schulen sind bewilligungspflichtig und unterstehen der Aufsicht des Kantons.</p> |
| <p>410.100 Schulgesetz vom 4. April 1927 (Grossratsbeschluss vom 11.03.2009; in Kraft 10. August 2009)</p> | <p>I. Schulorganisation § 1. Dieses Gesetz regelt die Verhältnisse der vom Staate unterhaltenen öffentlichen Schulen für allgemeine und berufliche Bildung, soweit nicht Spezialgesetze bestehen, sowie die Aufsicht des Kantons über die privaten Kindergärten und Schulen.</p> <p>1. Schulen für allgemeine Bildung B. Private Kindergärten § 11.</p> |

Zur Errichtung eines privaten Kindergartens bedarf es einer Bewilligung des Erziehungsrates.

§ 12.

Die Bewilligung ist an folgende Bedingungen geknüpft:

- a) Die Kindergärtnerinnen und Kindergärtner müssen sich über eine genügende Vorbildung und Befähigung für ihren Beruf ausweisen können. Die näheren Bestimmungen werden durch Verordnung festgesetzt.
- b) Die Kinder dürfen nur in einer ihrem Alter entsprechenden Weise erzogen und beschäftigt werden.
- c) Wenn die Kinderzahl einer Abteilung 20 dauernd übersteigt, so muss der Lehrkraft eine Hilfe beigegeben oder eine neue Abteilung gebildet werden.
- d) Die Lokalitäten müssen den vom Erziehungsrat aufzustellenden sanitarischen Vorschriften entsprechen.
- e) Die Leitungen der privaten Kindergärten haben dem Erziehungsdepartement in der von ihm festzusetzenden Weise zuhandes des Erziehungsrates jährlich Bericht zu erstatten.

§ 13.

Private Kindergärten können vom Staate Beiträge erhalten, sofern sie auf Erhebung eines Schulgeldes von Bedürftigen verzichten und ihre Kindergärtnerinnen und Kindergärtner mit wenigstens zwei Drittel der Minimalbesoldung der staatlichen Kindergärtnerinnen und Kindergärtner besolden.

² Sie haben dem Erziehungsdepartement jährlich Bericht und Rechnung vorzulegen.

§ 14.

Private Kindergärten, deren Leitungen den vorstehenden Bestimmungen oder den Weisungen der Schulbehörden trotz erfolgter Mahnung nicht nachkommen, können vom Regierungsrat auf Antrag des Erziehungsrates aufgehoben werden.

§ 15.

Der Regierungsrat kann private Kindergärten durch Übereinkunft mit deren Eigentümerinnen und Eigentümern übernehmen.

II. Allgemeine Bestimmungen. Schulpflicht und Schülerinnen und Schüler

Übertritt, Aufnahmeprüfungen

§ 58.

Der Übertritt aus einer Schule in eine andere soll grundsätzlich zugelassen und, soweit es sich um eine Änderung im Entschluss über die Berufswahl handelt, erleichtert werden.

² Einer Aufnahmeprüfung, für welche das Lehrziel der in Frage kommenden Klasse massgebend ist, haben sich alle Schüler und Schülerinnen zu unterziehen, welche von auswärts kommen oder Privatunterricht zu Hause genossen oder eine Privatschule besucht haben, ferner alle Schülerinnen und Schüler, die von einer Schule in eine andere übertreten wollen.

Dispens vom Schulbesuch

§ 59.

Von der Pflicht, die öffentlichen Schulen zu besuchen, sind zeitweilig oder dauernd entbunden:

- a) Auf das Gutachten des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes Kinder, die mit einer geistigen oder schweren körperlichen Behinderung behaftet sind, die sie hindert, die Schule zu besuchen oder den Erfolg des Unterrichts beeinträchtigt.
- b) Kinder, welche zu Hause oder in einer staatlich bewilligten Privatschule unterrichtet werden.

III. Schulbehörden, Schulaufsicht

Aufsicht über das Schulwesen

§ 78.

Die Ausführung der Schulgesetze und die Oberaufsicht über alle öffentlichen und privaten Schulen liegen dem Erziehungsdepartement ob.

VII. Privatschulen

Bedingungen der Bewilligung

§ 130.

Zur Errichtung von Schulen für allgemeine Bildung oder Berufsbildung durch Private, Gesellschaften, Vereine oder Korporationen bedarf es einer

Bewilligung des Regierungsrates.
² Einzelne Kurse und Vorträge unterstehen den Vorschriften über die Privatschulen nicht.
³ Für Schulen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen (Sonderschulen) entscheidet nach der regierungsrätlichen Bewilligung als Privatschule die zuständige Stelle im Erziehungsdepartement über die Anerkennung als Schule für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen (Sonderschulen). Der Regierungsrat kann auf Antrag des Erziehungsrates nähere Bestimmungen für die Anerkennung erlassen.

§ 131.
Die Bewilligung ist an folgende Bedingungen geknüpft:

1. Leitungen, Lehrer und Lehrerinnen sollen sich über einen guten Leumund und über den Besitz der bürgerlichen Rechte ausweisen.
- 2.
3. Die Schulklokale unterliegen in sanitärischer Hinsicht der Prüfung und den Vorschriften der Behörden.
4. Handelt es sich um Schulen, welche schulpflichtige Kinder aufnehmen, so gelten für die Lehrer und Lehrerinnen in bezug auf Leumund, Kenntnisse und Lehrbefähigung die gleichen Bestimmungen, wie für die Lehrer und Lehrerinnen der öffentlichen Schulen auf der entsprechenden Stufe.
Lehrer und Lehrerinnen an Schulen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen (Sonderschulen) haben sich über den Besitz der für den Unterricht in diesen Schulen nötigen Kenntnisse und über ihre praktische Lehrbefähigung auszuweisen.
5. Schulen, die schulpflichtige Kinder aufnehmen, haben sich darüber auszuweisen, dass sie das gleiche Lehrziel erreichen, wie es für die entsprechenden öffentlichen Schulen vorgeschrieben ist. Schulen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen (Sonderschulen) werden von dieser Verpflichtung ausgenommen.
6. Privatschulen sind in Ankündigungen als solche so zu bezeichnen, dass über ihren nichtstaatlichen Charakter kein Zweifel besteht.

Aufsicht

§ 132.
¹ Die bewilligten Privatschulen stehen unter der Aufsicht der kantonalen Schulbehörden und haben dem Erziehungsdepartement jährlich in der von ihm festzusetzenden Weise zuhanden des Erziehungsrates Bericht zu erstatten.
² Mit der Aufsicht über die einzelnen Privatschulen werden vom Erziehungsrat bestimmte Mitglieder der Schulleitungen und der Volksschulleitung beauftragt.
³ Die vom Erziehungsdepartement mit der Aufsicht betrauten Personen sind berechtigt, die Privatschulen jederzeit zu besuchen und über den Schulbetrieb alle Auskunft zu verlangen.

Privatschulen für Schulpflichtige

§ 133.
Die Schulen, welche schulpflichtige Kinder aufnehmen, haben ihren Unterrichtsplan und ihre Lehrmittel dem Erziehungsrat zur Prüfung nach Massgabe der Bestimmungen des § 131 vorzulegen; ebenso haben sie dem Erziehungsdepartement von der Anstellung neuer Lehrer und Lehrerinnen und von Änderungen des Unterrichtsplans oder der Lehrmittel Kenntnis zu geben.
² Der Erziehungsrat kann für solche Schulen Prüfungen anordnen.
³ Die für die öffentlichen Schulen aufgestellten Bestimmungen über Schuleintritt und Austritt, Ferien, Dispensationen, Schulversäumnisse, Ausweisung aus der Schule, Zeugnisse, Strafen gelten sinngemäss auch für die Privatschulen, die schulpflichtige Kinder unterrichten. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung des Erziehungsdepartements.
⁴ Leitungen von privaten Schulen haben den Ein- und Austritt schulpflichtiger Kinder dem Erziehungsdepartement regelmässig zu melden.

§ 134.
Privatschulen, deren Leitungen sich weigern, den in § 132 und § 133 aufgestellten Vorschriften oder den Weisungen der Schulbehörden nachzukommen, können vom Regierungsrat auf den Antrag des Erziehungsrates aufgehoben werden.

§ 135.
Eltern oder Vormundinnen bzw. Vormünder, welche Kinder im schulpflichtigen Alter zu Hause unterrichten lassen wollen, haben jedes Jahr beim Erziehungsdepartement um die Erlaubnis hiezu einzukommen.

| | |
|--|---|
| | <p>² Das Erziehungsdepartement wird die Erlaubnis nur erteilen, wenn die Persönlichkeit des Lehrers oder der Lehrerin für einen guten Privatunterricht Gewähr leistet. Es kann ausserdem solche Kinder von Zeit zu Zeit prüfen lassen und die erteilte Erlaubnis zurückziehen, falls sich ergibt, dass der erteilte Unterricht ungenügend ist.</p> <p>³ Für die Prüfung ist eine dem Prüfenden zufallende Entschädigung zu entrichten.</p> |
| <p>410.110 Schulordnung vom 1. Oktober 1975</p> | <p>A. Administratives 1. Schulpflicht § 2. Die Leitungen von privaten Kindergärten und Schulen, die schulpflichtige Kinder aufnehmen, haben zu Beginn jedes Schuljahres dem Erziehungsdepartement ein genaues Verzeichnis der Schülerinnen und Schüler vorzulegen. Ausserdem haben sie fortlaufend von allen während des Jahres eintretenden Veränderungen ihrer Schülerinnen und Schüler Kenntnis zu geben.</p> <p>2. Anmeldung § 6. Anzumelden sind auch die Kinder, die in einem privaten Kindergarten oder einer privaten Schule unterrichtet werden sollen.</p> |

FR Fribourg / Freiburg

| | |
|--|--|
| <p>10.1 Constitution du canton de Fribourg du 16 mai 2004</p> | <p>TITRE IV Tâches publiques Art. 67 d) Ecoles privées ¹ L'Etat peut soutenir les écoles privées dont l'utilité est reconnue. ² Il exerce la surveillance sur celles qui assurent l'enseignement de base et sur celles qu'il soutient.</p> |
| <p>10.1 Verfassung des Kantons Freiburg vom 16. Mai 2004</p> | <p>IV. TITEL Öffentliche Aufgaben Art. 67 d) Private Bildungseinrichtungen ¹ Der Staat kann private Bildungseinrichtungen unterstützen, sofern ihr Nutzen anerkannt ist. ² Er übt die Aufsicht aus über Schulen, welche die Grundschulbildung gewährleisten, sowie über jene, die er unterstützt.</p> |
| <p>411.0.1 Loi du 23 mai 1985 sur l'école enfantine, l'école primaire et l'école du cycle d'orientation (loi scolaire)</p> | <p>TITRE PREMIER Dispositions générales Art. 4 Scolarité obligatoire a) Principe ¹ Les parents ont le droit et l'obligation d'envoyer leurs enfants en âge de scolarité obligatoire dans une école publique ou privée, ou de leur dispenser un enseignement à domicile. ² La scolarité obligatoire dure onze ans et comprend l'école enfantine, l'école primaire et l'école du cycle d'orientation.</p> <p>TITRE HUITIÈME Enseignement privé CHAPITRE PREMIER Ecoles privées Art. 102 Autorisation ¹ L'ouverture d'une école privée est soumise à l'autorisation de la Direction. La commune concernée donne son préavis. ² L'autorisation est accordée si le requérant établit : a) que les membres de la direction et du corps enseignant ont les qualifications professionnelles nécessaires ; b) qu'il dispose de locaux adéquats ; c) que la formation dispensée est équivalente à celle des écoles publiques ; d) que l'instruction et l'éducation respectent les droits fondamentaux de la personne.</p> |

| | |
|---|--|
| | <p>³ L'autorisation est retirée si les conditions de l'octroi ne sont plus remplies.</p> <p>Art. 103 Surveillance</p> <p>¹ La Direction surveille les écoles privées.</p> <p>² Elle peut exiger de la direction de l'école les renseignements et les documents nécessaires, faire visiter les locaux et charger un de ses représentants d'assister à l'enseignement.</p> |
| <p>411.0.1 Gesetz vom 23. Mai 1985 über den Kindergarten, die Primarschule und die Orientierungsschule (Schulgesetz)</p> | <p>ERSTER TITEL Allgemeine Bestimmungen Art. 4 Schulpflicht a) Grundsatz</p> <p>¹ Die Eltern haben das Recht und die Pflicht, ihre Kinder im schulpflichtigen Alter in eine öffentliche oder eine private Schule zu schicken oder ihnen zu Hause Unterricht zu erteilen.</p> <p>² Die Schulpflicht dauert elf Jahre und umfasst den Kindergarten, die Primarschule und die Orientierungsschule.</p> <p>ACHTER TITEL Privater Unterricht ERSTES KAPITEL Privatschulen Art. 102 Bewilligung</p> <p>¹ Die Eröffnung einer Privatschule bedarf der Bewilligung der Direktion. Die betroffene Gemeinde gibt vorher ihren Antrag ab.</p> <p>² Die Bewilligung wird erteilt, wenn der Gesuchsteller nachweist:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) dass die Mitglieder der Direktion und des Lehrkörpers die nötigen beruflichen Qualifikationen besitzen; b) dass er über geeignete Räumlichkeiten verfügt; c) dass die erteilte Ausbildung jener der öffentlichen Schulen gleichwertig ist; d) dass im Unterricht und in der Erziehung die Grundrechte des Menschen beachtet werden. <p>³ Die Bewilligung wird entzogen, wenn die Voraussetzungen für ihre Erteilung nicht mehr erfüllt sind.</p> <p>Art. 103 Aufsicht</p> <p>¹ Die Direktion übt die Aufsicht über die Privatschulen aus.</p> <p>² Sie kann von der Schuldirektion die notwendigen Auskünfte und Unterlagen verlangen, die Räume besichtigen lassen und einen seiner Vertreter beauftragen, dem Unterricht beizuwohnen.</p> |
| <p>411.0.11 Règlement du 16 décembre 1986 d'exécution de la loi scolaire (RLS)</p> | <p>CHAPITRE QUATRIÈME Elèves III. Admission des élèves (art. 33 al. 5 LS) Art. 61 Cas particuliers</p> <p>¹ Lorsqu'un élève change de domicile ou de résidence habituelle durant sa scolarité obligatoire, ses parents sont tenus d'en aviser immédiatement la commune du nouveau domicile ou de la nouvelle résidence habituelle.</p> <p>² Lorsque des parents veulent envoyer leur enfant en âge de scolarité obligatoire dans une école privée ou lui dispenser un enseignement à domicile, ou lorsque des parents cessent d'envoyer leur enfant en âge de scolarité obligatoire dans une école privée ou de lui dispenser un enseignement à domicile, ils sont tenus d'en aviser sans délai la commune de domicile ou de résidence habituelle de leur enfant.</p> <p>³ L'admission en cours de scolarité obligatoire est réglée comme suit :</p> <ul style="list-style-type: none"> a) l' admission à l' école enfantine et primaire est décidée par l' inspecteur scolaire sur proposition de la commission scolaire ; b) l' admission en première année d' école du cycle d' orientation est décidée par l'inspecteur des écoles primaires, et l'admission dans une année ultérieure de l'école du cycle d'orientation par le directeur d' école. |

| | |
|---|---|
| <p>411.0.11 Ausführungsreglement zum Schulgesetz (RSchG) vom 16. Dezember 1986</p> | <p>VIERTES KAPITEL Schüler III. Zulassung der Schüler (Art. 33 Abs. 5 SchG) Art. 61 Sonderfälle ¹ Wechselt ein Schüler seinen Wohnsitz oder seinen ständigen Aufenthaltsort während der obligatorischen Schulzeit, sind die Eltern gehalten, die Gemeinde des neuen Wohnsitzes oder des neuen ständigen Aufenthaltes unverzüglich zu benachrichtigen. ² Wenn Eltern ihr Kind im schulpflichtigen Alter in eine Privatschule schicken oder ihm zu Hause Unterricht erteilen wollen oder wenn Eltern aufhören, ihr Kind im schulpflichtigen Alter in eine Privatschule zu schicken oder ihm zu Hause Unterricht zu erteilen, sind sie gehalten, die Gemeinde des Wohnsitzes oder des ständigen Aufenthaltes ihres Kindes unverzüglich zu benachrichtigen. ³ Die Zulassung während der obligatorischen Schulzeit ist wie folgt geregelt: a) Über die Zulassung zum Kindergarten und zur Primarschule entscheidet der Schulinspektor auf Vorschlag der Schulkommission. b) Über die Zulassung zum ersten Orientierungsschuljahr entscheidet der Primarschulinspektor und über die Zulassung zu den folgenden Orientierungsschuljahren der Schuldirektor.</p> |
|---|---|

GE Genève

| | |
|---|--|
| <p>A 2 00 Constitution de la République et canton de Genève du 24 mai 1847</p> | <p>Titre XI Instruction publique Art. 161 Généralités ¹ La loi règle l'organisation des établissements d'instruction publique qui sont en tout ou en partie à la charge de l'Etat. ² Ces établissements forment un ensemble qui comprend: a) l'enseignement primaire; b) l'enseignement secondaire; c) l'enseignement supérieur et universitaire. Art. 162 Enseignement primaire ¹ Chaque commune doit être pourvue d'établissements pour l'instruction primaire et subvient, concurremment avec l'Etat, aux frais de leur création et de leur entretien. ² L'instruction est gratuite dans les écoles primaires.</p> |
| <p>C 1 10 Loi sur l'instruction publique (LIP) du 6 novembre 1940</p> | <p>Chapitre III Instruction obligatoire Art. 9 Principe Tous les enfants habitant le canton de Genève doivent recevoir, dans les écoles publiques ou privées, ou à domicile, une instruction conforme aux prescriptions de la présente loi et au programme général établi par le département. Chapitre IV Enseignement privé Art. 14 Liberté d'enseignement ¹ La liberté d'enseignement est garantie à tous les Suisses, sous réserve des dispositions prescrites par les lois et règlements dans l'intérêt de l'ordre public, des bonnes moeurs et de l'hygiène. ² Les étrangers ne peuvent enseigner qu'après avoir obtenu une autorisation d'enseigner délivrée par le Conseil d'Etat. Cette autorisation, délivrée après un examen ou sur la production d'un diplôme reconnu suffisant, est révocable en tout temps. Le règlement fixe les conditions de l'autorisation. ³ Les dispositions relatives aux autorisations de séjour et de travail sont réservées. Art. 14A Ecole privée: autorisation préalable ¹ L'exploitation d'une école privée, pour quelque enseignement que ce soit, ainsi que l'organisation de cours par correspondance, doivent faire l'objet d'une autorisation préalable du département. ² Cette autorisation, qui n'est accordée que si l'enseignement projeté et les conditions dans lesquelles il doit être donné ne sont pas contraires à l'ordre public, aux bonnes moeurs et à l'hygiène, est révocable en tout temps.</p> |

| | |
|--|---|
| | <p>³ Le règlement fixe la procédure et les conditions de l'autorisation.</p> <p>Art. 15 Instruction obligatoire</p> <p>¹ Le département vérifie en tout temps que l'instruction obligatoire dans les écoles privées est conforme aux dispositions légales et réglementaires.</p> <p>² L'enseignement obligatoire, lorsqu'il a lieu à domicile, est également contrôlé.</p> <p>³ Si le département constate que l'instruction donnée dans une école privée ou à domicile est insuffisante, il prend les mesures qui s'imposent; il met notamment en demeure les parents ou les tuteurs des enfants de les envoyer dans une autre école ou de les confier à d'autres professeurs.</p> <p>Art. 15A Sanctions pénales</p> <p>¹ Les contrevenants aux dispositions du présent chapitre ou de son règlement d'application seront punis de l'amende.</p> <p>² Le département prononce l'amende; il peut déléguer cette compétence à l'un de ses services.</p> <p>³ Les articles 212 à 216 du code de procédure pénale s'appliquent.</p> |
| C 1 10.21 Règlement de l'enseignement primaire (REP) du 7 juillet 1993 | <p>Chapitre V Droits et obligations des élèves et des parents</p> <p>Section 1 Instruction obligatoire</p> <p>Art. 19 Principes généraux</p> <p>¹ Tous les enfants habitant le canton de Genève doivent recevoir, dans les écoles publiques ou privées, ou à domicile, une instruction conforme aux prescriptions de la loi et au programme général établi par le département.</p> <p>² Les parents doivent donner à leur enfant, en particulier à celui qui rencontre des difficultés importantes d'adaptation à la vie scolaire et sociale, une formation appropriée, correspondant notamment à ses aptitudes. Ils s'efforcent en outre de placer les enfants dans des conditions les plus favorables à leur développement.</p> <p>³ A cet effet, ils sont tenus de collaborer avec l'école et, lorsque les circonstances l'exigent, avec les services de l'office de la jeunesse.</p> <p>⁴ Hors de l'école, les enfants sont notamment soumis au règlement sur la surveillance des mineurs, du 25 mai 1945.</p> |
| C 1 10 24 Règlement de l'enseignement secondaire (RES) du 14 octobre 1998 | <p>Chapitre II Enseignement secondaire postobligatoire ou enseignement secondaire II et formations subséquentes</p> <p>Cursus de l'élève et de l'apprenti</p> <p>Section 1 Admission</p> <p>Art. 14 Mobilité des élèves</p> <p>Les directions, le personnel et l'ensemble des collaborateurs de l'Etat et des établissements publics intervenant auprès des écoles facilitent la mobilité des élèves au sein d'une même filière ou d'une filière comparable dans les écoles publiques et privées du canton, de la Confédération, voire de l'étranger dans l'esprit ou la lettre de l'accord intercantonal sur la reconnaissance des diplômes de fin d'études, du 18 février 1993.</p> |
| C 1 10 27 Règlement du cycle d'orientation (RCO) du 10 octobre 2001 | <p>Chapitre VIII Normes d'admission</p> <p>Art. 28 Ecoles privées</p> <p>Les élèves provenant des écoles privées passent en principe des épreuves d'orientation. Pour les admissions en 7^e, il est tenu compte, de manière adéquate, des préavis circonstanciés des directions des écoles privées. Pour les admissions en 8^e et 9^e année, il est tenu compte, de manière adéquate, des demandes motivées des écoles de provenance portant sur les dispenses d'épreuves d'orientation.</p> |
| C 1 10 83 Règlement relatif à l'enseignement privé (REPriv) du 27 août 2008 | <p>Titre I Enseignement en école privée</p> <p>Chapitre I Dispositions générales</p> <p>Art. 1 Champ d'application et définitions</p> <p>¹ Le présent titre s'applique aux écoles privées, quelles que soient la nature de l'enseignement et la façon dont il est dispensé.</p> <p>Ecole</p> <p>² Est considérée comme une école au sens du présent titre, la structure qui répond aux conditions cumulatives suivantes :</p> <ul style="list-style-type: none"> a) située dans le canton, elle comprend une direction, un corps enseignant ainsi qu'un ou plusieurs programmes d'enseignement qui assurent l'instruction obligatoire, préparent à un certificat, un diplôme ou une attestation; b) l'enseignement dispensé constitue le but principal de la structure et la part prépondérante de son activité dans le canton; c) l'enseignement ne s'adresse pas à un cercle fermé de personnes; d) l'enseignement est permanent et collectif et est dispensé à un groupe d'au moins six élèves. |

Enseignement

³ Est considéré comme un enseignement au sens du présent titre la transmission de connaissances théoriques et/ou pratiques, organisée de manière systématique et selon un programme.

⁴ Ne constitue pas une école au sens du présent titre :

- a) un enseignement individuel ou en petit groupe, de type atelier, dispensé par une personne seule;
- b) un enseignement relevant du loisir, du développement personnel, de la pratique d'une discipline artistique ou sportive;
- c) une formation dispensée dans le cadre d'une entreprise prestataire de services;
- d) l'enseignement par correspondance ou par Internet lorsque l'entité et son responsable ne sont pas domiciliés dans le canton.

Accueil d'enfants de moins de 4 ans

⁵ Les écoles privées, au sens du présent titre, qui accueillent des enfants de moins de 4 ans sont soumises aux dispositions de la loi sur l'accueil et le placement d'enfants hors du foyer familial, du 27 janvier 1989, au terme d'un délai de 3 ans à dater de l'entrée en vigueur du présent règlement. Les compétences attribuées au département de l'instruction publique, de la culture et du sport (ci-après : département) par la loi sur l'accueil et le placement d'enfants hors du foyer familial, du 27 janvier 1989, sont exercées par l'office de la jeunesse.

Art. 2 Principes généraux

¹ L'enseignement ne doit rien comporter de contraire à l'ordre public, en particulier à la bonne foi dans les affaires, à la sécurité, à la santé et à la morale publiques. Les mineurs ont droit à une protection particulière de leur intégrité et à l'encouragement de leur développement.

² Le projet pédagogique de l'établissement, la composition de sa direction, du personnel d'encadrement des élèves, les locaux et équipements, permettent d'enseigner dans les conditions conformes à l'offre annoncée.

³ Les écoles doivent veiller à n'inscrire que des candidats pouvant raisonnablement suivre l'enseignement souscrit.

⁴ Toute signature de contrat, perception d'écolage ou autre engagement ferme auprès du public sont interdits avant l'obtention de l'autorisation d'exploiter l'école.

⁵ L'enseignement en milieu privé est complémentaire à celui dispensé en école publique. Les directions respectives d'établissements scolaires privés et publics, en particulier lorsque ceux-ci sont à proximité et relèvent de l'enseignement de base, favorisent l'échange et les rencontres entre elles.

⁶ La surveillance des écoles privées qui sont au bénéfice du certificat suisse de qualité pour les écoles d'enseignement général et professionnel ou d'une autre certification agréée figurant sur une liste publiée par le département est adaptée en conséquence. Les conditions de passage dans les filières correspondantes de l'école publique tiennent compte, de manière appropriée et dans le respect du droit de rang supérieur, des faits certifiés par l'organe indépendant.

Art. 3 Démarches publicitaires

¹ La publicité orale ou écrite ne doit rien contenir de trompeur, ni recourir à des procédés contraires à la bonne foi.

² Toute publicité trompeuse peut entraîner le retrait de l'autorisation.

³ Dans la règle, aucune publicité ne peut être faite avant l'obtention de l'autorisation d'exploiter une école ou de dispenser un enseignement nouveau non autorisé.

⁴ Une publicité prospective avant l'obtention de l'autorisation est cependant admise aux conditions suivantes :

- a) une demande d'autorisation est déposée au service de l'enseignement privé (ci-après : service);
- b) le projet publicitaire est admis comme étant conforme à l'alinéa 1 par le service.

Art. 4 Garanties personnelles et professionnelles du personnel d'encadrement

¹ L'école privée garantit que le corps enseignant et les autres personnes en contact direct avec les élèves disposent des qualifications personnelles et professionnelles adéquates.

² A cet effet, elle s'assure en tout temps que le personnel d'encadrement des élèves :

- a) présente des antécédents et une moralité compatibles avec la mission qui lui est confiée, justifiée par un extrait du casier judiciaire ou tout autre document officiel attestant de la bonne réputation;
- b) est digne de confiance et atteste des qualifications professionnelles et personnelles adéquates par la production de diplômes,

| | |
|--|---|
| | <p>reconnaissance d'acquis, attestation de formation et d'expériences professionnelles, curriculum vitae.</p> <p>³ Elle tient constamment à jour la liste des membres de son personnel.</p> <p>⁴ Le service peut en tout temps demander la production de cette liste et procéder à des contrôles.</p> <p>Art. 5 Locaux</p> <p>¹ Les locaux dans lesquels l'enseignement est donné doivent remplir toutes les conditions exigées, relativement à la sécurité et à la salubrité publiques.</p> <p>² Ils sont en particulier soumis au règlement d'application de la loi sur la prévention des sinistres, l'organisation et l'intervention des sapeurs-pompiers, du 25 juillet 1990, conformément à son article 5, alinéa 2, lettre e. Les prescriptions y relatives sont contenues dans ce règlement, sous la directive N° 5 – Prévention et sécurité incendie Bâtiments scolaires et assimilés (crèches, garderies, jardins d'enfants et tous lieux où des cours sont donnés).</p> <p>Art. 6 Mesures médicales</p> <p>Les écoles privées sont soumises à la loi fédérale sur la lutte contre la tuberculose, du 13 juin 1928; des examens médicaux sont exigés des enseignants et de toute personne en contact avec les enfants. Les élèves doivent également être soumis aux prescriptions médicales que le service de santé de la jeunesse communique à la direction de l'école et au médecin-répondant engagé par celle-ci.</p> <p>Chapitre II Autorisation d'exploiter une école privée</p> <p>Art. 7 Demande d'autorisation d'exploiter une école privée</p> <p>¹ La demande d'autorisation d'exploiter adressée au service doit notamment comporter les éléments suivants :</p> <ul style="list-style-type: none"> a) le nom de la directrice ou du directeur, qui doit présenter un extrait de casier judiciaire et offrir des garanties suffisantes quant à ses compétences; b) la raison de commerce et la forme juridique de l'établissement ainsi que, le cas échéant, conformément à l'article 954a, alinéa 2, du Code des obligations, des précisions sur l'utilisation complémentaire d'abréviations, de logos, de noms commerciaux, d'enseignes ou d'indications analogues; c) l'âge d'admission des élèves; d) le programme prévu, la répartition des heures d'enseignement, la langue dans laquelle cet enseignement est donné; e) la description des locaux destinés à recevoir les élèves; f) la liste des professeurs prévus avec un curriculum vitae pour chacun d'eux; g) la formule d'inscription des élèves; h) les dispositions relatives à l'écolage qui doivent indiquer : la dénomination, la nature et l'objet du cours, les services et obligations auxquels s'engage l'école, les droits et obligations des élèves, dont les conditions de résiliation en cas de force majeure; i) un exemplaire des certificats, diplômes et attestations délivrés par l'école. <p>² Avant de prendre sa décision, le service soumet la demande, pour préavis, à la commission de l'enseignement privé.</p> <p>Art. 8 Portée de l'autorisation et retrait</p> <p>¹ L'autorisation ne constitue pas une reconnaissance du département quant à la valeur de l'enseignement. Elle peut toutefois être mentionnée sur le papier à lettres, sous la forme suivante : « Autorisation d'exploiter obtenue le (date exacte) ».</p> <p>² La portée de l'autorisation est limitée au domaine d'enseignement présenté dans la requête. Tout enseignement nouveau doit faire l'objet d'une demande d'autorisation complémentaire.</p> <p>³ L'autorisation d'exploiter une école est initialement délivrée à titre provisoire. Elle est suivie d'un bilan annuel d'activité transmis au service jusqu'à sa confirmation qui intervient en principe au terme de trois ans d'activité de l'école.</p> <p>⁴ L'autorisation d'exploiter est confirmée si la mise en œuvre des activités de l'école répond à toutes les conditions légales et réglementaires. Dans l'enseignement obligatoire, général et professionnel aux mineurs, cette confirmation n'intervient qu'après inspection par le département.</p> <p>⁵ Dans tous les cas, l'autorisation peut être retirée si les dispositions légales et réglementaires ne sont pas ou plus respectées, sans préjudice de la sanction pénale prévue à l'article 15A de la loi sur l'instruction publique, du 6 novembre 1940.</p> <p>⁶ L'autorisation d'exploiter est personnelle et non transmissible, quelle que soit la forme juridique de l'établissement. Elle est délivrée à la directrice</p> |
|--|---|

ou au directeur de l'école ou, lorsque plusieurs personnes en assument la direction, au membre de la direction désigné par l'école.

⁷ En cas de départ du titulaire de l'autorisation, l'école est tenue de le signaler sans délai au service et de proposer une candidate ou un candidat en vue de l'obtention d'une nouvelle autorisation.

Art. 9 Caducité de l'autorisation

¹ L'autorisation d'exploiter est caduque lorsque son titulaire y renonce ou qu'il n'en fait plus usage durant 12 mois consécutifs.

² Le service constate, par décision, la caducité de l'autorisation.

Chapitre III Autorisation personnelle d'enseigner

Art. 10 Autorisation personnelle d'enseigner

¹ Les étrangers non visés par les Accords sur la libre circulation des personnes doivent être mis au bénéfice d'une autorisation du Conseil d'Etat pour enseigner dans une école privée déterminée.

² La requête en autorisation d'enseigner contient un curriculum vitae, la copie des diplômes obtenus ou une attestation de reconnaissance d'acquis, un extrait de casier judiciaire ou tout autre document officiel attestant de la bonne réputation et précise la discipline d'enseignement; au besoin, les documents sont traduits par un traducteur-juré assermenté dans le canton.

Chapitre IV Mesures administratives

Art. 11 Principes

Si nécessaire, le département peut :

- a) intimer l'ordre de cesser immédiatement toute publicité ou tout enseignement non autorisés;
- b) suspendre et, dans les cas graves, retirer l'autorisation provisoire ou l'autorisation confirmée de dispenser un programme d'enseignement non conforme aux dispositions légales et réglementaires, si la conformité dudit programme n'est pas rétablie dans les délais impartis;
- c) suspendre et, dans les cas graves, retirer l'autorisation provisoire d'exploiter ou l'autorisation d'exploiter confirmée si la direction refuse dans les délais fixés de se conformer aux exigences nécessaires au maintien de l'autorisation provisoire ou confirmée;
- d) interdire de diriger une école, de participer à la direction, d'enseigner ou d'encadrer des mineurs à toute personne ne répondant pas ou plus aux exigences de moralité et de capacité en suspendant et, dans les cas graves, en retirant l'autorisation personnelle; le retrait de l'autorisation d'enseigner par le Conseil d'Etat demeure réservé;
- e) dans les cas graves d'infractions répétées à la loi et au présent règlement et après mise en demeure :
 - 1° ordonner la fermeture d'une école, si nécessaire en ayant recours à la force publique,
 - 2° informer les parents ou le répondant légal des élèves mineurs, voire le public, des mesures décidées, par les moyens qu'il juge adéquats.

Chapitre V Organes d'exécution

Art. 12 Service de l'enseignement privé

¹ Le service de l'enseignement privé est notamment chargé, au nom du département :

- a) d'assurer la coordination entre les écoles privées et les autres services du département concernés par l'enseignement privé;
- b) de délivrer l'autorisation préalable d'exploiter une école privée;
- c) de délivrer une autorisation complémentaire de dispenser un nouveau programme d'enseignement;
- d) de délivrer la confirmation de l'autorisation d'exploiter l'école privée en principe au terme de trois ans d'activité d'une école;
- e) d'instruire les demandes d'autorisation personnelle d'enseigner en vue de la décision du Conseil d'Etat, ainsi que le retrait éventuel de celle-ci;
- f) de prendre tout ou partie des mesures et décisions prévues à l'article 11, lettres a à e, du présent règlement;
- g) de délivrer à d'autres services du département et de l'Etat des préavis en rapport avec des prestations de formation en s'assurant de la sécurité des locaux, en application de l'article 5, alinéa 2, du présent règlement.

² En outre, le service de l'enseignement privé est chargé de prendre ou de préparer les autres mesures et décisions de la compétence du département en veillant à l'application du présent titre.

Art. 13 Commission de l'enseignement privé

¹ Le service de l'enseignement privé est assisté d'une commission de préavis, présidée par la cheffe ou le chef de ce service et composée :

| | |
|--|--|
| | <p>a) de 2 représentantes ou représentants du département⁽¹⁾, dont l'une ou l'un de l'office pour l'orientation, la formation professionnelle et continue;</p> <p>b) d'une représentante ou d'un représentant de l'association genevoise des écoles privées;</p> <p>c) d'une représentante ou d'un représentant du corps enseignant des écoles privées.</p> <p>² Selon les cas, la commission peut consulter des représentantes ou des représentants d'autres départements.</p> <p>Titre II Instruction obligatoire</p> <p>Art. 14 Enseignement de base suffisant</p> <p>¹ Les enfants en âge d'instruction obligatoire ont droit à un enseignement de base suffisant au sens de l'article 62 de la Constitution fédérale. Le département est en droit de vérifier la réalisation par l'enseignement privé en école ou à domicile de son plan d'études cadre ou d'un plan d'études équivalent.</p> <p>² Lorsque l'enseignement de base semble insuffisant, le département peut soumettre les élèves à des tests organisés sous sa responsabilité.</p> <p>³ En cas d'enseignement de base insuffisant, le département met en demeure la direction de l'école privée, respectivement les parents ou le répondant légal, d'y remédier dans un délai déterminé.</p> <p>⁴ En cas d'insuffisance persistante, il peut ordonner la scolarisation des élèves ou de l'enfant en école publique.</p> <p>Art. 15 Enseignement obligatoire en milieu privé</p> <p>¹ L'enseignement en milieu privé est soumis à certaines dispositions :</p> <p>a) du règlement de l'enseignement primaire, du 7 juillet 1993;</p> <p>b) du règlement du cycle d'orientation, du 10 octobre 2001.</p> <p>Enseignement en école privée</p> <p>² Les écoles privées au sens de l'article 1 du présent règlement, recevant des élèves en âge de scolarité obligatoire, sont tenues d'annoncer sans délai au département l'arrivée et le départ d'un élève.</p> <p>Enseignement à domicile</p> <p>³ L'enseignement dispensé à domicile est assuré sous la responsabilité des parents ou du répondant légal de l'enfant.</p> <p>⁴ Les parents ou le répondant légal ont l'obligation d'aviser par écrit et sans délai le département en indiquant :</p> <p>a) la personne ou les personnes chargées de l'enseignement;</p> <p>b) les mesures prises pour assurer un enseignement correspondant au plan d'études cadre du département.</p> <p>Cet avis doit être renouvelé chaque année et lors de chaque changement de résidence habituelle de l'enfant.</p> |
|--|--|

| GL Glarus | |
|--|---|
| <p>I A/1/1 Verfassung des Kantons Glarus Erlassen von der Landsgemeinde am 1. Mai 1988</p> | <p>Zweites Kapitel: Öffentliche Aufgaben und Finanzordnung Sechster Abschnitt: Schul- und Bildungswesen Art. 36 Privatschulen</p> <p>¹ Das Recht, Privatschulen zu errichten und zu führen, ist in den Schranken des Gesetzes gewährleistet.</p> <p>² Die Privatschulen können aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden.</p> |
| <p>IV B/1/3 Gesetz über Schule und Bildung (Bildungsgesetz) Erlassen von der Landsgemeinde am 6. Mai 2001</p> | <p>I. Allgemeine Bestimmungen Art. 1* Geltungsbereich</p> <p>¹ Dieses Gesetz regelt die Bildung und Erziehung an den öffentlichen Schulen und an Privatschulen. Es enthält zudem Bestimmungen über die Förderung anderer Bildungsbereiche und über die Tagesstrukturen.</p> <p>² Auf die Berufsbildung ist dieses Gesetz anwendbar, soweit nicht das Bundesgesetz über die Berufsbildung oder das betreffende kantonale Einführungsrecht besondere Regelungen enthalten.</p> <p>³</p> <p>Art. 4* Öffentliches Schulangebot</p> |

¹ Das Angebot der öffentlichen Schulen obliegt nach Massgabe dieses Gesetzes dem Kanton, den Gemeinden oder Institutionen, die Privatschulen mit öffentlicher Aufgabenerfüllung (Art. 8) führen.

² Es gewährleistet nach Massgabe dieses Gesetzes, dass jedes Kind eine öffentliche Schule besuchen kann.

³ Die Gemeinde legt die Standorte ihrer Schulen fest und bestimmt die Anzahl der dort geführten Klassen.

Art. 6* Privatschulen

¹ Die Führung von Privatschulen, die ohne öffentlichen Auftrag Unterricht zur Absolvierung der Schulpflicht (Art. 43f.) anbieten, bedarf einer Bewilligung des Regierungsrates. Die Bewilligung wird nach Anhörung der Standortgemeinde erteilt, wenn die Privatschule Gewähr für eine Bildung bietet, die derjenigen öffentlicher Schulen gleichwertig ist.

² Die Privatschulen unterstehen der Aufsicht des Departements.

³ Das Departement kann bei Privatschulen in der Organisation und im Lehrplan Abweichungen zulassen.

⁴ Die Lehrpersonen müssen im Besitze eines anerkannten, stufengemässen Fähigkeitsausweises sein.

Art. 7* Unterricht an Privatschulen

¹ Wollen die Erziehungsberechtigten ihre schulpflichtigen Kinder an einer Privatschule gemäss Artikel 6 unterrichten lassen, bedürfen sie einer Bewilligung der Schulleitung.

² Die Bewilligung wird erteilt, wenn

a. die Unterrichtung an einer Privatschule im Kanton erfolgt, die über eine Bewilligung gemäss Artikel 6 Absatz 1 verfügt oder

b. die Unterrichtung an einer ausserkantonalen Privatschule erfolgt, welche eine gleichwertige Ausbildung gemäss Artikel 6 Absatz 1 gewährleistet.

Art. 8 Privatschulen mit öffentlicher Aufgabenerfüllung

Der Landrat kann Schulen mit privater Trägerschaft die Gewährleistung eines bestimmten Bildungsangebotes übertragen oder ihnen den Charakter einer öffentlichen Schule zuerkennen.

II. Öffentliche Schulen und öffentliche Bildungsförderung

Art. 13* Kindergarten

¹ Der Kindergarten umfasst die ersten zwei Schuljahre.

²

³ Der Kindergarten ergänzt die Erziehung der Kinder in der Familie und in anderen Lebensgemeinschaften. Er fördert die geistig-seelische, die soziale und körperliche Entwicklung der Kinder. Er führt sie zur Schulfähigkeit.

⁴

VI. Behörden

Art. 81* Schulkommission

¹ Die Schulkommission ist zuständig für die strategische Führung und die Aufsicht über die Schule in der Gemeinde. Sie erfüllt die ihr durch dieses Gesetz und seine kantonalen und kommunalen Ausführungsbestimmungen übertragenen Aufgaben.

² Sie kann bestimmte Aufgaben anderen Kommissionen zuweisen. Artikel 93 des Gemeindegesetzes gilt sinngemäss. Entscheidbefugnisse können nur dann delegiert werden, wenn dies vom kantonalen Recht ausdrücklich vorgesehen ist und von der Gemeindeordnung nicht ausgeschlossen wird.

³ Bei kantonalen Schulen sowie Privatschulen mit öffentlicher Aufgabenerfüllung (Art. 8) tritt die in den entsprechenden Spezialvorschriften bestimmte Behörde an die Stelle der Schulkommission.

X. Rechtsschutz-, Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 115* Privatschulen

¹ Die bestehenden Privatschulen gelten unter den heutigen Voraussetzungen als bewilligt.

² Der Landrat bestimmt im Rahmen seiner Verordnungskompetenz gemäss Artikel 104, welchen Privatschulen die Gewährleistung eines bestimmten Bildungsangebotes übertragen oder der Charakter einer öffentlichen Schule zuerkannt wird (Art. 8).

³ Der Regierungsrat beschliesst für diese Schulen Leistungsaufträge.

| | |
|--|--|
| <p>IV B/31/1 Verordnung über den Kindergarten und die Volksschule (Schulverordnung) vom 27. Juni 2001</p> | <p>II. Kindergarten Art. 8 Angebot; Privatkinderärten ¹ Die Schulgemeinden gewährleisten den Besuch des Kindergartens. ² Die Führung von Privatkinderärten, die ohne öffentlichen Auftrag Kindergartenunterricht (Art. 13 Bildungsgesetz) anbieten, bedarf einer Bewilligung des Regierungsrates; auf bestehende Privatkinderärten ist Artikel 115 Absatz 1 des Bildungsgesetzes sinngemäss anwendbar. Für die Bewilligungserteilung sowie die staatliche Aufsicht gilt Artikel 6 des Bildungsgesetzes sinngemäss. ³ Für Privatkinderärten mit öffentlicher Aufgabenerfüllung, namentlich Spezialkinderärten in Sonderschulen und Sonderschulheimen, gelten die Artikel 8 und 115 Absatz 2 des Bildungsgesetzes sinngemäss.</p> |
|--|--|

| | |
|----------------------|--|
| GR Graubünden | |
|----------------------|--|

| | |
|---|--|
| <p>420.500 Gesetz über die Kindergärten im Kanton Graubünden (Kindergartengesetz) Vom Volke angenommen am 17. Mai 1992</p> | <p>I. Allgemeine Bestimmungen Art. 2 Anerkannte Kindergärten ¹ Kindergärten, die von den Gemeinden oder im Auftrag und anstelle von Gemeinden von privatrechtlichen gemeinnützigen Institutionen im Sinne von Artikel 26 Absatz 2 dieses Gesetzes geführt werden, gelten als vom Kanton anerkannte Kindergärten. ² Die Bestimmungen dieses Gesetzes gelten für anerkannte Kindergärten mit öffentlich-rechtlicher oder mit privatrechtlicher Trägerschaft. IV. Pflichten der Kindergartenträger, Finanzierung der Kindergärten Art. 26 Pflichten und Leistungen der Gemeinden ¹ Die Wohngemeinde ermöglicht jedem Kind den Besuch eines Kindergartens während mindestens eines Jahres vor dem Schuleintritt. ² Gemeinden, die keinen eigenen Kindergarten führen und keinem Kindergarten-Gemeindeverband angehören, stellen den Kindergartenbesuch ihrer Kinder auf vertraglicher Grundlage sicher. ³ Die Gemeinden stellen die für die Führung der Kindergärten erforderlichen Räume und Einrichtungen auf ihre Kosten zur Verfügung. Sie halten sich dabei an die vom Erziehungsdepartement zu erlassende Wegleitung für den Bau und die Einrichtung von Kindergärten. ⁴ Sofern die Verhältnisse es erfordern, sind die Gemeinden für den Transport der Kinder zum Kindergarten besorgt. ⁵ Das für die Führung des Kindergartens notwendige Spiel- und Werkmaterial ist von der Trägerschaft des Kindergartens unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Das Erziehungsdepartement erlässt entsprechende Richtlinien.</p> |
|---|--|

| | |
|--|---|
| <p>421.000 Gesetz für die Volksschulen des Kantons Graubünden (Schulgesetz) vom Volke angenommen am 26. November 2000</p> | <p>I. Allgemeine Bestimmungen Art. 3 Privatschulen ¹ Neben der öffentlichen Volksschule besteht die Privatschule als vom Staat beaufsichtigte Schule. ² Für Privatschulen gelten mit Ausnahme der Bestimmungen über die Lehrpersonen sowie über die Pflichten der Gemeinden und die Finanzierung die Bestimmungen dieses Gesetzes sinngemäss. Die Bestimmung über die Wählbarkeitsvoraussetzungen der Lehrpersonen gelangt zur Anwendung. II. Schulpflicht Art. 17 Privatunterricht, Privatschulen ¹ Ein Kind, das geregelten Privatunterricht erhält oder eine Privatschule besucht, ist vom Besuch der öffentlichen Schule befreit. ² Wenn der Privatunterricht den gesetzlichen und lehrplanmässigen Anforderungen nicht entspricht, kann das Departement den Übertritt privat geschulter Schülerinnen und Schüler in die öffentliche Schule verfügen. Das Departement kann die Schliessung von Privatschulen verfügen, welche die gesetzlichen Bestimmungen missachten. VII. Pflichten der Gemeinde und Finanzierung Art. 54 b) andere Beiträge ¹ Der Kanton leistet Beiträge für die öffentlichen Schulen an: 1. besondere Aktionen für die Prophylaxe, die der Kanton ausserhalb des ordentlichen schulärztlichen und schulzahnärztlichen Dienstes veranlasst; die Regierung erlässt nähere Bestimmungen;</p> |
|--|---|

| | |
|---|---|
| | <p>2. die schulpsychologische Beratung; 3. die Primar-, Real- und Sekundarschulen sowie Kleinklassen von 20 bis 55 Prozent der vom Grossen Rat in der LBV festgelegten Pauschalbeträge. Die Pauschalbeträge sind im Rahmen von 79 000 Franken bis 123 000 Franken festzusetzen. Diese Ansätze entsprechen dem Stand des Landesindexes der Konsumentenpreise von 102,4 Punkten (Basisindex Dezember 2005); 4. die Verbilligung der Lehrmittel; 5. die Stellvertretung von Lehrpersonen; 6. die Ausbildung der Primar-, Kleinklassen-, Real- und Sekundarlehrpersonen und der Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrpersonen; 7. ... 8. die Talschaftssekundarschulen; 9. die anrechenbaren Transportkosten für Schülerinnen und Schüler; 10. Schulträgerschaften mit Schulleitungen auf der Basis des vom Grossen Rat in der LBV festgelegten Pauschalbetrages für die Real- und Sekundarschule, wobei für die Subventionierung eines Vollpensums einer Schulleitungsperson 25 subventionsberechtigte Abteilungen zugrunde gelegt werden. Die Beitragsleistung ist an die Erfüllung von Mindestvoraussetzungen bezüglich Anstellung, Ausbildung und Pflichten von Schulleitungspersonen geknüpft, welche von der Regierung festgelegt werden.</p> <p>² ... ³ Die Höhe der Beiträge gemäss Absatz 1 bestimmt der Grosse Rat in der Vollziehungsverordnung oder in besonderen Verordnungen. ⁴ Die Beiträge gemäss Absatz 1 Ziffer 1 und 2 werden auch an private, auf gemeinnütziger Grundlage stehende Schulen ausgerichtet. ⁵ Der Kanton kann die Aus- und Weiterbildung von Schulleitungspersonen namentlich durch die Veranstaltung von Kursen und Ausrichtung von einmaligen Beiträgen bis maximal 5 000 Franken pro Schulleitungsperson fördern.</p> <p>VIII. Strafbestimmungen Art. 56 Kompetenz des Departementes Mit Busse von 100 bis 5 000 Franken wird vom Departement bestraft:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. wer als erziehungsberechtigte Person die Bestimmungen über die Schulpflicht und Schuldauer übertritt; 2. wer in dieser Eigenschaft trotz Bestrafung nach Artikel 55 dieses Gesetzes das schulpflichtige Kind ohne Entschuldigungsgrund nicht regelmässig zur Schule schickt; 3. wer in dieser Eigenschaft das Kind ohne Urlaubsbewilligung des Amtes während mehr als 15 Schultagen aus der Schule nimmt; 4. wer sich in dieser Eigenschaft Verfügungen des Schulrates gegen Schülerinnen und Schüler widersetzt; 5. wer dem Departement die Ausweise der Lehrperson, die Privatunterricht erteilt oder an einer Privatschule unterrichtet, trotz Aufforderung nicht vorlegt oder die Eröffnung einer Privatschule vorsätzlich nicht anzeigt. |
| <p>421.010 Vollziehungsverordnung zum Schulgesetz Gestützt auf Art. 57 des Gesetzes für die Volksschulen des Kantons Graubünden (Schulgesetz) vom Grossen Rat erlassen am 31. Mai 1961</p> | <p>II. Schulpflicht Art. 10 Privatunterricht, Privatschulen ¹ Wer ein Kind privat unterrichten lässt, hat dies dem zuständigen Schulrat sowie dem Departement zu melden und diesem zugleich die Fähigkeitsausweise der unterrichtenden Lehrpersonen vorzulegen. ² Wer eine Privatschule führt, hat dies dem Departement zu melden und diesem die Ausweise aller Lehrpersonen jeweils bei deren Anstellung vorzulegen. ³ Die Lehrpersonen, die Privatunterricht erteilen oder an einer Privatschule unterrichten, müssen die gesetzlichen Wählbarkeitsvoraussetzungen erfüllen und den Unterricht nach dem Lehrplan erteilen. ⁴ Privatunterricht und Privatschulen unterstehen der Aufsicht des Schulinspektorates.</p> |

JU Jura

| | |
|------------------------------------|--|
| <p>101 Constitution de la</p> | <p>III. LES TACHES DE L'ETAT 5. L'école</p> |
|------------------------------------|--|

| | |
|--|---|
| <p>République et Canton du Jura du 20 mars 1977</p> | <p>Ecoles privées Art. 38 ¹ Le droit d'ouvrir des écoles privées est garanti dans les limites de la loi. ² L'Etat soutient les écoles privées aux conditions fixées par la loi. Surveillance Art. 39 Toutes les écoles sont placées sous la surveillance de l'Etat.</p> |
| <p>410.11 Loi sur l'école enfantine, l'école primaire et l'école secondaire (Loi scolaire) du 20 décembre 1990</p> | <p>TITRE PREMIER : Dispositions générales Scolarité facultative et obligatoire a) Principe Art. 6 ¹ Tout enfant, quel que soit son statut, a accès à l'école. ² Les parents ont le droit d'envoyer leur enfant à l'école enfantine. ³ Ils ont le droit et l'obligation d'envoyer leur enfant en âge de scolarité obligatoire dans une école publique. Demeure réservé le droit des parents de donner ou de faire donner un enseignement privé, conformément à la législation sur l'enseignement privé.</p> |
| <p>410.111 Ordonnance portant exécution de la loi scolaire (Ordonnance scolaire) du 29 juin 1993</p> | <p>TITRE PREMIER : Dispositions générales Passage de l'école publique à l'enseignement privé Art. 8 Les parents qui entendent donner ou faire donner à leur enfant un enseignement privé, conformément à la législation sur l'enseignement privé, communiquent leur décision par écrit au directeur ou, à défaut, à la commission d'école, à l'intention du conseiller pédagogique.</p> |
| <p>417.1 Loi sur l'enseignement privé du 10 mai 1984</p> | <p>TITRE DEUXIEME : Ouverture d'une école ou institution d'un enseignement privé Autorisation Art. 4 ¹ L'ouverture ou la reprise d'une école privée dont le programme relève de la scolarité obligatoire sont soumises à l'autorisation préalable du Département de l'Education (dénommé ci-après: "Département"); celui-ci sollicite le préavis des autorités et services concernés. Déclaration préalable ² Les autres écoles privées peuvent être ouvertes ou reprises moyennant une déclaration préalable au Département, accompagnée des pièces nécessaires à l'exercice de la surveillance officielle. Conditions a) Conditions générales Art. 5 ¹ L'autorisation est délivrée aux conditions suivantes: a) le but et l'activité de l'école ne sont pas contraires à l'ordre public; b) les responsables de l'école et les membres du personnel présentent les qualifications professionnelles et les qualités requises; le personnel enseignant doit être au bénéfice d'une autorisation d'enseigner au sens de l'article 89a de la loi scolaire; c) les locaux et autres moyens disponibles permettent d'enseigner dans des conditions conformes au programme annoncé, ainsi qu'aux exigences de la sécurité et de la salubrité. ² Les écoles visées à l'article 4, alinéa 2, doivent également remplir ces conditions. b) Conditions supplémentaires Art. 6 Les écoles privées dont le programme relève de la scolarité obligatoire sont soumises aux conditions supplémentaires suivantes : a) ce programme et le plan d'études sont d'un niveau équivalent à ceux qu'appliquent les écoles publiques du même degré; b) les enseignants justifient de qualifications équivalentes à celles qui sont exigées des enseignants de l'école publique; c) les locaux et installations permettent d'enseigner dans des conditions comparables à celles qui règnent dans les écoles publiques. Durée de l'autorisation</p> |

Art. 7

- ¹ L'autorisation est accordée pour une période de quatre ans.
² Le renouvellement doit en être demandé six mois avant l'échéance.

Portée juridique de l'autorisation**Art. 8**

- ¹ L'autorisation accordée aux conditions de l'article 5 n'implique pas que l'Etat reconnaisse la valeur de l'enseignement proposé.
² L'autorisation accordée aux conditions des articles 5 et 6 ne préjuge pas la reconnaissance officielle des diplômes, ni ne confère à une école le caractère d'utilité publique.

TITRE TROISIEME : Activité des écoles privées**Programme****Art. 11**

L'enseignement donné doit correspondre au but et au programme annoncés; les projets de changement sont communiqués au Service de l'enseignement.

Fréquentation**Art. 12**

- ¹ Les écoles privées qui accueillent des élèves en âge de scolarité obligatoire veillent à une fréquentation régulière des leçons.
² Les écoles privées transmettent, chaque semestre, un certificat de fréquentation à la commission de l'école du lieu habituel de résidence de l'élève. Elles annoncent en outre sans délai tout départ au cours de l'année scolaire d'un élève en âge de scolarité obligatoire.

Surveillance**Art. 13**

- ¹ L'Etat exerce une surveillance générale sur les écoles privées.
² Les écoles privées qui accueillent des élèves en âge de scolarité enfantine ou obligatoire sont placées sous la surveillance de l'Etat au même titre que les écoles publiques; toutefois, celui-ci respecte, dans l'accomplissement de leur tâche, l'autonomie et la spécificité de ces écoles.

³ ...

Autorité de surveillance**Art. 14**

A moins qu'une prescription légale ou que la nature particulière de l'institution privée n'impose une autre solution, la surveillance des écoles privées est exercée par le Département.

Retrait de l'autorisation**Art. 15**

Si l'enseignement donné dans une école privée ne correspond pas au but, au programme ou au niveau attendus, l'activité de cette école est suspendue et l'autorisation peut être retirée.

TITRE QUATRIEME : Reconnaissances officielles**Reconnaissance****a) Certificats et diplômes****Art. 16**

- ¹ Sur requête, le Département peut reconnaître les certificats et diplômes délivrés par une école privée.
² Les prescriptions du droit fédéral concernant la reconnaissance des certificats de maturité et autres titres sont réservées.

b) Niveau de l'enseignement**Art. 17**

- ¹ Sur requête, le Département peut établir que l'enseignement dispensé par une école privée est d'une valeur suffisante pour être reconnu officiellement.
² La reconnaissance du niveau de l'enseignement doit intervenir pour chaque cycle scolaire séparément lorsque l'école en comporte plusieurs.

| | |
|--|--|
| | <p>³ Lorsqu'une école privée décerne un certificat ou un diplôme, la reconnaissance porte sur ces derniers.</p> <p>c) Utilité publique Art. 18 Le Gouvernement peut, sur requête, reconnaître le caractère d'utilité publique d'une école privée lorsque:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) les certificats et diplômes délivrés, ou le niveau de l'enseignement, ont été reconnus officiellement, et que b) l'école décharge l'Etat de tout ou partie d'une tâche lui incombant, ou c) accomplit une tâche répondant à un besoin dans le domaine de la formation. <p>Portée juridique des reconnaissances Art. 19 Les reconnaissances obtenues en application des articles 16 à 18 de la présente loi ne confèrent par elles-mêmes aucun droit à une aide de l'Etat.</p> <p>TITRE CINQUIEME : L'aide de l'Etat aux écoles privées CHAPITRE PREMIER : Principe et conditions générales Aide de l'Etat a) Conditions Art. 20 L'Etat aide matériellement les écoles privées qui le demandent et qui remplissent les conditions suivantes:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) l'école requérante possède la personnalité juridique; b) elle a été reconnue d'utilité publique (art. 18); c) elle est ouverte, dans les limites de sa capacité d'accueil, à tous les élèves qui remplissent les conditions usuelles d'admission à un tel établissement; d) elle accuse une situation financière qui, en dépit d'une saine administration, ne peut être équilibrée sans le soutien de l'Etat; e) elle dispense son enseignement essentiellement à des élèves jurassiens. <p>b) Formes Art. 21 ¹ L'aide de l'Etat consiste dans l'allocation d'une subvention en espèces. ² Si les circonstances le justifient, elle peut revêtir d'autres formes.</p> <p>CHAPITRE II : Objet et calcul des subventions SECTION 1 : Principes généraux Suppression de la subvention Art. 25 La subvention n'est pas versée si les comptes de l'école requérante sont équilibrés sans l'aide de l'Etat.</p> <p>Participation d'autres collectivités Art. 26 L'Etat peut subordonner son aide financière à la condition que d'autres collectivités publiques et institutions s'associent équitablement à son effort.</p> <p>Contrôle de la gestion Art. 27 ¹ L'Etat contrôle en tout temps la bonne gestion des écoles susmentionnées, ainsi que le respect des conditions légales auxquelles son aide est subordonnée. ² En collaboration avec le Département des Finances, le Département contrôle annuellement, sur la base des comptes et budgets qui lui sont soumis, la gestion des écoles privées recevant une aide de l'Etat.</p> |
| <p>417.11 Ordonnance portant exécution de la loi sur l'enseignement privé</p> | <p>CHAPITRE PREMIER : Ouverture ou reprise d'une école privée SECTION 2 : Ecoles relevant de la scolarité obligatoire Procédure a) demande Art. 3</p> |

du 18 décembre 1984

¹ La demande d'autorisation est accompagnée des informations et documents suivants:

- a) description de l'activité et de l'organisation de l'école;
- b) programmes et plans d'études;
- c) dossier personnel des responsables de l'école (directeur, administrateur) comprenant:
 - 1. les documents usuels;
 - 2. un extrait du casier judiciaire;
 - 3. une attestation de l'Office des poursuites et faillites;
- d) description des locaux scolaires;
- e) liste nominative des enseignants;
- f) copie des titres et des diplômes des enseignants;
- g) états de service antérieurs des enseignants.

² Le Département peut exiger d'autres informations ou documents qui lui paraissent nécessaires ou faire procéder à une visite des lieux.

Surveillance

a) principe

Art. 6

¹ Le Département, par le Service de l'enseignement, assume la surveillance et l'inspection pédagogique des écoles privées.

² La surveillance s'exerce de la même manière que dans les écoles publiques.

³ La surveillance ne doit pas conduire à un alignement des méthodes d'enseignement ou des plans d'études sur celles et ceux des écoles publiques, mais doit mettre l'accent sur les résultats obtenus.

b) plans d'études, programmes

Art. 7

Les plans d'études et les programmes doivent respecter les points suivants:

- a) permettre en tout temps et sans problèmes majeurs le passage de l'école privée à l'école publique;
- b) consacrer, globalement, le même temps aux grandes disciplines que dans les écoles publiques;
- c) éviter une surcharge des élèves.

d) visites

Art. 9

¹ Le Service de l'enseignement peut, en tout temps, effectuer une visite dans l'école.

² En principe, il en informe préalablement la direction.

e) relations avec l'école publique

Art. 10

D'entente avec le Service de l'enseignement, les responsables des écoles privées veillent à ce que les modalités de passage entre leur établissement et l'école publique interviennent dans l'intérêt des enfants concernés et conformément aux principes généraux qui gouvernent l'école publique.

CHAPITRE II : Enseignement en école privée et en milieu privé

Enseignement en école privée

Art. 19

¹ Les personnes qui inscrivent leur enfant dans une école au bénéfice d'une reconnaissance de niveau ou d'une reconnaissance équivalente délivrée par un autre canton, communiquent leur décision par écrit à la commission de l'école du cercle scolaire. Cette dernière en informe le Service de l'enseignement.

² Lorsque l'école privée n'est pas au bénéfice d'une reconnaissance de niveau ou équivalente, les parents doivent attester que l'établissement choisi offre un niveau d'éducation et d'instruction comparable à celui de l'école publique. Ils veillent également à ce que l'établissement atteste annuellement à la commission d'école compétente la fréquentation scolaire régulière de leur enfant. Le Département peut procéder à des

vérifications destinées à attester la qualité et le niveau de la formation dispensée.

LU Luzern

400

Gesetz über die Volksschulbildung vom 22. März 1999

IV. Lernende

§ 11 Besuch der Volksschule

¹ Kinder und Jugendliche haben im Rahmen der Rechtsordnung das Recht und die Pflicht

- a. während eines Jahres einen öffentlichen oder privaten Kindergarten zu besuchen,
- b. die Primarstufe und die Sekundarstufe I entweder in der öffentlichen oder in einer privaten Volksschule zu besuchen oder mit Privatunterricht zu absolvieren.

² Sie haben die Schule gemäss den in Lehrplänen festgehaltenen Anforderungen zu besuchen und abzuschliessen.

³ ...

⁴ Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten des Schulbesuchs, insbesondere die Aufnahmebedingungen, in Reglementen.

V. Erziehungsberechtigte

§ 19 Mitwirkung

¹ Die Erziehungsberechtigten entscheiden darüber, ob die von ihnen Vertretenen die öffentliche Volksschule, eine private Volksschule oder Privatunterricht besuchen.

² Sie wirken im Rahmen der Rechtsordnung beim Eintritt in die Kindergartenstufe, in die Primarstufe und in die Sonderschule, bei der Beurteilung der Lernenden sowie beim Übertritt in die Sekundarstufe I und beim Entscheid über die Nutzung von Förderangeboten mit.

³ Sie haben im Rahmen der Rechtsordnung das Recht, den Unterricht und die Schulveranstaltungen ihrer Kinder zu besuchen.

⁴ Der Regierungsrat regelt die allgemeinen, die Schulpflege die örtlichen Mitwirkungsrechte in Reglementen.

VII. Organisation

§ 30 Trägerschaft

¹ Das kantonale Volksschulangebot umfasst die Sonderschulheime und die Berufsberatung.

² Das kommunale Volksschulangebot umfasst die obligatorisch und fakultativ zu besuchende Volksschule mit mindestens einem Kindergartenjahr, die Sonderschulen ohne die Sonderschulheime, die Förderangebote, die schulischen Dienste ohne die Berufsberatung sowie die schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen.

³ Der Kanton erbringt das kantonale Volksschulangebot als Träger selber oder durch öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Dritte.

⁴ Die Gemeinden erbringen das kommunale Volksschulangebot als Trägerinnen selber oder durch den Zusammenschluss mehrerer Gemeinden; sie können es an öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Dritte als Leistungserbringer übertragen.

⁵ Der Kantonsrat kann durch Dekret neue Sonderschulheime errichten und bestehende Sonderschulheime aufheben.

XI. Private Anbieterinnen

§ 51 Begriff

Private Anbieterinnen sind Schulen und Institutionen mit einer privaten Trägerschaft oder Personen, die Privatunterricht erteilen.

§ 52 Grundsätze

¹ Die Volksschule kann auch bei einer privaten Anbieterin besucht werden.

² Förderangebote und schulische Dienste können auch von privaten Anbieterinnen erbracht werden.

³ Die Bildungsziele der Volksschule sind für die privaten Anbieterinnen verbindlich.

⁴ Der Kanton unterstützt im Rahmen der verfügbaren Mittel private Anbieterinnen, kann sich an privaten Trägerschaften beteiligen oder privaten Anbieterinnen Aufgaben übertragen.

⁵ Der Kanton kann Abschlüsse an privaten Schulen anerkennen.

§ 53 Pflichten

¹ Private Anbieterinnen haben für die Errichtung und den Betrieb von Schulen, Förderangeboten und schulischen Diensten sowie für das Erteilen

| | |
|--|---|
| | <p>von Privatunterricht eine Bewilligung beim zuständigen Departement einzuholen.</p> <p>² Der Kanton kann bei finanzieller Unterstützung oder staatlicher Beteiligung</p> <ol style="list-style-type: none"> a. eine angemessene Vertretung in den Trägerschaftsorganen beanspruchen, b. die Trägerschaft zur Beteiligung an der staatlichen Planung und Weiterentwicklung der Volksschulbildung verpflichten. <p>§ 54 Betriebsbewilligung Das zuständige Departement regelt in der Betriebsbewilligung die Bedingungen für den Betrieb und die Aufsicht.</p> <p>XIII. Finanzen</p> <p>§ 62 Kantonsbeiträge</p> <p>¹ Der Kanton entrichtet den Gemeinden Staatsbeiträge an die Betriebskosten (gemäss § 59 Abs. 2) für das kommunale Volksschulangebot. Die Staatsbeiträge decken 22,5 Prozent der gesamten im Kanton entstehenden Betriebskosten.</p> <p>² Der Kanton entrichtet den Gemeinden seinen Anteil in der Form von pauschalen Pro-Kopf-Beiträgen für Lernende der Kindergartenstufe, der Primarstufe und der Sekundarstufe I sowie für Lernende fremder Sprache und Lernende in schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen.</p> <p>³ An die Kosten des Sonderschulangebots gemäss § 7 entrichtet der Kanton Staatsbeiträge an die Betriebskosten im Umfang von 50 Prozent. Den Trägerinnen von kommunalen und privaten Sonderschulen richtet er seinen Anteil in Form von Beiträgen pro Lernende oder Lernenden und pro Schultag aus.</p> <p>⁴ Der Kanton leistet Beiträge an Trägerschaften, die im Auftrag des Kantons ein Bildungsangebot erbringen.</p> <p>⁵ Der Kanton kann Beiträge an private Anbieterinnen ausrichten.</p> <p>⁶ Der Regierungsrat regelt das Nähere in einer Verordnung.</p> |
| <p>405 Verordnung zum Gesetz über die Volksschulbildung (Volksschulbildungsverordnung) vom 16. Dezember 2008</p> | <p>III. Private Anbieterinnen</p> <p>§ 15 Bewilligung</p> <p>¹ Die Erteilung von Privatunterricht oder die Errichtung von Privatschulen wird vom Bildungs- und Kulturdepartement bewilligt.</p> <p>² Für die Erteilung einer Bewilligung gemäss Absatz 1 wird vorausgesetzt, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> a. die Trägerschaft der Privatschule oder die Privatunterricht erteilende Person die für die Ausübung dieser öffentlichen Aufgabe notwendige Vertrauenswürdigkeit besitzt, b. die Privatunterricht erteilende Person oder die an der Privatschule unterrichtenden Lehrpersonen eine gleichwertige pädagogische Ausbildung vorweisen können wie die der öffentlichen Schulen und c. der Lehrplan den kantonalen Vorschriften entspricht. <p>³ Eine Privatunterricht erteilende Person darf nicht mehr als vier Lernende unterrichten.</p> <p>⁴ Die Dienststelle Volksschulbildung prüft, ob das für die öffentlichen Schulen vorgeschriebene Lernziel durch den Unterricht der privaten Anbieterinnen und Anbieter erreicht wird. Bei ungenügendem Unterricht wird die Bewilligung entzogen und die Einweisung der Lernenden in eine öffentliche Schule verfügt.</p> <p>§ 16 Leistungen der öffentlichen Volksschulen Lernende, die eine Privatschule besuchen oder privat unterrichtet werden, haben an ihrem Wohnort Anspruch auf die Leistungen der Schuldienste, einschliesslich der dafür notwendigen Abklärungen.</p> <p>IV. Disziplinar- und Strafordnung</p> <p>§ 21 Straftatbestände</p> <p>¹ Erziehungsberechtigte, die für unentschuldigte Schulversäumnisse der ihnen unterstellten Lernenden verantwortlich sind, können von der Schulleitung mit einer Ordnungsbusse bis zu 1500 Franken gebüsst werden. Im Wiederholungsfall können die verantwortlichen Erziehungsberechtigten, sofern sie von der Schulleitung bereits mit einer Ordnungsbusse bestraft worden sind, von der Schulpflege mit einer Busse bis zu 3000 Franken bestraft werden.</p> <p>² Die Trägerschaft oder die Leitung von Privatschulen sowie Privatunterricht erteilende Personen, die gegen die in der Betriebsbewilligung enthaltenen Bedingungen verstossen oder Anordnungen der zuständigen Behörden nicht befolgen, können vom Bildungs- und Kulturdepartement mit einer Busse bis zu 3000 Franken bestraft werden.</p> |

| | |
|--|--|
| | <p>VII. Finanzielles</p> <p>§ 30 Beiträge an private Anbieterinnen</p> <p>¹ Der Kanton kann Privatschulen auf Gesuch hin Beiträge ausrichten.</p> <p>² Die jährlichen Kantonsbeiträge an Privatschulen betragen pro Lernende und Lernenden</p> <ol style="list-style-type: none"> der Kindergartenstufe höchstens 1200 Franken, der Primarstufe höchstens 1600 Franken, der Sekundarstufe I höchstens 2000 Franken. <p>³ Beiträge können gewährt werden, wenn die Privatschule</p> <ol style="list-style-type: none"> einem öffentlichen Bedürfnis entspricht und die Volksschule entlastet, die in der Betriebsbewilligung aufgeführten Auflagen erfüllt, während mindestens vier Jahren nach Erteilung der Betriebsbewilligung erfolgreich tätig war. |
|--|--|

| | |
|---------------------|--|
| NE Neuchâtel | |
|---------------------|--|

| | |
|---|---|
| <p>410.10 Loi sur l'organisation scolaire (LOS), du 28 mars 1984 Etat au 1^{er} janvier 2010</p> | <p>CHAPITRE PREMIER Principes et organisation</p> <p>Art. 3</p> <p>¹ La scolarité obligatoire s'accomplit dans les écoles publiques, soit les écoles primaires et secondaires du degré inférieur.</p> <p>² Elle peut avoir lieu dans les écoles privées ou à domicile.</p> <p>Enseignement privé</p> <p>Art. 7</p> <p>¹ L'enseignement privé correspondant à la scolarité obligatoire doit être équivalent à celui des écoles publiques.</p> <p>² Le Département de l'éducation, de la culture et des sports peut admettre des dérogations, notamment pour les élèves de langue maternelle étrangère dont le séjour dans le canton est temporaire.</p> <p>CHAPITRE 6 Dispositions financières Responsabilité financière</p> <p>Art. 47</p> <p>L'Etat ni les communes ne subventionnent l'enseignement privé.</p> |
| <p>410.241 Arrêté concernant le contrôle de l'enseignement privé du 19 février 1986</p> | <p>Article premier</p> <p>¹ Tout établissement d'enseignement privé ayant son siège dans le canton de Neuchâtel et dispensant un enseignement au niveau de la scolarité obligatoire est soumis au contrôle général du Département de l'éducation, de la culture et des sports (ci-après: le département).</p> <p>² L'enseignement privé dispensé à domicile fait également l'objet d'un contrôle.</p> <p>Art. 2</p> <p>Les parents qui décident de donner à leur enfant un enseignement privé en informent la commission scolaire ou la direction d'école intéressée.</p> <p>Art. 3</p> <p>L'autorité scolaire compétente signale au département tout enfant fréquentant une école privée ou suivant un enseignement dispensé à domicile.</p> <p>Art. 4</p> <p>¹ Sous réserve de circonstances particulières, les mutations d'enfants de l'école publique à l'enseignement privé ont lieu lors d'un changement d'année scolaire.</p> <p>² Au début de chaque année scolaire, les établissements d'enseignement privé sont tenus d'adresser au département la liste nominative de leurs élèves en âge de scolarité obligatoire.</p> <p>Art. 5</p> |

| | |
|--|---|
| | <p>Les enfants fréquentant un établissement d'enseignement privé hors du canton sont l'objet d'un contrôle annuel de leur présence dans ledit établissement.</p> <p>Art. 6 Lorsqu'il passe de l'enseignement privé à l'enseignement public, l'enfant est soumis à une évaluation de ses connaissances scolaires pour déterminer son intégration.</p> |
|--|---|

NW Nidwalden

| | |
|--|--|
| <p>111 Verfassung des Kantons Nidwalden vom 10. Oktober 1965</p> | <p>II. DIE ÖFFENTLICHEN AUFGABEN A. Schule Art. 20 Privatschulen ¹ Das Recht zur Errichtung und Führung von Privatschulen ist im Rahmen der Gesetzgebung gewährleistet. ² Privatschulen stehen unter der Aufsicht des Kantons. ³ Sie können im Rahmen der Gesetzgebung aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden.</p> |
| <p>312.1 Gesetz über die Volksschule (Volksschulgesetz) vom 17. April 2002</p> | <p>IV. Privatschulen Art. 73 Bewilligung ¹ Privatschulen bedürfen der Bewilligung der Direktion. Diese wird erteilt, wenn die Schülerinnen und Schüler eine verglichen mit der öffentlichen Volksschule gleichwertige Bildung erhalten. ² Die Trägerschaft der Privatschulen muss Gewähr bieten, dass die Schülerinnen und Schüler nicht pädagogischen oder weltanschaulichen Einflüssen ausgesetzt werden, die den Zielen der Volksschule in grundlegender Weise zuwiderlaufen. Art. 74 Aufsicht ¹ Die Privatschulen werden vom Amt für Volksschulen beaufsichtigt. Die Direktion kann geeignete Anordnungen treffen, wenn begründete Zweifel bestehen, ob eine Privatschule ihre Lernziele erreicht oder die Bewilligungsvoraussetzungen weiterhin erfüllt werden. ² Die Direktion kann für Lehrpersonen an Privatschulen eine Fachaufsicht anordnen oder ihnen bei schweren Pflichtverletzungen das Unterrichten untersagen. Art. 75 Weitere Leistungen ¹ Schülerinnen und Schüler, die eine Privatschule besuchen, können bei der Schulgemeinde ihres Wohnsitzes die in der Volksschule den Schülerinnen und Schülern abgegebenen obligatorischen Lehrmittel unentgeltlich beziehen. ² Sie haben an ihrem Wohnort Anspruch auf Therapien gemäss Art. 39 Abs. 4 einschliesslich der dafür nötigen Abklärungen. Der Schulrat entscheidet über Art und Umfang der Leistungen. ³ Im Übrigen besteht kein Anspruch auf die von der öffentlichen Volksschule zur Verfügung gestellten Leistungen.</p> |
| <p>312.11 Vollzugsverordnung zum Gesetz über die Volksschule (Volksschulverordnung) vom 1. Juli 2003</p> | <p>§ 69 Privatschulen Für den Übertritt von Schülerinnen und Schülern, die eine Privatschule besucht haben, richtet sich das Verfahren sinngemäss nach § 63–§ 82.</p> |

OW Obwalden

| | |
|---|---|
| <p>101 Verfassung des Kantons</p> | <p>VIERTER ABSCHNITT Öffentliche Aufgaben</p> |
|---|---|

| | |
|--|---|
| <p>Obwalden vom 19. Mai 1968</p> | <p>C. Schule Art. 28 3. Privatunterricht Die Freiheit des Privatunterrichtes ist unter Vorbehalt der staatlichen Aufsicht gewährleistet.</p> |
| <p>410.1 Bildungsgesetz vom 16. März 2006</p> | <p>II. Stufenübergreifende Bestimmungen E. Privatschulen und Privatunterricht Art. 37 Privatschulen a. Bewilligung und Anerkennung ¹ Privatschulen der Volksschul- und der Sekundarstufe II benötigen eine Bewilligung des Kantons. Diese wird erteilt, wenn die Schülerinnen und Schüler sowie Studierenden eine verglichen mit der öffentlichen Schule gleichwertige Bildung erhalten. Sie haben die Qualitätsvorgaben des Kantons gemäss Art. 6 dieses Gesetzes zu erfüllen. ² Die Trägerschaft der Privatschulen muss Gewähr bieten, dass die Schülerinnen und Schüler sowie Studierenden nicht pädagogischen oder weltanschaulichen Einflüssen ausgesetzt werden, die den Zielen der öffentlichen Schule zuwiderlaufen. ³ Der Kanton kann private Bildungseinrichtungen auf der Tertiärstufe anerkennen und sie der staatlichen Aufsicht unterstellen. Er kann auch Beiträge entrichten. Art. 38 b. Aufsicht ¹ Die Privatschulen werden durch den Kanton beaufsichtigt. Bestehen begründete Zweifel, ob die Lernziele erreicht oder die Bewilligungsvoraussetzungen weiterhin erfüllt werden, so kann die Bewilligungsinstanz Anordnungen treffen oder die Bewilligung entziehen. ² In begründeten Fällen kann für Lehrpersonen an Privatschulen eine Fachaufsicht angeordnet oder ihnen bei schweren Pflichtverletzungen das Unterrichten untersagt werden. Art. 39 c. Kantonale Leistungen ¹ Privatschulen können die in der öffentlichen Schule während der Schulpflicht abgegebenen obligatorischen Lehrmittel unentgeltlich beziehen, sofern diese für Schülerinnen und Schüler aus dem Kanton Obwalden eingesetzt werden. ² Schülerinnen und Schüler, deren Erziehungsberechtigte zivilrechtlichen Wohnsitz im Kanton Obwalden haben, können die kantonalen Schuldienste unentgeltlich in Anspruch nehmen. ³ Im Übrigen bestehen keine weiteren Ansprüche. IV. Sekundarstufe II B. Gymnasialbildung und weitere Vollzeitausbildungen 2. Vereinbarungen Art. 93 Private Schulen im Kanton Der Kanton leistet an die gymnasiale Ausbildung der Stiftsschule Engelberg Beiträge. Er kann den Besuch weiterer Ausbildungsgänge der Stiftsschule sowie die Ausbildung an privaten Schulen der Sekundarstufe II, insbesondere der Schweizerischen Sportmittelschule Engelberg, durch Beiträge ermöglichen. VII. Organisation A. Kanton Art. 121 Regierungsrat ¹ Dem Regierungsrat obliegt die Oberaufsicht über das Bildungswesen. Er erlässt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen. ² Er ist in stufenübergreifenden Belangen insbesondere zuständig für: a. die Bewilligung oder Anordnung von Projekten gemäss Art. 6 Abs. 2 dieses Gesetzes; er kann diese Befugnis dem zuständigen Departement oder Schulträger übertragen; b. den Entscheid über die Beteiligung an interkantonalen Fachstellen und Projekten gemäss Art. 8 Abs. 2 dieses Gesetzes; c. die Bewilligung von Privatschulen gemäss Art. 37 dieses Gesetzes; d. den Abschluss einer vertraglichen Regelung mit der Einwohnergemeinde Sarnen betreffend Beteiligung an den Betriebskosten der Kantonsbibliothek gemäss Art. 43 Abs. 3 dieses Gesetzes.</p> |

- ³ Er ist in Belangen der Volksschulstufe insbesondere zuständig für:
- a. den Entscheid bei Uneinigkeit betreffend Sicherstellung der Ausbildungsangebote der Einwohnergemeinde gemäss Art. 9 dieses Gesetzes,
 - b. den Entscheid über die Kostentragung für auswärtigen Schulbesuch gemäss Art. 58 dieses Gesetzes,
 - c. den Erlass des Lehrplans und der Studententafeln gemäss Art. 61 Abs. 3 dieses Gesetzes.
- ⁴ Er ist in Belangen der Mittelschulen und weiterer Vollzeitausbildungen der Sekundarstufe II insbesondere zuständig für:
- a. die Festlegung der Schwerpunkts- und Ergänzungsfächer sowie der Mindestschülerzahl zur Führung derselben auf Antrag des zuständigen Departements gemäss Art. 84 Abs. 4 dieses Gesetzes,
 - b. den Erlass eines Leitbilds, eines Organisationsstatuts und eines Schulprogramms gemäss Art. 85 Abs. 2 dieses Gesetzes,
 - c. den Erlass von Bestimmungen über Beurteilung und Promotion gemäss Art. 88 Abs. 2 dieses Gesetzes,
 - d. Vertragsabschlüsse zur Zusammenarbeit zwischen der Kantonsschule und dem Kloster Muri-Gries gemäss Art. 92 dieses Gesetzes unter dem abschliessenden Genehmigungsvorbehalt des Kantonsrats,
 - e. den Abschluss von Vereinbarungen über Ausbildungsbeiträge im Zusammenhang mit privaten Mittelschulen innerhalb und ausserhalb des Kantons gemäss Art. 93 und 94 dieses Gesetzes, unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Kantonsrat beim erstmaligen Vereinbarungsabschluss.
- ⁵ Der Regierungsrat ist in Belangen der Berufsbildung insbesondere zuständig für:
- a. den Erlass eines Leitbilds, eines Organisationsstatuts und eines Schulprogramms gemäss Art. 101 Abs. 2 dieses Gesetzes,
 - b. den Abschluss von Vereinbarungen über Beitragsleistungen an private berufsbildende Schulen im Kanton gemäss Art. 105 dieses Gesetzes, unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch den Kantonsrat beim erstmaligen Vereinbarungsabschluss,
 - c. den Abschluss von Vereinbarungen über Beitragsleistungen an ausserkantonale Ausbildungseinrichtungen gemäss Art. 106 dieses Gesetzes, unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch den Kantonsrat beim erstmaligen Vereinbarungsabschluss.
- ⁶ Der Regierungsrat ist in Belangen der Tertiär- und der Quartärstufe insbesondere zuständig für:
- a. die Anerkennung privater Bildungseinrichtungen auf der Tertiärstufe gemäss Art. 37 Abs. 3 dieses Gesetzes,
 - b. die Ermöglichung des Besuchs von Ausbildungseinrichtungen durch Vereinbarungen und Beiträge gemäss Art. 111 dieses Gesetzes.
- ⁷ Der Regierungsrat erlässt die für den Vollzug erforderlichen Ausführungsbestimmungen. Er regelt insbesondere:
- a. die Schuldienste (Art. 41),
 - b. die Aufgaben, die Organisation und Zuständigkeit der Kantonsbibliothek (Art. 46),
 - c. Einzelheiten zur Kantonsschule (Art. 91),
 - d. die Berufsbildung in Ausführung zur Bundesgesetzgebung (Art. 98),
 - e. Einzelheiten zum Berufs- und Weiterbildungszentrum (Art. 104),
 - f. die Beitragshöhe des Kantons in der Berufsbildung (Art. 107),
 - g. die Weiterbildung (Art. 119).

Art. 122 Zuständiges Departement

¹ Das zuständige Departement leitet das gesamte Bildungswesen des Kantons. Es vollzieht die Bildungsgesetzgebung, soweit der Vollzug nicht einer andern Behörde oder Instanz zugewiesen ist.

² Das zuständige Departement ist in stufenübergreifenden Belangen insbesondere zuständig für:

- a. die Beaufsichtigung der Schulen des Kantons und der Einwohnergemeinde gemäss Art. 7 dieses Gesetzes sowie der Privatschulen gemäss Art. 38 Abs. 1 dieses Gesetzes,
- b. die Erteilung und den Entzug der Lehrbewilligung gemäss Art. 27 Abs. 3 und 4 dieses Gesetzes,
- c. die Bereitstellung eines ausreichenden Weiterbildungsangebots für Lehrpersonen gemäss Art. 31 Abs. 2 dieses Gesetzes,
- d. die Anordnung von Massnahmen zur Aufsicht von Privatschulen und deren Lehrpersonen gemäss Art. 38 Abs. 2 dieses Gesetzes,
- e. die Bewilligung zum Besuch von Privatunterricht zur Erfüllung der Volksschulpflicht ausserhalb von Privatschulen gemäss Art. 40 dieses Gesetzes.

³ Das zuständige Departement ist in Belangen der Volksschule insbesondere zuständig für:

| | |
|--|---|
| | <p>a. die Bestimmung der Lehrmittel und allfälliger Empfehlungen für Gebrauchsmittel gemäss Art. 62 dieses Gesetzes, b. Ausnahmegewilligungen bezüglich der integrierten Sonderschulung im Rahmen der Volksschule gemäss Art. 76 Abs. 4 dieses Gesetzes, c. die Zuweisung in eine Sonderschule im Falle einer Beschwerde gegen den Schulratsentscheid gemäss Art. 77 Abs. 2 dieses Gesetzes.¹² ⁴ Das zuständige Departement zieht Betroffene bei der Planung von Projekten frühzeitig mit ein, insbesondere bei Projekten auf der Volksschulstufe.</p> |
|--|---|

| |
|----------------------|
| SG St. Gallen |
|----------------------|

| | |
|--|--|
| <p>111.1 Verfassung des Kantons St.Gallen vom 10. Juni 2001</p> | <p>II. Grundrechte und Grundpflichten sowie Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns 1. Grundrechte b) nach Kantonsverfassung Art. 3. ¹ Diese Verfassung gewährleistet überdies: a) das Recht, Privatschulen zu gründen und zu führen sowie zu besuchen; b) den Anspruch von Schulpflichtigen auf Unterstützung, wenn sie beim Schulbesuch wegen der Lage ihres Wohnortes, wegen Behinderung oder aus sozialen Gründen benachteiligt sind; c) den Anspruch auf Beihilfen für die Aus- und Weiterbildung über den Grundschulunterricht hinaus nach Massgabe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der bewerbenden Person und ihrer Eltern; d) das Recht, auf eine Petition innert angemessener Frist eine Antwort zu erhalten.</p> |
| <p>213.1 Volksschulgesetz vom 13. Januar 1983</p> | <p>I. Allgemeine Bestimmungen Art. 1. Geltungsbereich ¹ Dieses Gesetz gilt für die öffentliche Volksschule. ² Für den Privatunterricht regelt es die Aufsicht des Staates. Art. 31. Beförderung und Übertritt ¹ Der Erziehungsrat ordnet durch Reglement: a) die Beförderung in die nächsthöhere Klasse am Ende des Schuljahres; b) das Wiederholen von Klassen; c) den Übertritt in die Oberstufe; d) den Übertritt aus einer Privatschule in die öffentliche Schule; e) den Wechsel zwischen Real- und Sekundarschule. ² Für die Zuteilung zu Real- oder Sekundarschule ist die Beurteilung der Schülerin und des Schülers durch die bisherige Lehrperson zu berücksichtigen. VIII. Privatunterricht Art. 115. Aufsicht ¹ Privatschulen, die schulpflichtige Kinder unterrichten, unterstehen wie die öffentlichen Schulen der Aufsicht des Staates. Art. 116. Bewilligung a) Grundsatz ¹ Errichtung und Führung von Privatschulen bedürfen der Bewilligung des Erziehungsrates. Art. 117. b) Erteilung 1. im allgemeinen ¹ Die Bewilligung wird erteilt, wenn:¹⁶³ a) Schulleitung, fachliche Führung, Organisation und Schulräumlichkeiten einen der öffentlichen Schule gleichwertigen, auf Dauer angelegten Unterricht gewährleisten; b) die obligatorischen Unterrichtsbereiche der öffentlichen Schule unterrichtet werden. ² Der Erziehungsrat kann die Bewilligung mit Auflagen verbinden, um die Gleichwertigkeit des Unterrichts sicherzustellen. Art. 118. 2. Privatschulen für ausländische Kinder</p> |

| | |
|--|--|
| | <p>¹ Privatschulen für ausländische Kinder, die sich vorübergehend in der Schweiz aufhalten, kann die Bewilligung ausnahmsweise auch erteilt werden, wenn die Gleichwertigkeit des Unterrichts nicht vollständig gewährleistet ist.</p> <p>² Der Erziehungsrat kann durch Reglement die Zulassung von Schülerinnen und Schülern einer besonderen Kommission übertragen und zeitlich beschränken.</p> <p>Art. 119. 3. Massnahmen und Entzug</p> <p>¹ Der Erziehungsrat ordnet unter Androhung des Entzugs der Bewilligung Massnahmen an, wenn:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die Voraussetzungen für die Erteilung der Bewilligung nicht mehr bestehen; b) Auflagen und Weisungen nicht beachtet werden; c) der Unterricht aus anderen Gründen gefährdet ist. <p>Art. 120. Lehrpersonal</p> <p>¹ Unterricht an Privatschulen darf erteilen, wer eine Lehrbewilligung für Privatschulen besitzt.</p> <p>² Die zuständige Stelle des Staates erteilt die Lehrbewilligung in sachgemässer Anwendung von Art. 62 dieses Gesetzes. Sie kann die Lehrbewilligung befristen.</p> <p>Art. 122. Meldepflicht</p> <p>¹ Die Inhaberin oder der Inhaber der Privatschule meldet Eintritt und Austritt von Schülerinnen oder Schülern innert vierzehn Tagen dem zuständigen Schulrat am Wohnsitz der Eltern.</p> <p>² Besucht die Schülerin oder der Schüler eine ausserkantonale Privatschule, so haben die Eltern dem Schulrat eine Bestätigung der Schule einzureichen.</p> <p>Art. 123. Privater Einzelunterricht</p> <p>¹ Für den privaten Einzelunterricht werden die Vorschriften dieses Gesetzes über die Privatschulen sachgemäss angewendet.</p> <p>² Der Erziehungsrat erteilt die Bewilligung, wenn zudem die Erziehung zur Gemeinschaftsfähigkeit sichergestellt ist.</p> <p>Art. 124. Private Sonderschulen</p> <p>¹ Für private Sonderschulen, die Staatsbeiträge erhalten, bleiben besondere gesetzliche Vorschriften vorbehalten.</p> |
|--|--|

SH Schaffhausen

| | |
|--|---|
| <p>410.100 Schulgesetz vom 27. April 1981</p> | <p>I. Grundsätzliche Bestimmungen</p> <p>Art. 1 Geltungsbereich Das Schulgesetz regelt das Bildungswesen in den öffentlichen Schulen sowie die Aufsicht über private Schulen und privaten Unterricht.</p> <p>Art. 15 Private Schulen, privater Unterricht Private Schulen und privater Unterricht bedürfen der Bewilligung des Erziehungsrates. Während der Dauer der Schulpflicht müssen sie grundsätzlich den Bildungszielen der öffentlichen Schulen genügen; sie stehen unter staatlicher Aufsicht.</p> <p>II. Recht auf Schulbildung sowie Kindergarten- und Schulpflicht</p> <p>Art. 18 Erfüllung der Kindergarten- bzw. Schulpflicht</p> <p>¹ Die Kinder erfüllen ihre Kindergarten- bzw. Schulpflicht durch den Besuch der öffentlichen Schulen. Verantwortlich für die Erfüllung sind die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten. Sind diese um die Erfüllung der Kindergarten- bzw. Schulpflicht durch die Kinder nicht genügend besorgt, werden sie von den zuständigen Behörden zur Verantwortung gezogen.</p> <p>² Die Kinder erfüllen ihre Kindergarten- bzw. Schulpflicht an der Schule ihres Wohnortes bzw. des Schulkreises, zu dem ihr Wohnort gehört. Besondere Fälle und die entsprechenden Entschädigungsansprüche werden durch Dekret des Kantonsrates geregelt.</p> <p>³ Kinder, die in ihrer Bildungsfähigkeit erheblich benachteiligt oder in ihrer Entwicklung wesentlich gefährdet sind, erfüllen ihre Kindergarten- und Schulpflicht in Sonderschulen.</p> <p>⁴ Die Kindergarten- bzw. Schulpflicht kann auch durch Besuch bewilligter privater Schulen oder bewilligten privaten Unterrichts erfüllt werden.</p> <p>III. Die Schulen</p> |
|--|---|

| | |
|--|---|
| | <p>B. Der Kindergarten Art. 31 Private Kindergärten ¹ Die Gemeinden können die Einrichtung und die Führung eines Kindergartens an Vereine oder an Private übertragen. Solche Kindergärten sind den gleichen Bedingungen und der gleichen Auf- ² Kindergärten, die nicht von der Gemeinde geführt werden, haben Anspruch auf die Leistungen der Gemeinden und des Kantons, wenn sie im Auftrag der Gemeinde geführt werden und wenn Einrichtung und Führung den gesetzlichen Bestimmungen genügen.</p> <p>V. Erziehungs- und Schulbehörden Art. 76 Inspektorat ¹ Im Auftrag des Erziehungsrates beaufsichtigen Inspektoren die Schulen der Gemeinden, die Sonderschulen, den Unterricht an Privatschulen und den privaten Unterricht. ² Die Pädagogische Hochschule und die Kantonsschule werden von ihren Aufsichtskommissionen beaufsichtigt. ³ Aufgaben und Stellung der Inspektoren und der Aufsichtskommissionen werden durch Dekret des Kantonsrates geregelt.</p> <p>VI. Die Schullasten Art. 90 Private Schulen Der Kantonsrat kann Beiträge an private Schulen bewilligen, wenn sie Bildungsaufgaben erfüllen, die durch öffentliche Schulen nicht übernommen werden.</p> |
| 410.110 Schuldekret vom 27. April 1981 | <p>II. Schulpflicht und Recht auf Schulbildung § 4 Erfüllung der Schulpflicht in privaten Schulen und durch privaten Unterricht ¹ Eltern, deren Kinder die Schulpflicht nicht durch den Besuch der öffentlichen Schulen erfüllen, sind verpflichtet, die Schulbehörde vorgängig zu unterrichten, durch welche Art von Unterricht die Erfüllung der Schulpflicht gewährleistet ist. Die Schulbehörde orientiert das Erziehungsdepartement. ² Das Erziehungsdepartement ist befugt, Überprüfungen durch das Schulinspektorat anzuordnen.</p> |

| SO Solothurn | |
|--|--|
| 111.1 Verfassung des Kantons Solothurn vom 8. Juni 1986 (Stand 5. Dezember 2008) | <p>6. Abschnitt: Staatsaufgaben IV. Kultur, Unterricht und Bildung Art. 108. Privatschulen ¹ Private Schulen auf Volks- und Mittelschulstufe, private Berufsschulen und private Institutionen auf Hochschulstufe sind bewilligungspflichtig und stehen unter der Aufsicht des Kantons. ² Der gleiche Grundsatz gilt auch für privaten Unterricht während der obligatorischen Schulzeit, der anstelle des Schulbesuches tritt. ³ Der Kanton kann Privatschulen unterstützen.</p> |
| 413.111 Volksschulgesetz vom 14. September 1969 (Stand 1. Januar 2009) | <p>I. Teil Allgemeine Bestimmungen § 18^{bis.5)} 2. Staatsbeiträge ¹ Der Kanton fördert kommunale und private Kindergärten durch Beiträge an die Besoldungen. ² Der Regierungsrat legt die Voraussetzungen für die Ausrichtung dieser Beiträge fest.</p> <p>III. Teil A. Regelschule 2. Oberschule, Sekundarschule und Bezirksschule § 35. Dispensation ¹ Vom neunten Schuljahr wird dispensiert, wer einen weiterführenden, allgemeinbildenden und gleichwertigen Unterricht in einer andern öffentlichen oder privaten Schule besucht.</p> |

| | |
|---|---|
| | ² Zuständig für die Dispensation ist die kantonale Aufsichtsbehörde. |
| Vollzugsverordnung zum Volksschulgesetz RRB vom 5. Mai 1970 (Stand 1. Juni 2009) | I. Teil Allgemeine Bestimmungen § 20. 2. Berechnung ¹ Für die Berechnung des Staatsbeitrages ist die Klassifikation der Sitzgemeinde für die Lehrerbesoldungen der Gruppe 15-90 % massgebend. ² Für private Kindergärten, deren finanzielle Verhältnisse von denjenigen der Sitzgemeinde sehr verschieden sind, trifft der Regierungsrat eine Sonderregelung. ³ Private Kindergärten haben dem Departement für Bildung und Kultur ihre Jahresrechnung zu unterbreiten, sofern sie Anspruch auf Subvention erheben. |

SZ Schwyz

| | |
|---|--|
| 611.210 Verordnung über die Volksschule vom 19. Oktober 2005 | I. Allgemeine Bestimmungen § 4 Recht auf Schulbesuch und Schulpflicht ¹ Alle Kinder mit Aufenthalt im Kanton haben das Recht und die Pflicht, die öffentliche Volksschule zu besuchen. Vorbehalten bleibt der Besuch von privaten Sonderschulen, anerkannten privaten Volksschulen und bewilligtem Privatunterricht. ² Die Schulpflicht beginnt mit dem einjährigen Kindergarten und dauert grundsätzlich zehn Jahre, längstens jedoch bis zum Abschluss der Sekundarstufe I. ³ Der Schulrat kann Kinder und Jugendliche aus wichtigen Gründen vollständig oder teilweise von der Schulpflicht befreien. VII. Erziehungsberechtigte § 47 Verletzung der Pflichten Vom Schulrat verwarnt oder mit Ordnungsbusse von Fr. 200.-- bis Fr. 5 000.-- bestraft wird, wer vorsätzlich oder fahrlässig ein Kind: <ul style="list-style-type: none"> a) ohne Bewilligung vom Unterricht fernhält; b) nicht in die Schule oder Klasse schickt, in die es eingeteilt ist; c) in eine nicht bewilligte Privatschule schickt (§ 69); d) ohne Bewilligung privat unterrichten lässt (§ 69). VIII. Lehrpersonen § 51 Verbot der Lehrtätigkeit ¹ Der Erziehungsrat untersagt einer Lehrperson, die ihre Verpflichtungen in schwer wiegender Weise missachtet, sich grober Verfehlungen schuldig gemacht oder sich den Anforderungen ihres Berufs nicht gewachsen gezeigt hat, die Lehrtätigkeit an den öffentlichen und privaten Volksschulen im Kanton. ² Auf Gesuch hin kann der Erziehungsrat der Lehrperson die Lehrtätigkeit wieder bewilligen, wenn diese glaubhaft macht, dass die Ursachen entfallen sind, die zum Verbot der Lehrtätigkeit geführt haben. ³ Der Erziehungsrat informiert die Schulträger und die zuständige interkantonale Stelle über Beschlüsse nach Absatz 1 und 2. IX. Organe des Kantons § 54 1. Regierungsrat ¹ Der Regierungsrat übt die Oberaufsicht über das Volksschulwesen aus. ² Er ist ermächtigt, mit anderen Kantonen sowie öffentlichen und privaten Institutionen Vereinbarungen im Schulwesen abzuschliessen und finanzielle Verpflichtungen einzugehen. ³ Vorbehalten bleibt die Zuständigkeit des Kantonsrates für Verträge, die Investitionsbeiträge oder die Beteiligung an interkantonalen Trägerschaften vorsehen. XII. Private Volksschulen § 69 Bewilligung |
|---|--|

| | |
|---|---|
| | <p>¹ Die Führung privater Volksschulen und der Besuch von Privatunterricht zur Erfüllung der Schulpflicht bedürfen einer Bewilligung.</p> <p>² Der Erziehungsrat umschreibt die Bewilligungsvoraussetzungen.</p> <p>³ Die Bewilligungen für private Volksschulen erteilt der Erziehungsrat. Den Besuch von Privatunterricht bewilligt das zuständige Amt. Die Bewilligungen können mit Auflagen und Bedingungen versehen werden.</p> <p>§ 70 Aufsicht</p> <p>¹ Die privaten Volksschulen und der Privatunterricht stehen unter Aufsicht des zuständigen Amtes.</p> <p>² Die Bewilligungsinstanz kann Lehrpersonen, die an Privatschulen unterrichten oder Privatunterricht erteilen, bei schweren Pflichtverletzungen das Unterrichten untersagen.</p> <p>§ 71 Beiträge</p> <p>¹ Die Schulträger können Trägern von privaten Volksschulen Beiträge ausrichten, wenn ihr Angebot dem öffentlichen Interesse entspricht und sie dem Gemeinwesen erhebliche Schullasten abnehmen.</p> <p>² Der Beitrag der Schulträger pro Schulkind darf die Hälfte des gewichteten Durchschnittswerts der Kosten pro Schulkind nach Gemeindefinanzstatistik nicht überschreiten.</p> <p>§ 72 Weitere Leistungen</p> <p>Schülerinnen und Schüler, die eine private Volksschule besuchen oder privat unterrichtet werden, haben in gleichem Mass Anspruch auf Leistungen der kantonalen Spezialdienste wie die Schülerinnen und Schüler der öffentlichen Volksschule.</p> |
| <p>618.111 Weisungen zur Führung von privaten Volksschulen vom 1. Februar 2006</p> | <p>§ 1 Grundauftrag Der Zweckparagraph der Verordnung über die Volksschule gilt auch für private Volksschulen (Privatschulen) und den Privatunterricht (Home Schooling) zur Erfüllung der Schulpflicht.</p> <p>§ 2 Bewilligungsverfahren a) Privatschulen Für die Erteilung der Bewilligung zur Führung einer Privatschule ist dem Erziehungsrat mindestens ein halbes Jahr vor Eröffnung der Schule ein schriftliches Gesuch mit folgenden Unterlagen einzureichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Angaben zur Trägerschaft und Rechtsform der Schule; - pädagogisches Konzept mit Hinweisen auf Bildungs- und Erziehungsziele, Schulangebot und Grösse der Schule, Schul- und Unterrichtsorganisation, Aufnahmebedingungen, Beurteilung der Schülerinnen und Schüler sowie Weiterbildung und Weiterentwicklung; - Angaben zur Schulleitung und zum gesamten Lehrkörper; Kopien der Diplome sind beizulegen; - eine detaillierte Finanzierungsplanung; - Angaben zum Standort der Schule und den Schulräumlichkeiten, zu Spiel- und Pausenplätzen und weiteren Einrichtungen; - Zustimmung der Gemeinde zum Standort sowie Bestätigung der Erfüllung von Sicherheitsvorschriften im Bereich Hygiene, Feuer-, Blitz- und Wasserschutz. <p>§ 3 b) Privatunterricht</p> <p>¹ Als Privatunterricht gilt der über längere Zeit privat organisierte und erteilte Unterricht zur Erfüllung der Schulpflicht.</p> <p>² Für die Erteilung der Bewilligung zum Besuch von Privatunterricht ist dem Amt für Volksschulen und Sport mindestens ein halbes Jahr vor Beginn des Privatunterrichts ein schriftliches Gesuch mit den Unterlagen gemäss § 2 einzureichen.</p> <p>§ 4 Bedingungen</p> <p>¹ Die für die öffentlichen Schulen vorgeschriebenen Lehrpläne sind verbindlich. Der Übertritt der Lernenden in die öffentliche Schule ist durch entsprechende Massnahmen sicherzustellen.</p> <p>² Die Lehrpersonen müssen über ein vom Erziehungsrat anerkanntes Lehrdiplom der entsprechenden Volksschulstufe verfügen. Ausnahmsweise können auch Lehrpersonen mit vergleichbaren Lehrdiplomen zugelassen werden.</p> <p>³ Den Lernenden ist jährlich mindestens ein Zeugnis (Wortbericht und/oder Ziffernoten) auszustellen, worin der Besuch der Pflichtfächer und minimale Angaben über Leistung und Verhalten aufzuführen sind. Die Erziehungsberechtigten können ein Abgangszeugnis mit Noten verlangen.</p> <p>⁵ Für die jährliche Unterrichtszeit sind 326-334 Schulhalbtage auszuweisen.</p> <p>⁶ Die Räumlichkeiten müssen eine angemessene Grösse aufweisen und über eine adäquate Infrastruktur verfügen. Die Bestimmungen über den</p> |

| | |
|--|--|
| | <p>Bau und die Ausstattung von Schulanlagen sind wegweisend.</p> <p>⁷ Der Schulträger regelt den Versicherungsschutz für die Schule und das Lehrpersonal.</p> <p>§ 5 Aufsicht</p> <p>¹ Privatschulen unterstehen dem kantonalen Schulcontrolling. Zu diesem Zweck werden sie von der Schulaufsicht beaufsichtigt und von der Schulevaluation evaluiert.</p> <p>² Der Privatunterricht wird von der Schulaufsicht in geeigneter Form beaufsichtigt.</p> <p>³ Die Bewilligungsbehörde kann bei Nichteinhaltung der Rahmenbedingungen die Bewilligung für das Führen einer Privatschule bzw. für den Besuch von Privatunterricht entziehen.</p> <p>§ 6 Weitere Leistungen</p> <p>¹ Schülerinnen und Schüler, die privat unterrichtet werden oder die eine private Volksschule besuchen, haben Anspruch auf die Leistungen folgender kantonalen Spezialdienste: Schulgesundheitsdienst, Abteilung Logopädie und Abteilung Schulpsychologie.</p> <p>² Lehrpersonen, die Privatunterricht erteilen oder die an einer Privatschule unterrichten, sind berechtigt, an der Weiterbildung für Lehrpersonen der öffentlichen Schulen teilzunehmen.</p> <p>³ Die Privatschulen werden mit den Informationen des Amtes für Volksschulen und Sport bedient.</p> |
|--|--|

TG Thurgau

| | |
|--|---|
| <p>101 Verfassung des Kantons Thurgau vom 16. März 1987</p> | <p>VI. Staatsaufgaben B. Aufgaben 3. Bildung und Kultur § 70 Schulwesen</p> <p>¹ Kanton und Schulgemeinden unterstützen die Eltern bei der Bildung und Erziehung der Kinder.</p> <p>² Die Volksschule ist obligatorisch.</p> <p>³ Der Kanton beaufsichtigt das gesamte Schulwesen.</p> <p>§ 71 Schulen</p> <p>¹ Kanton und Schulgemeinden führen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Kindergärten; 2. Volksschulen; 3. Berufsschulen; 4. Mittelschulen. <p>² Der Besuch öffentlicher Schulen ist für Kantonseinwohner unentgeltlich.</p> <p>³ Der Kanton kann Privatschulen oder Erziehungsheime unterstützen. Grundsatz und Bestand der öffentlichen Schule müssen gewahrt bleiben.</p> |
| <p>411.11 Gesetz über die Volksschule vom 29. August 2007</p> | <p>II. Schulorganisation § 16 Schulen für besondere Bildungsaufgaben</p> <p>Der Regierungsrat kann Bildungsaufgaben für Kinder mit besonderen Bedürfnissen, namentlich für behinderte oder für besonders begabte Kinder, kantonal selbst erfüllen oder einzelnen Gemeinden oder privaten Institutionen übertragen.</p> <p>§ 20 Zusammenarbeit mit privaten oder ausserkantonalen Bildungsstätten</p> <p>¹ Der Regierungsrat regelt die Zusammenarbeit mit privaten oder ausserkantonalen Bildungsstätten.</p> <p>² Er beschliesst über die Beteiligung an solchen Stätten und kann Leistungsvereinbarungen abschliessen.</p> <p>§ 27 Private Schulen</p> <p>¹ Private Schulen und Kindergärten bedürfen einer Bewilligung des Regierungsrates. Sie unterstehen der staatlichen Aufsicht.</p> <p>² Der Regierungsrat regelt die Bewilligungsvoraussetzungen. Bewilligungen können mit Auflagen oder Bedingungen verbunden werden.</p> |

| | |
|---|--|
| <p>411.111 Verordnung des Regierungsrates über die Volksschule vom 11. Dezember 2007</p> | <p>VII. Private Schulung § 44 Private Schulung ¹ Private Schulung umfasst den Unterricht an Privatschulen und den nicht öffentlichen Unterricht, insbesondere den Unterricht in einem Privathaushalt oder durch eine Privatlehrperson. ² Die Gleichwertigkeit der privaten Schulung gilt mit dem Nachweis des Besuchs einer staatlich bewilligten oder anerkannten Privatschule oder mit der Bewilligung des nicht öffentlichen Unterrichts als erbracht. ³ Sind bei einem Übertritt in die öffentliche Schule schulische Lücken zu schliessen, die nicht entstanden wären, wenn das Kind eine öffentliche Schule besucht hätte, können die daraus erwachsenden Kosten den Erziehungsberechtigten überbunden werden, wenn die Möglichkeit bestanden hätte, ihr Kind an Stelle einer privaten Schulung in der öffentlichen Schule unterrichten zu lassen.</p> <p>§ 45 Privatschulen ¹ Die Bewilligung für einen Privatschulbetrieb wird erteilt, wenn aufgrund des unterbreiteten Programms der Anschluss an eine weiterführende öffentliche Schule gewährleistet ist und sowohl Infrastruktur als auch Lehrkörper eine qualitativ gute Ausbildung erwarten lassen. Die Ankündigung muss die wichtigsten Informationen zur Schule enthalten. ² Erstbewilligungen werden in der Regel provisorisch erteilt. ³ Das Departement erlässt eine ergänzende Richtlinie.</p> <p>§ 46 ¹ Der nicht öffentliche Unterricht wird bewilligt, wenn die Bildungsziele des Kantons erfüllt werden. ² Das Departement erlässt eine ergänzende Richtlinie.</p> |
|---|--|

TI Ticino

| | |
|---|--|
| <p>1.1.1.1 Costituzione della Repubblica e Cantone Ticino del 14 dicembre 1997</p> | <p>TITOLO II Diritti fondamentali e doveri Diritti individuali Art. 8 ¹ Ognuno ha il diritto di esprimere la propria personalità. ² Sono in particolare garantiti: a) la libertà personale, l'integrità fisica e morale; b) la libertà di coscienza e di religione; c) la libertà d'opinione, di informazione e di stampa; d) la tutela della sfera privata e dei dati personali e il diritto di ciascuno di consultare ogni raccolta di dati ufficiali o privati che lo concernono, domandarne la rettifica se errati e esigere di essere protetto contro una loro utilizzazione abusiva; e) la libertà di associazione, di riunione e di manifestazione pubblica; f) il diritto di sciopero e di serrata se si riferiscono ai rapporti di lavoro e non contrastano con impegni di preservare la pace del lavoro o di condurre trattative di conciliazione; g) la libertà di domicilio; h) la proprietà; i) l'attività economica nei limiti dell'interesse generale; l) il diritto di petizione alle autorità e di ottenere risposta entro un termine ragionevole; m) la libertà dei genitori di scegliere per i figli scuole diverse da quelle istituite dalle autorità pubbliche, purché conformi ai requisiti fondamentali previsti dallo Stato in materia di istruzione, e di curarne l'educazione religiosa e morale secondo le proprie convinzioni. ³ I diritti individuali, salvaguardata la loro essenza, possono essere limitati per legge, nel rispetto del principio della proporzionalità, soltanto se un</p> |
|---|--|

| | |
|---|---|
| | <p>interesse pubblico preponderante lo esige. ⁴ Nell'espressione delle libertà ideali la censura preventiva è vietata.</p> |
| <p>5.1.1.1 Legge della scuola del 1° febbraio 1990</p> | <p>TITOLO VIII Insegnamento privato Libertà dell'insegnamento privato Art. 80 ¹ L'insegnamento privato è libero nei limiti della Costituzione federale. ² Agli allievi in età d'obbligo scolastico l'insegnamento dev'essere impartito in lingua italiana; deroghe possono essere concesse eccezionalmente dal Consiglio di Stato per sopperire ai bisogni di famiglie residenti temporaneamente nel Cantone: la lingua italiana deve essere comunque insegnata. Scuole elementari e scuole medie private parificate e non parificate Art. 81 ¹ Le scuole elementari e le scuole medie private possono avere lo statuto di scuola parificata o di scuola non parificata. ² Lo statuto di scuola parificata è riconosciuto alle scuole private i cui requisiti corrispondono a quelli delle scuole pubbliche. Disposizioni comuni: a) finalità Art. 82 ¹ Le scuole elementari e le scuole medie private devono perseguire le finalità della scuola pubblica e devono conferire ai propri allievi una formazione generale di livello equivalente a quello conseguibile nei corrispondenti gradi di scuola pubblica. b) autorizzazione ² L'apertura e l'esercizio di scuole elementari e di scuole medie private sono subordinati all'autorizzazione del Consiglio di Stato, previo accertamento dei requisiti. ³ L'autorizzazione dev'essere limitata o revocata quando i requisiti non sono più adempiuti. c) requisiti ⁴ Chi intende aprire una scuola elementare o una scuola media privata deve presentare al Consiglio di Stato un'istanza accompagnata dai seguenti documenti: atto d'origine, atto di nascita, certificato di buona condotta, certificato di sanità ed estratto del casellario giudiziale. ⁵ L'obbligo di presentare i documenti suddetti si estende a tutti i docenti e al direttore della scuola i quali devono inoltre presentare i titoli di idoneità alla professione. ⁶ L'edificio e i locali in cui l'insegnamento è impartito devono soddisfare alle norme della Legge sulla promozione della salute e il coordinamento sanitario. Disposizioni speciali per le scuole parificate: a) requisiti Art. 83 ¹ I titoli d'idoneità dei docenti devono essere quelli richiesti per l'insegnamento nelle scuole pubbliche. ² Per quanto riguarda l'idoneità dei docenti, il programma, gli orari, le valutazioni, gli stabili, gli arredi didattici e le prescrizioni igieniche, l'insegnamento privato deve uniformarsi alla presente Legge, alle leggi speciali e ai rispettivi regolamenti. b) vigilanza ³ L'insegnamento privato nella scuola elementare e nella scuola media è sottoposto alla vigilanza generale e didattica dello Stato. c) certificato cantonale ⁴ I certificati delle scuole private parificate sono rilasciati dalle competenti autorità cantonali. Aiuto sociale Art. 84 ¹ Il Cantone conferisce un aiuto allo studio quando un allievo, per motivi sociali comprovati, non è in grado di frequentare la scuola pubblica.</p> |

² L'aiuto è concesso per la frequenza delle scuole elementari e delle scuole medie private parificate.

Disposizioni speciali per le scuole non parificate:

a) vigilanza

Art. 85

¹ Le scuole elementari e le scuole medie non parificate sono sottoposte alla vigilanza generale dello Stato.

b) passaggio alle scuole obbligatorie pubbliche

² Il passaggio di allievi dalle scuole elementari o medie non parificate alle scuole obbligatorie pubbliche o private parificate è subordinato ad una prova di accertamento.

c) passaggio alle scuole medie superiori

³ Il passaggio di allievi dalle scuole medie non parificate alle scuole medie superiori pubbliche è subordinato al superamento di esami d'ammissione.

Scuole medie superiori private:

a) autorizzazione

Art. 86

¹ L'apertura e l'esercizio di scuole medie superiori private sono subordinati all'autorizzazione del Consiglio di Stato.

b) requisiti

² Chi intende aprire una scuola media superiore privata deve presentare al Consiglio di Stato un'istanza accompagnata dai seguenti documenti: atto d'origine, atto di nascita, certificato di buona condotta, certificato di sanità ed estratto del casellario giudiziale. Tale obbligo si estende a tutti i docenti e al direttore della scuola i quali devono inoltre presentare i titoli di idoneità alla professione.

³ L'edificio e i locali in cui l'insegnamento è impartito devono soddisfare alle norme della Legge sulla promozione della salute e il coordinamento sanitario e dei relativi regolamenti.

c) passaggio alle scuole pubbliche

⁴ Il passaggio di allievi dalle scuole medie superiori private alle scuole medie superiori pubbliche è subordinato al superamento di esami d'ammissione.

Scuole professionali private

Art. 87

L'istituzione e l'esercizio di scuole professionali private, così come il riconoscimento degli esami finali, sono disciplinati dalla legislazione federale sulla formazione professionale.

Scuole dell'infanzia

Art. 88

¹ L'apertura e l'esercizio di scuole dell'infanzia private sono subordinati all'autorizzazione del Consiglio di Stato, previo accertamento dei requisiti.

² L'autorizzazione dev'essere limitata o revocata quando i requisiti non sono più adempiuti.

³ Le norme di cui agli art. 82 e 83 sono applicabili anche alle scuole dell'infanzia private.

Servizi scolastici

Art. 89

Gli allievi delle scuole private beneficiano gratuitamente dei servizi scolastici previsti per le scuole pubbliche:

- a) orientamento scolastico e professionale;
- b) ...
- c) servizio medico scolastico;
- d) servizio dentistico scolastico.

Art. 89a

¹ Agli allievi domiciliati nel Cantone in età d'obbligo scolastico, che frequentano le scuole elementari e le scuole medie private in Ticino, il Cantone versa un contributo annuale per il materiale scolastico.

| | |
|---|---|
| | <p>Il contributo è pari all'importo stanziato dal Cantone per il materiale scolastico di un allievo di scuola media.</p> <p>² Il Cantone recupera presso il Comune di domicilio dell'allievo al 1° novembre il contributo anticipato per il materiale scolastico delle scuole elementari.</p> <p>Insegnamento nelle famiglie</p> <p>Art. 90</p> <p>Per ragioni particolari d'ordine psichico o fisico il Dipartimento può eccezionalmente autorizzare che l'insegnamento obbligatorio sia impartito presso le famiglie, accertando e vigilando che esso corrisponda alle esigenze della Costituzione federale, della presente Legge, delle disposizioni esecutive e dei programmi.</p> <p>Penalità</p> <p>Art. 91</p> <p>Chi contravviene alle disposizioni del presente titolo, in particolare senza autorizzazione fa impartire od impartisce l'insegnamento privato, è punito dal Consiglio di Stato con una multa da fr. 1'000.-- a fr. 10'000.--, secondo la Legge di procedura per le contravvenzioni. Resta riservata l'azione penale.</p> |
| <p>5.1.1.1.1. Regolamento della legge della scuola del 19 maggio 1992</p> | <p>TITOLO III</p> <p>Insegnamento privato</p> <p>Insegnamento in lingua italiana (art. 80, cpv. 2 Lsc)</p> <p>Art. 73</p> <p>¹ La deroga prevista dall'art. 80 cpv. 2 della Legge della scuola è concessa dal Dipartimento solo nel caso di famiglie che risiedono temporaneamente e per un massimo di sei anni nel Cantone.</p> <p>² Durante tale periodo agli allievi in età d'obbligo scolastico l'insegnamento deve essere impartito, almeno nella misura di 1/5 dell'orario settimanale, in lingua italiana.</p> <p>³ Dopo i sei anni la famiglia deve iscrivere i propri figli in età d'obbligo scolastico in una scuola pubblica o privata in cui l'insegnamento sia impartito interamente in lingua italiana.</p> <p>⁴ È riservata l'applicazione degli art. 53 cpv. 2 e 54 della Legge della scuola.</p> <p>Apertura ed esercizio di scuole private</p> <p>Art. 73a</p> <p>L'autorizzazione all'apertura e all'esercizio di scuole private prevista dagli art. 82 cpv. 2, 86 cpv. 2 e 88 cpv. 1 spetta al Dipartimento; è data facoltà di reclamo allo stesso Dipartimento.</p> <p>Vigilanza generale e didattica sulle scuole elementari e medie private parificate (art. 82, 83 e 96 Lsc)</p> <p>Art. 74</p> <p>¹ Nell'ambito della vigilanza generale e didattica delle scuole elementari e medie private parificate il Dipartimento accerta che i requisiti necessari al riconoscimento siano costantemente soddisfatti.</p> <p>² Detta vigilanza è esercitata dagli organi preposti alla vigilanza nelle corrispondenti scuole pubbliche.</p> <p>³ Inoltre il Dipartimento vigila affinché nell'esercizio dell'attività scolastica le scuole elementari e medie private parificate rispettino le disposizioni relative all'insegnamento contenute nelle leggi speciali e nei rispettivi regolamenti di applicazione, con particolare riferimento ai programmi, alle valutazioni e ai criteri di promozione, alla durata e all'organizzazione dell'anno scolastico.</p> <p>⁴ Il presente articolo si applica anche alle scuole dell'infanzia e alle scuole speciali private.</p> <p>Vigilanza generale sulle scuole elementari e medie private non parificate (art. 82 e 85 Lsc)</p> <p>Art 75</p> <p>¹ Nell'ambito della vigilanza generale sulle scuole elementari e medie private non parificate il Dipartimento accerta che i requisiti necessari all'apertura e all'esercizio siano costantemente soddisfatti.</p> <p>² Detta vigilanza è esercitata dagli organi preposti alla vigilanza nelle corrispondenti scuole pubbliche.</p> <p>Elenco delle scuole private elementari e medie</p> |

| | |
|--|--|
| | <p>Art. 76 Il Dipartimento pubblica annualmente l'elenco delle scuole private elementari e medie parificate e non parificate.</p> <p>Aiuto allo studio</p> <p>Art. 77 La concessione dell'aiuto allo studio previsto dall'art. 84 della Legge della scuola è disciplinata all'art. 17a del Regolamento 8.3.1995 delle borse di studio.</p> <p>Art. 78 ...</p> <p>Art. 79 ...</p> <p>Passaggio di allievi dalle scuole elementari e medie non parificate alle scuole obbligatorie pubbliche o private parificate (art. 85 cpv. 2 Lsc)</p> <p>Art. 80 ¹ Il passaggio di allievi dalle scuole elementari e medie non parificate alle scuole obbligatorie pubbliche o private parificate è subordinato al superamento di una prova di accertamento relativa alle principali materie d'insegnamento. ² I criteri della prova sono definiti: a) dal collegio degli ispettori per le scuole elementari; b) dalla conferenza cantonale dei direttori di scuola media, in collaborazione con gli esperti di materia, per la scuola media. ³ Le prove di accertamento sono organizzate dall'ispettore e dalla direzione della scuola media interessati in base alle modalità stabilite dai rispettivi regolamenti di applicazione delle leggi speciali. ⁴ Il passaggio ha luogo, di regola, alla fine dell'anno scolastico.</p> <p>Passaggio di allievi dalle scuole medie non parificate e dalle scuole medie superiori private alle scuole medie superiori pubbliche (art. 85 cpv. 3 Lsc)</p> <p>Art. 81 ¹ Il passaggio di allievi dalle scuole medie non parificate e dalle scuole medie superiori private alle scuole medie superiori pubbliche è subordinato al superamento di esami d'ammissione. ² Gli esami d'ammissione sono organizzati entro la fine di agosto, di regola in ogni istituto di scuola media superiore, in base alle modalità stabilite dai rispettivi regolamenti degli studi.</p> <p>Insegnamento presso le famiglie</p> <p>Art. 81a La concessione dell'autorizzazione di cui all'art. 90 della Legge della scuola spetta alla Divisione della scuola; è data facoltà di reclamo alla stessa Divisione.</p> |
|--|--|

| UR Uri | |
|---|--|
| <p>1.1101 Verfassung des Kantons Uri Uri vom 28. Oktober 1984; Stand am 1. Januar 2007</p> | <p>5. Kapitel: ÖFFENTLICHE AUFGABEN 2. Abschnitt: Bildungswesen und Kulturpflege Artikel 39 Privatschulen Das Recht des Privatschulunterrichts ist gewährleistet. Privatschulen sind bewilligungspflichtig und unterstehen der Aufsicht des Kantons.</p> |
| <p>10.1111 Gesetz über Schule und Bildung (Schulgesetz) vom 2. März 1997; Stand am 1. Januar 2008</p> | <p>1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen Artikel 1 Geltungsbereich ¹ Dieses Gesetz regelt die Ausbildung und Erziehung an den öffentlichen Schulen, die Privatschulen sowie andere Bildungsbereiche. ² Vorbehalten bleibt die Gesetzgebung über das berufliche und landwirtschaftliche Bildungswesen. Artikel 3 Begriffe ¹ Als öffentliche Schulen gelten die von den Einwohnergemeinden, den Gemeindeverbänden oder dem Kanton geführten Schulen.</p> |

² Als private Schulen gelten alle nicht öffentlichen Schulen.

2. Kapitel: Trägerschaft der Schulen

Artikel 6 Privatschulen

¹ Wer eine Privatschule führt, bedarf einer Bewilligung des Erziehungsrates.

² Privatschulen unterliegen der Aufsicht des Erziehungsrates.

10. Kapitel: Eltern, Schülerinnen und Schüler

Artikel 48 Verletzung der Schulpflichten

¹ Wer vorsätzlich oder fahrlässig ein Kind:

- a) ohne Bewilligung vom Unterricht fernhält, oder
- b) dieses nicht in die Schule oder Klasse schickt, in die es eingeteilt ist, oder
- c) in eine nicht bewilligte Privatschule schickt, oder
- d) ohne Bewilligung privat unterrichten lässt,

wird vom Schulrat mit Busse von 100 bis 5 000 Franken bestraft.

² In leichten Fällen kann von einer Strafe abgesehen und eine Verwarnung ausgesprochen werden.

12. Kapitel: Schulinstanzen

1. Abschnitt: Gemeindeinstanzen

Artikel 59 b) Zuständigkeiten

¹ Soweit die Gemeindegemeinschaft diese Aufgabe nicht einem andern Organ überträgt, hat der Schulrat namentlich:

- a) die Verantwortung für die Leitung des Schulwesens in der Gemeinde wahrzunehmen;
- b) die Aufträge der Gemeindeversammlung und der kantonalen Behörden im Schulwesen zu vollziehen;
- c) die Lehrpersonen und die allfällige Schulleitung zu wählen;
- d) die Geschäfte der Gemeindeversammlung über das Schulwesen vorzubereiten und zu vertreten;
- e) die Amtsführung der Lehrpersonen, der Schulleitung und des Personals der Schulverwaltung zu beaufsichtigen;
- f) die Erfüllung der Schulpflicht zu beaufsichtigen;
- g) die Bewilligung für den Besuch von Privatunterricht an Schulpflichtige zu erteilen;
- h) für die Durchführung und Koordination der Schuldienste zu sorgen und die gemeindlichen Schuldienste zu beaufsichtigen;
- i) die dem Schulwesen dienenden Bauten, Anlagen und Einrichtungen zu verwalten.

² Der Schulrat ist für alle Entscheide zuständig, die im Schul- und Erziehungswesen den Gemeinden übertragen sind, sofern für die Erfüllung dieser Aufgabe nicht ausdrücklich eine andere Instanz als zuständig erklärt wird.

2. Abschnitt: Kantonale Instanzen

Artikel 64 b) Zuständigkeiten

¹ Der Erziehungsrat übt im Rahmen der Gesetzgebung die unmittelbare Aufsicht über das gesamte Schul- und Erziehungswesen aus.

² Er unterstützt die zuständige Direktion bei der Planung und Koordination im Schul- und Bildungswesen.

³ Er hat insbesondere für die Volksschule und das 10. Schuljahr:

- a) die Lehrpläne und die Stundentafel zu erlassen;
- b) die Lehrmittel festzulegen;
- c) die Beurteilung der Schülerinnen und Schüler sowie die Promotion und den Übertritt zu regeln;
- d) die Bewilligung für die Führung von Privatschulen zu erteilen;
- e) die Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung anzuordnen;
- f) die Schulversuche zu bewilligen;
- g) die Vertretung des Kantons in interkantonale Kommissionen zu wählen;
- h) über Beschwerden gegen Verfügungen des Schulrates zu entscheiden;
- i) allgemeine Weisungen gegenüber den Schulen und den Lehrpersonen zu erlassen;

| | |
|--|--|
| | <p>k) Vorschriften zur Qualitätssicherung der Schulen zu erlassen.</p> <p>⁴ Er ist vom Regierungsrat und der zuständigen Direktion vor wichtigen Entscheidungen, die die Schule betreffen, anzuhören.</p> <p>⁵ Er kann zur Vorbereitung und Durchführung bestimmter Aufgaben Kommissionen einsetzen.</p> <p>13. Kapitel: Kosten und Beiträge Artikel 67 Kantonsbeiträge</p> <p>¹ Der Kanton leistet den Gemeinden Beiträge an deren Aufwendungen im Schulbereich.</p> <p>² Der Landrat regelt die Art, die Voraussetzungen und die Höhe der Beitragsleistung durch Verordnung. Er kann Pauschalen einführen.</p> <p>³ Der Kanton kann Privatschulen Beiträge leisten, wenn sie dem öffentlichen Interesse entsprechen und dem Gemeinwesen erhebliche Schullasten abnehmen.</p> |
| <p>10.1115 Verordnung zum Schulgesetz (Schulverordnung) vom 22. April 1998; Stand am 1. August 2009</p> | <p>2. Kapitel: Trägerschaft der Schulen Artikel 4 Privatschulen (Art. 6 SchG)</p> <p>¹ Der Erziehungsrat erteilt die Bewilligung, eine Privatschule zu führen, wenn diese Schule:</p> <p>a) eine Ausbildung und Erziehung gewährleistet, die jener an den öffentlichen Schulen gleichwertig sind;</p> <p>b) sich den Bildungszielen des Schulgesetzes verpflichtet.</p> <p>² Der Erziehungsrat kann mit der Bewilligung entsprechende Bedingungen und Auflagen verbinden.</p> <p>³ Der Erziehungsrat regelt die Abgabe von Diplomen durch die Privatschulen.</p> <p>⁴ Im Übrigen sind das Schulgesetz und diese Verordnung für Privatschulen sinngemäss anzuwenden.</p> <p>4. Kapitel: Schulpflicht Artikel 17 Privatschulunterricht (Art. 6, 22, 59 SchG)</p> <p>¹ Die Eltern können ihre Kinder an bewilligten Privatschulen unterrichten lassen. Sie teilen das dem Schulrat schriftlich mit.</p> <p>² Der Schulrat entscheidet im Einvernehmen mit der zuständigen Direktion, ob der gewählte Privatschulunterricht im Einzelfall als Erfüllung der Schulpflicht anerkannt werden kann. Er hat den Besuch von Privatschulunterricht im Einzelfall zu bewilligen.</p> <p>³ Die Eltern tragen die Kosten des Privatschulunterrichts, es sei denn, der Schulrat habe den Privatschulunterricht als besondere Förderungsmassnahme angeordnet.</p> |

VD Vaud

| | |
|--|--|
| <p>101.01 Constitution du Canton de Vaud du 14 avril 2003</p> | <p>Titre III Tâches et responsabilité de l'état et des communes Chapitre III Enseignement et formation Art. 50 Enseignement privé reconnu d'utilité publique</p> <p>¹ L'Etat peut soutenir des établissements privés qui offrent des possibilités de formations complémentaires aux siennes et dont l'utilité est reconnue.</p> <p>Art. 51 Aide à la formation et bourses</p> <p>¹ L'Etat veille à ce que l'enseignement public, l'enseignement privé défini à l'article 50 et la formation professionnelle soient accessibles à tous.</p> <p>² Il met en place un système de bourses et d'autres aides à la formation.</p> |
| <p>400.01 Loi scolaire (LS) du 12 juin 1984</p> | <p>Chapitre I Dispositions générales Art. 6 Devoir des parents</p> <p>¹ Tous les parents domiciliés ou résidant dans le canton ont le droit et le devoir d'envoyer leurs enfants en âge de scolarité obligatoire dans une école publique ou privée, ou de leur dispenser un enseignement à domicile.</p> <p>² Sont considérés comme parents les personnes qui exercent l'autorité parentale et, le cas échéant, les parents nourriciers.</p> |

| | |
|---|---|
| <p>400.01.1 Règlement d'application de la loi scolaire du 12 juin 1984 (RLS)</p> | <p>Chapitre I Généralités Section I Dispositions liminaires Art. 5 Passage de l'enseignement public à l'enseignement privé ou vice versa ¹ Le passage de l'école publique à une école privée peut avoir lieu en tout temps. Les parents communiquent préalablement leur décision par écrit au directeur. ² Le passage d'une école privée à l'école publique ne peut avoir lieu, sauf cas de force majeure, qu'au début d'une année scolaire. Les parents adressent leur demande écrite au directeur avant le 1er avril. ³ La même procédure est valable pour l'enseignement à domicile. Chapitre II Déroulement de la scolarité (ch. II de la loi) Section II Classes secondaires (cycle de transition et degrés 7-9) Sous-section II Les degrés 7 à 9 Art. 34 Elèves issus d'écoles privées ¹ Tout élève issu d'une école privée est en principe admis d'office dans le degré correspondant à son âge. Une évaluation a lieu pour déterminer dans quelle voie il est orienté. ² Pour entrer en voie secondaire de baccalauréat ou en voie secondaire générale, il doit réussir un examen portant sur le programme de la seconde année du cycle de transition ou sur celui du degré précédent de la voie qu'il vise. ³ En règle générale, l'examen d'admission est organisé une fois par an en vue du début de l'année scolaire suivante.</p> |
| <p>400.455 Loi sur l'enseignement privé (LEPr) du 12 juin 1984</p> | <p>Art. 1 Champ d'application ¹ La présente loi s'applique à toutes les écoles et institutions privées recevant des élèves en âge de scolarité obligatoire (ci-après: les écoles), quelles que soient la nature de l'enseignement et la façon dont il est dispensé. ² Elle règle également l'enseignement à domicile dispensé à ces mêmes élèves. ³ Ne relèvent pas de la présente loi les écoles régies par la législation sur l'enseignement spécialisé. Art. 2 Principes généraux ¹ Les dispositions légales valables pour les écoles publiques concernant l'hygiène ainsi que l'ordre public et les bonnes moeurs sont applicables par analogie aux écoles privées. Art. 3 Autorisations - En général ¹ Chaque école privée communique au Département de la formation et de la jeunesse (ci-après: le département) l'état nominatif de sa direction et de son corps enseignant au début de chaque année civile. ² Lors de chaque engagement, elle prend toutes dispositions pour que l'intéressé soit au bénéfice d'une autorisation de diriger ou d'enseigner ou qu'il obtienne ladite autorisation dans les meilleurs délais. Art. 4 Autorisation de diriger une école privée ¹ Nul ne peut diriger une école au sens de la présente loi sans y être préalablement autorisé par le département. ² Pour être autorisé, le requérant doit: a. être de nationalité suisse ou ressortissant d'un des Etats membres de l'Union européenne, ou être au bénéfice d'une autorisation de séjour ou d'établissement pour étrangers (permis B ou C); b. présenter des garanties professionnelles et morales; c. ne pas avoir été condamné à raison d'infractions intentionnelles contraires à la probité et à l'honneur dans les 5 ans précédant la demande d'autorisation; d. n'être débiteur d'aucun acte de défaut de biens, provisoire ou définitif. ³ Lorsque l'école comporte un internat, sont réservées les dispositions de la législation sur la protection de la jeunesse et l'autorisation spéciale du</p> |

| | |
|---|---|
| | <p>Département de la prévoyance sociale et des assurances.</p> <p>Art. 5 Autorisation d'enseigner</p> <p>¹ Nul ne peut enseigner dans un établissement privé s'il n'y est autorisé par le département.</p> <p>² Cette autorisation est délivrée aux conditions prévues par l'article 4, alinéa 2, lettres a, b et c ci-dessus.</p> <p>³ Suivant les titres détenus par le requérant, l'autorisation peut être limitée à certaines disciplines ou à certains degrés d'enseignement.</p> <p>Art. 6 Validité de l'autorisation</p> <p>¹ L'autorisation de diriger ou d'enseigner est personnelle.</p> <p>² L'autorisation de diriger n'est valable que pour l'établissement qui y est mentionné.</p> <p>Art. 7 Surveillance</p> <p>¹ Le département exerce une surveillance générale sur les écoles privées recevant des élèves en âge de scolarité obligatoire.</p> <p>^{1bis} Il surveille les activités organisées par ces écoles pour des enfants n'ayant pas atteint l'âge de la scolarité obligatoire.</p> <p>^{1ter} Il a le droit d'obtenir tout renseignement utile concernant notamment l'organisation et les programmes de l'établissement.</p> <p>² Il peut s'assurer, au besoin par des examens, que l'instruction est au moins équivalente à celle dispensée par les écoles publiques.</p> <p>³ Toutefois, il ne se porte garant ni des méthodes ni de la qualité d'enseignement.</p> <p>Art. 8 Publicité et retrait de l'autorisation</p> <p>¹ L'autorisation de diriger ou d'enseigner ne doit en aucun cas être mentionnée dans la publicité ni associée de quelque manière que ce soit au nom de l'école.</p> <p>² Elle est retirée lorsque les dispositions légales et le règlement ne sont plus respectés, sans préjudice des sanctions pénales ou administratives prévues par la présente loi.</p> |
| <p>400.455.1 Régleme nt d'application de la loi du 12 juin 1984 sur l'enseignement privé du 11 juin 1986</p> | <p>Art. 1 Définition</p> <p>¹ Sont considérés comme écoles privées au sens du présent règlement les établissements dispensant un enseignement qui se substitue à celui des écoles publiques.</p> <p>Art. 2 Autorisation de diriger et d'enseigner</p> <p>¹ Pour tout établissement privé dont les cours portent aussi bien sur un enseignement obligatoire que sur un enseignement postobligatoire, les autorisations de diriger et d'enseigner doivent être requises dès l'instant où elles touchent les élèves en âge de scolarité obligatoire.</p> <p>Art. 3 Demande d'autorisation</p> <p>¹ La demande d'autorisation d'enseigner doit spécifier à quel degré elle est destinée ainsi que les branches auxquelles elle s'applique.</p> <p>Art. 4 Pièces à produire</p> <p>¹ A l'appui de sa demande, le requérant produit:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. une pièce d'identité (passeport, livret de famille, acte d'origine, etc.); 2. ses titres ou diplômes; 3. un extrait du casier judiciaire vaudois ou, pour les ressortissants d'autres cantons et les étrangers, un extrait du casier judiciaire central suisse, auquel les étrangers joindront un extrait du casier judiciaire de leur pays d'origine; 4. s'il n'est pas Suisse, une autorisation d'établissement ou, à ce défaut, une autorisation lui permettant d'exercer sa profession. <p>Art. 5 Vérification des conditions de l'autorisation d'enseigner</p> <p>¹ La direction de l'établissement est tenue de s'assurer que l'enseignant au bénéfice d'une autorisation remplit en tout temps les conditions d'octroi prévues par la loi.</p> <p>² Il en est de même pour l'enseignant qui reprend ses fonctions après une interruption d'activité.</p> <p>³ Si les conditions ne sont plus remplies, la direction en informe le département qui retire l'autorisation.</p> <p>Art. 6 Contrôle des arrivées et des départs des élèves ¹</p> <p>¹ La direction de l'établissement communique aux communes intéressées, au début de chaque année scolaire, la liste des élèves en âge de scolarité obligatoire. Elle les informe également de tout changement qui survient au cours de l'année scolaire.</p> <p>² Les communes transmettent au département la copie des listes obtenues.</p> |

| | |
|--|--|
| | <p>Art. 7 Commission consultative</p> <p>a) composition</p> <p>¹ Le Conseil d'Etat nomme une commission consultative (ci-après: la commission) composée de 7 membres, désignés pour 4 ans et rééligibles.</p> <p>² Elle est présidée par un représentant du département et comprend en outre:</p> <ul style="list-style-type: none"> – deux représentants des directions des écoles privées; – deux représentants du personnel enseignant des écoles privées; – un représentant du Service de protection de la jeunesse; – un juriste de l'administration cantonale. <p>³ Elle peut inviter, à titre consultatif, des représentants de milieux en contact avec l'enseignement privé.</p> <p>Art. 8</p> <p>b) secrétariat</p> <p>¹ Le département assure le secrétariat de la commission.</p> <p>Art. 9</p> <p>c) convocation</p> <p>¹ La commission se réunit aussi souvent que les affaires l'exigent, mais au minimum deux fois par an.</p> <p>² Elle est convoquée par le président ou sur demande d'au moins trois de ses membres.</p> |
|--|--|

VS Valais / Wallis

| | |
|--|--|
| <p>101.1 Constitution du canton du Valais du 8 mars 1907</p> | <p>Titre 1: Principes généraux</p> <p>Art. 13</p> <p>¹ L'instruction publique et l'instruction primaire privée sont placées sous la direction et la haute surveillance de l'Etat.</p> <p>² L'instruction primaire est obligatoire; elle est gratuite dans les écoles publiques.</p> <p>³ La liberté d'enseignement est garantie, sous réserve des dispositions légales concernant l'école primaire.</p> |
| <p>101.1 Verfassung des Kantons Wallis vom 8. März 1907</p> | <p>1. Titel: Allgemeine Grundsätze</p> <p>Art. 13</p> <p>¹ Der öffentliche Unterricht sowie der private Primarunterricht stehen unter der Leitung und der Oberaufsicht des Staates.</p> <p>² Der Primarunterricht ist obligatorisch und in den öffentlichen Schulen unentgeltlich.</p> <p>³ Die Lehrfreiheit ist, unter Vorbehalt der Gesetzesbestimmungen betreffend die Primarschule, gewährleistet.</p> |
| <p>400.1 Loi sur l'instruction publique du 4 juillet 1962</p> | <p>Partie 1: Organisation de l'enseignement</p> <p>Chapitre 1: Dispositions générales</p> <p>Article premier But de la présente loi</p> <p>La présente loi organise l'instruction publique et établit les règles applicables au fonctionnement de l'enseignement privé.</p> <p>Dans la présente loi, toute désignation de personne, de statut ou de fonction vise indifféremment l'homme ou la femme.</p> <p>Art. 2 Organes de direction et de surveillance</p> <p>La direction supérieure de l'instruction publique et la surveillance générale de l'enseignement privé relèvent du Conseil d'Etat qui les exerce par l'intermédiaire du Département de l'instruction publique (en abrégé: Département).</p> <p>Chapitre 2: L'enseignement public</p> <p>B. Organes chargés de l'enseignement public</p> <p>Art. 8 Enseignement primaire et secondaire du premier degré</p> <p>L'enseignement primaire et l'enseignement secondaire du premier degré incombent aux communes avec l'aide et sous la surveillance de l'Etat.</p> <p>Avec l'accord du Département, une commune peut passer convention avec un établissement public ou une institution privée pour lui confier cet enseignement.</p> |

Plusieurs communes peuvent s'unir pour résoudre les problèmes scolaires et créer des écoles intercommunales. La collaboration intercommunale est régie par la loi sur le régime communal, sous réserve des dispositions particulières contenues dans la présente loi. Le décret du Grand Conseil arrête les dispositions applicables à la création d'une école intercommunale. Le Conseil d'Etat peut, au besoin, décider la création d'une telle école et en fixer le siège et le rayon. Sur la proposition du Département, le Conseil d'Etat approuve les statuts ou les conventions concernant l'organisation des écoles intercommunales.

Au niveau communal, l'autorité politique de décision est le conseil municipal; au niveau intercommunal, le conseil d'administration, dans les limites fixées par les statuts ou la convention. Demeurent réservées les compétences constitutionnelles ou légales respectivement de l'assemblée primaire ou du conseil général.

Le conseil municipal ou le conseil d'administration peut déléguer une partie de ses compétences à une commission scolaire communale ou intercommunale. Le règlement du Conseil d'Etat arrête les prescriptions concernant la composition du conseil d'administration.

Chapitre 4: L'enseignement privé

A. Dispositions générales applicables aux écoles privées

Art. 17 Surveillance de l'Etat

L'enseignement privé est soumis à la haute surveillance du Conseil d'Etat qui l'exerce par le Département.

Le Département veille au respect de l'ordre et de la sécurité publics, de l'hygiène et des bonnes m_urs. Il peut en tout temps se renseigner sur le programme, les méthodes et moyens d'enseignement. Il fait respecter les dispositions de la loi relatives aux locaux scolaires et aux mesures sanitaires.

En cas de contravention grave, le Département peut ordonner la fermeture de l'école. Le recours au Conseil d'Etat est réservé.

Art. 18 Ouverture de l'école

Quiconque entend tenir une école privée en informe le Département. Celui-ci s'assure de la moralité et des compétences du requérant.

B. Dispositions particulières à l'école primaire privée

Art. 19 Autorisation

L'ouverture de toute école primaire privée est subordonnée à une autorisation du Département.

Celui-ci s'assure de la moralité et des qualités d'éducateur du requérant et de ses collaborateurs. Il exige que ces derniers soient porteurs des diplômes prévus par la loi ou de diplômes reconnus équivalents.

L'école primaire privée est placée sous la surveillance de l'inspecteur scolaire. La commission scolaire communale est représentée de droit dans la commission scolaire de chaque école privée.

Le Département peut soumettre l'école privée au contrôle de la commission scolaire communale.

Le règlement organise le contrôle; il prévoit les dispositions utiles pour la surveillance de la scolarité obligatoire.

Art. 20 Scolarité

La période de scolarité et la durée de l'année scolaire sont au moins égales à celles des écoles publiques de la même localité.

Le Département peut accorder des dispenses pour de justes motifs qui seront précisés dans le règlement.

Art. 21 Retrait de l'autorisation

Le Département retire son autorisation à l'école primaire privée lorsqu'il constate que l'enseignement y est insuffisant, comparé au programme de l'école publique, ou lorsque l'école ne se conforme pas aux dispositions du présent chapitre.

En cas de retrait de l'autorisation, les parents ou les tuteurs des enfants sont mis en demeure de les envoyer dans une autre école. Les décisions du Département concernant l'école primaire privée peuvent faire l'objet d'un recours au Conseil d'Etat.

C. Dispositions applicables aux écoles secondaires privées

a) Dispositions communes

Art. 22 Reconnaissance

Une école secondaire privée peut solliciter du Conseil d'Etat la reconnaissance officielle de son enseignement.

Le Conseil d'Etat apprécie l'opportunité de la reconnaissance. Il en prévoit dans un règlement les conditions et les effets. Il retire la reconnaissance lorsqu'il constate que l'enseignement est insuffisant.

| | |
|--|---|
| | <p>Art. 23 Subsidies Le Conseil d'Etat peut octroyer une subvention à l'école secondaire reconnue, si la situation financière de cette école et son utilité publique le justifient. Les conditions à remplir pour bénéficier d'une subvention sont arrêtées par un règlement.</p> <p>Art. 24 Officialité des diplômes Le Département peut munir de son sceau et contresigner les diplômes délivrés par une école secondaire reconnue, lorsqu'elle soumet ses programmes et ses examens au contrôle de l'Etat.</p> <p>Art. 25 Déclaration d'utilité publique Le Conseil d'Etat peut déclarer d'utilité publique une école secondaire reconnue et l'exonérer de tout impôt cantonal et communal. Les communes seront entendues.</p> <p>b) Dispositions particulières à l'école secondaire privée du premier degré</p> <p>Art. 26 Autorisation Aussi longtemps que leur programme d'étude s'étend sur la période de scolarité obligatoire, les écoles secondaires privées du premier degré peuvent être soumises au régime de l'autorisation, par le Conseil d'Etat agissant d'office ou à la requête de la commune. Les articles 19 à 21 sont applicables par analogie.</p> <p>Partie 5: Dispositions administratives, financières, pénales et diverses Chapitre 2: Hygiène et service sanitaire</p> <p>Art. 116 Service sanitaire La surveillance médicale des écoles publiques et privées et le contrôle de l'hygiène des locaux scolaires incombent à un service sanitaire. Le service est assuré par les médecins et dentistes scolaires, les infirmières visiteuses, le service radio-photographique et le service médico-pédagogique ou psychologique. Le personnel du service sanitaire est nommé par le Conseil d'Etat. Le service est organisé par un règlement qui détermine ses attributions, son mode de rémunération et qui définit son statut par rapport au Département de l'instruction publique et au Département de la santé publique. Le règlement fixe la nature et l'étendue des prestations sanitaires dont les frais incombent à l'Etat.</p> |
| <p>400.1 Gesetz über das öffentliche Unterrichtswesen vom 4. Juli 1962</p> | <p>1. Teil: Aufbau des Unterrichtswesens 1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen Art. 1 Zweck des vorliegenden Gesetzes Das vorliegende Gesetz regelt den Aufbau des öffentlichen Unterrichtswesens und enthält die für den geordneten Gang des Privatunterrichtes notwendigen Vorschriften. In diesem Gesetz gilt jede Bezeichnung der Person, des Statuts oder der Funktion in gleicher Weise für Mann oder Frau.</p> <p>Art 2 Mit der Leitung und Aufsicht betraute Organ Die Oberleitung des öffentlichen Unterrichtswesen und die allgemeine Aufsicht über den Privatunterricht obliegen dem Staatsrat. Er übt seine Befugnisse durch das Erziehungsdepartement (abgekürzt: Departement) aus.</p> <p>2. Abschnitt: Das öffentliche Unterrichtswesen B. Mit dem öffentlichen Unterrichtswesen beauftragte Organe Art. 8 Primar- und Orientierungsschulen Der Primar- und der Sekundarunterricht obliegen mit Hilfe und unter Aufsicht des Staates den Gemeinden. Mit Zustimmung des Departements kann eine Gemeinde mit einer öffentlichen oder privaten Bildungsanstalt einen Vertrag abschliessen, um ihr die Erteilung dieses Unterrichtes zu übertragen. Mehrere Gemeinden können Schulprobleme gemeinsam lösen und interkommunale Schulen eröffnen. Soweit das vorliegende Gesetz keine besonderen Bestimmungen enthält, untersteht die interkommunale Zusammenarbeit dem Gesetz über die Gemeindeordnung. Die Ausführungsbestimmungen zur Schaffung einer interkommunalen Schule werden im Dekret des Grossen Rates erlassen. Der Staatsrat kann, wenn erforderlich, die Errichtung einer solchen Schule sowie deren Sitz und Einzugsgebiet anordnen. Auf Vorschlag des Departements genehmigt</p> |

der Staatsrat die Statuten oder Verträge betreffend Organisation interkommunaler Schulen.
Auf Gemeindeebene ist die politische Behörde der Gemeinderat auf interkommunaler Ebene im Rahmen der Statuten oder des Vertrags der Regionalrat. Die Verfassungs- und gesetzmässige Zuständigkeit der Urversammlung bzw. des Generalrates bleiben vorbehalten.
Der Gemeinderat oder der Regionalrat kann einen Teil seiner Befugnisse an die kommunale bzw. interkommunale Schulkommission delegieren.
Das Reglement des Staatsrates enthält Vorschriften betreffend die Zusammensetzung des Regionalrates.

4. Abschnitt: Privatunterricht

A. Allgemeine auf die Privatschulen anwendbare Bestimmungen

Art. 17 Staatliche Aufsicht
Der Privatunterricht ist der Oberaufsicht der Staatsrates unterstellt, der sie durch das Departement ausübt.
Dieses überwacht die Einhaltung der Vorschriften über Ordnung und Sicherheit, öffentliche Gesundheitspflege und gute Sitten. Es kann sich jederzeit über Lehrprogramme, Unterrichtsmethoden und Lehrmittel erkundigen. Es sorgt für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen über die Schullokale und die sanitärischen Massnahmen.
Bei schwerer Übertretung des Gesetzes kann das Departement die Schliessung der Schule anordnen. Der Einspruch beim Staatsrat bleibt vorbehalten.

Art. 18 Eröffnung der Schule
Wer eine Privatschule führen will, setzt das Departement davon in Kenntnis. Es versichert sich, ob der Gesuchsteller die dazu notwendigen sittlichen und beruflichen Voraussetzungen erfüllt.

B. Besondere Bestimmungen über die private Primarschule

Art. 19 Bewilligung
Die Eröffnung jeder privaten Primarschule unterliegt einer Bewilligung durch das Departement.
Es versichert sich, ob der Gesuchsteller und seine Mitarbeiter über die dazu notwendigen sittlichen und erzieherischen Eigenschaften verfügen. Sie müssen im Besitze der im Gesetze vorgesehenen oder vom Departement als gleichwertig anerkannten Lehrpatente sein.
Die private Primarschule untersteht der Aufsicht des Schulinspektors. Die Gemeinde-Schulkommission ist von Rechts wegen in der Schulkommission jeder privaten Primarschule vertreten.
Das Departement kann die private Primarschule der Kontrolle durch die Gemeinde-Schulkommission unterstellen.
Das Reglement ordnet die Aufsicht; es enthält die notwendigen Bestimmungen betreffend die Kontrolle der obligatorischen Schulpflicht.

Art. 20 Schuldauer
Die Dauer der Schulpflicht und des Schuljahres muss mindestens derjenigen der öffentlichen Schulen der gleichen Ortschaft entsprechen.
Das Departement kann bei ausreichenden Gründen, die im Reglement näher umschrieben werden, Ausnahmen gestatten.

Art. 21 Entzug der Bewilligung
Das Departement entzieht die Bewilligung zur Führung einer privaten Primarschule, wenn der Unterricht im Vergleich zum Programm der öffentlichen Schulen ungenügend ist oder wenn die im vorliegenden Abschnitt enthaltenen, Vorschriften nicht beobachtet werden.
Bei Entzug der Bewilligung werden die Eltern oder die Vormünder der Kinder aufgefordert, diese in eine andere Schule zu schicken.
Die Beschlüsse des Departements betreffend die private Primarschule können an den Staatsrat weitergezogen werden.

C. Bestimmungen über die private Sekundar- und Mittelschulen

a) Gemeinsame Bestimmungen

Art. 22 Anerkennung
Eine private Sekundar- oder Mittelschule kann beim Staatsrat um die amtliche Anerkennung ihres Unterrichtes nachsuchen.
Der Staatsrat würdigt die Zweckmässigkeit der Anerkennung und legt in einem Reglement die Bedingungen und die Auswirkungen derselben fest.
Er zieht die Anerkennung zurück, wenn er feststellt, dass der Unterricht ungenügend ist.

Art. 23 Beiträge
Der Staatsrat kann einer anerkannten Sekundar- oder Mittelschule einen Beitrag gewähren, wenn ihre finanzielle Lage und ihr öffentlicher Nutzen es rechtfertigen.

| | |
|--|---|
| | <p>Die für die Gewährung eines Beitrages zu erfüllenden Bedingungen werden in einem Reglement festgesetzt.</p> <p>Art. 24 Amtlichkeit der Diplome Das Departement kann die von einer anerkannten Sekundar- oder Mittelschule verliehenen Diplome mit seinem Stempel versehen und gegenzeichnen, wenn jene ihr Programm und ihre Prüfungen der Kontrolle des Staates unterstellen.</p> <p>Art. 25 Anerkennung als Einrichtung öffentlichen Nutzens Der Staatsrat kann eine anerkannte Sekundar- oder Mittelschule als Einrichtung öffentlichen Nutzens erklären und sie von jeder Kantons- und Gemeindesteuer befreien. Die Gemeinden sind anzuhören.</p> <p>b) Besondere Bestimmungen über die private Sekundarschule</p> <p>Art. 26 Bewilligung Soweit sich ihr Lehrprogramm auf die Zeit der obligatorischen Schulpflicht erstreckt, kann der Staatsrat von sich aus oder auf Verlangen der Gemeinde die privaten Sekundarschulen der Bewilligungspflicht unterstellen. Die Artikel 19, 21 sind sinngemäss anwendbar.</p> <p>5. Teil: Administrative, finanzielle, straf- und andere Bestimmungen</p> <p>2. Abschnitt: Gesundheitspflege und schulärztlicher Dienst</p> <p>Art. 116 Gesundheitsdienst Die Überwachung der öffentlichen und privaten Schulen in gesundheitlicher Hinsicht und die Kontrolle über den hygienischen Zustand der Schulklokale obliegen einem Gesundheitsdienst. Dieser wird ausgeübt durch die Schulärzte und -zahnärzte, die Fürsorgerinnen, die Abteilung für Schirmbildaufnahmen und den heilpädagogischen oder schulpsychologischen Dienst. Das Personal des Gesundheitsdienstes wird vom Staatsrat ernannt. Der Gesundheitsdienst wird auf Grund eines Reglements aufgebaut, das seine Befugnisse und die Frage der Entschädigungen ordnet sowie seine Stellung gegenüber dem Erziehungsdepartement und dem Departement für die öffentliche Gesundheitspflege. Das Reglement bestimmt die Art und den Umfang der sanitärischen Leistungen, deren Kosten vom Staat zu tragen sind.</p> |
| <p>400.106 Règlement concernant la reconnaissance d'une école secondaire privée du 19 octobre 1965</p> | <p>Article premier Le Conseil d'Etat apprécie l'opportunité de la reconnaissance officielle de l'enseignement d'une école secondaire privée.</p> <p>Art. 2 Lorsque l'autorité compétente estime que l'enseignement donné correspond à une nécessité, elle accorde la reconnaissance aux conditions qu'elle juge utile de fixer, il sera notamment exigé que:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) le programme d'enseignement soit approuvé par le Département de l'instruction publique; b) l'activité de l'école soit contrôlée par le Service de l'enseignement secondaire; c) l'organisation de l'école et la durée de la scolarité soient conformes à la législation cantonale; d) le personnel enseignant réponde aux exigences cantonales; e) les locaux, le mobilier et le matériel correspondent aux besoins; f) les examens se déroulent conformément aux instructions du Département. <p>Art. 3 La reconnaissance est retirée lorsqu'il est établi que les conditions fixées au moment de son octroi ne sont plus remplies.</p> <p>Art. 4 Le Conseil d'Etat peut accorder une subvention si la situation financière d'une école et son utilité publique le justifient. Une école est considérée d'utilité publique lorsque sa suppression entraînerait la création d'une école publique dans des conditions plus onéreuses.</p> <p>Art. 5 Une subvention ne sera en aucun cas accordée à une école poursuivant un but lucratif.</p> <p>Art. 6 Si les exigences du présent règlement sont remplies, le Département peut munir de son sceau et contresigner les diplômes de l'école reconnue; la Commission de l'enseignement secondaire est appelée à donner son préavis.</p> |

| | |
|---|--|
| | <p>Art. 7 Une école officiellement reconnue est autorisée à en faire mention dans ses documents et imprimés (papier à lettre, prospectus, etc.); une école privée non reconnue a l'obligation d'accompagner sa raison sociale de l'indication "école privée".</p> |
| <p>400.106 Reglement über die Anerkennung einer privaten Sekundar- oder Mittelschule vom 19. Oktober 1965</p> | <p>Art. 1 Der Staatsrat befindet über die Zweckmässigkeit der amtlichen Anerkennung einer privaten Sekundar- und Mittelschule.</p> <p>Art. 2 Erachtet die zuständige Behörde eine solche Schule als notwendig, spricht sie unter Vorbehalt der von ihr festzusetzenden Bedingungen die Anerkennung aus. Es sind u.a. folgende Anforderungen zu erfüllen: a) das Lehrprogramm muss vom Erziehungsdepartement genehmigt sein; b) die Tätigkeit der Schule wird vom kantonalen Amt für Sekundar- und Mittelschulwesen geprüft; c) die Organisation der Schule und die Schuldauer müssen den kantonalen Vorschriften entsprechen; d) das Lehrpersonal muss die vom Kanton vorgesehenen Anforderungen erfüllen; e) Räumlichkeiten, Mobiliar und Unterrichtsmaterial müssen den Bedürfnissen angepasst sein; f) die Prüfungen sind gemäss den Weisungen des Departements abzunehmen;</p> <p>Art. 3 Die offizielle Anerkennung wird zurückgezogen, sofern feststeht, dass die bei ihrer Gewährung gestellten Bedingungen nicht mehr erfüllt werden.</p> <p>Art. 4 Der Staatsrat kann einen Kantonsbeitrag gewähren, sofern die finanzielle Lage einer Schule und ihr öffentlicher Nutzen es rechtfertigen. Eine Privatschule wird als Einrichtung öffentlichen Nutzens angesehen, wenn ihre Aufhebung die Eröffnung einer andern öffentlichen, teurer zu stehen kommenden Schule zur Folge hätte.</p> <p>Art. 5 In keinem Fall kommen Schulen, die einen gewinnbringenden Zweck verfolgen, in den Genuss eines Kantonsbeitrages.</p> <p>Art. 6 Sofern die im vorliegenden Reglemente aufgestellten Bedingungen erfüllt sind, kann das Departement die von einer anerkannten Schule erteilten Diplome mit seinem Stempel versehen und gegenzeichnen; die kantonale Kommission für den Sekundar- und Mittelschulunterricht gibt ihre Vormeinung ab.</p> <p>Art. 7 Eine offiziell anerkannte Schule kann die Anerkennung in ihren Ausweisen und Drucksachen (Briefpapier, Prospekte usw.) vermerken; eine nicht anerkannte Privatschule hat ihrer Bezeichnung durch den Vermerk «Privatschule» zu ergänzen.</p> |

ZG Zug

| | |
|---|--|
| <p>111.1 Verfassung des Kantons Zug vom 31. Januar 1894</p> | <p>1. TITEL Allgemeine Grundsätze § 4 ¹ Der Kanton, unterstützt von den Gemeinden, sorgt unter Beobachtung des Art. 27 der Bundesverfassung für den öffentlichen Unterricht. ² Die Errichtung von Privatschulen und Privat-Lehranstalten ist gewährleistet; soweit dieselben den Primarschulunterricht betreffen, bleiben die Bestimmungen des 2. Alineas von Art. 27 der Bundesverfassung vorbehalten.</p> |
| <p>412.11 Schulgesetz vom 27. September 1990</p> | <p>1. TITEL Allgemeine Bestimmungen § 5 Schulberechtigung und Schulpflicht ¹ Jedes bildungsfähige Kind ist berechtigt, einen Jahreskurs des Kindergartens, sechs Jahreskurse der Primarstufe und drei Jahreskurse der</p> |

| | |
|--|---|
| | <p>Sekundarstufe I zu besuchen.</p> <p>² Die Schulpflicht umfasst ein Jahr Kindergarten und neun Jahre der Primar- und der Sekundarstufe I.</p> <p>³ Sie kann in einer öffentlich-rechtlichen oder anerkannten privaten Schule erfüllt werden. Die Erziehungsberechtigten haben den Rektor zu informieren, wenn sie ihr Kind nicht an einer öffentlich-rechtlichen Schule unterrichten lassen.</p> <p>⁴ In besonderen Fällen kann der Rektor auf Gesuch der Erziehungsberechtigten oder einer zuständigen Behörde einen Schüler vorzeitig aus der Schulpflicht entlassen.</p> <p>2. TITEL Die öffentlich-rechtlichen Schulen 6. Abschnitt Schulbehörden und Organe B. Kantonale Schulbehörden und Organe § 65 Bildungsrat</p> <p>¹ Der Bildungsrat wird vom Regierungsrat auf Amtsdauer gewählt. Er setzt sich aus sieben Mitgliedern zusammen. Der Vorsteher oder die Vorsteherin der Direktion für Bildung und Kultur ist von Amtes wegen Präsident oder Präsidentin.</p> <p>² Der Bildungsrat ist zuständig für strategische Entscheide im Bereich der obligatorischen Schulzeit. Soweit andere Behörden zuständig sind, stellt er Antrag.</p> <p>³ Er</p> <ul style="list-style-type: none"> a) beschliesst die Schwerpunkte der Bildungsziele, die Lehrpläne und legt den entsprechenden Weiterbildungsbedarf für die Lehrer fest; b) bewilligt kantonale Schulentwicklungsprojekte; c) beschliesst Rahmenbedingungen zum Qualitätsentwicklungskonzept der gemeindlichen Schulen und überprüft die Einhaltung; d) legt die Schwerpunkte für die externe Evaluation fest; e) befindet über den Bedarf der spezifisch kantonalen Lehrerweiterbildung in Ergänzung zum regionalen Angebot; f) regelt generelle zeitliche Verpflichtungen wie Schulferien, Blockzeiten, Unterrichtsverpflichtung der Schüler; g) legt die Voraussetzungen für die Anerkennung von Privatschulen fest. <p>⁴ Beschlüsse, die erhebliche wiederkehrende finanzielle Auswirkungen haben, bedürfen der Zustimmung des Regierungsrates.</p> <p>4. TITEL Privatschulen § 74 Zulassung</p> <p>¹ Die Errichtung von Privatschulen ist gewährleistet.</p> <p>² Privatschulen bedürfen der Anerkennung durch die Direktion für Bildung und Kultur, wenn sie den Unterricht im Bereich der obligatorischen Schulzeit übernehmen wollen.</p> <p>³ Für die Anerkennung von privaten IV-Sonderschulen gelten zusätzlich die Voraussetzungen des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung.</p> <p>§ 75 Kindergarten, Primarstufe und Sekundarstufe I</p> <p>¹ Die Direktion für Bildung und Kultur kann Privatschulen im Bereich des obligatorischen Kindergartens, der Primar- und der Sekundarstufe I anerkennen, wenn sie einen Unterricht gewährleisten, der den Anforderungen der öffentlich-rechtlichen Schule gerecht wird. Der Bildungsrat legt die entsprechenden Voraussetzungen fest.</p> <p>² Die Privatschulen prüfen und beurteilen periodisch in eigener Verantwortung auf der Basis von Standards ihre Qualität und legen Rechenschaft über ihre Zielerreichung ab (interne Evaluation).</p> <p>³ Die Direktion für Bildung und Kultur prüft periodisch durch eine fachliche Aussensicht die Qualität der Schulen und schlägt Massnahmen zur Qualitätsentwicklung vor (externe Evaluation).</p> <p>⁴ Der Unterricht darf nur von Lehrern erteilt werden, die im Besitze eines von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren oder eines von ihr anerkannten Diploms sind. Die Direktion für Bildung und Kultur kann Ausnahmen bewilligen.</p> <p>⁵ Die Privatschulen haben zu Beginn des Schuljahres und bei einem Neueintritt dem Rektor der Gemeinde, in der ein Kind schulpflichtig ist, die Personalien der ihre Schule besuchenden Kinder mitzuteilen.</p> |
|--|---|

| | |
|---|---|
| | <p>⁶ Privatschulen für ausländische Kinder kann die Bewilligung auch erteilt werden, wenn sie nach den Lehrplänen des Herkunftslandes unterrichten.</p> <p>§ 76 Andere Schulen</p> <p>¹ Die Direktion für Bildung und Kultur kann Privatschulen anerkennen, die im Kanton Zug einen Unterricht ausserhalb der obligatorischen Schulzeit anbieten.</p> <p>² Die Direktion für Bildung und Kultur regelt die Diplomprüfung.</p> <p>³ Vorbehalten bleiben die Spezialgesetze.</p> <p>§ 77 Massnahmen und Entzug</p> <p>¹ Die Direktion für Bildung und Kultur ordnet unter Androhung des Entzugs der Anerkennung Massnahmen an, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Missstände vorliegen; b) gesetzliche Vorschriften sowie Weisungen kantonaler und gemeindlicher Behörden nicht beachtet werden; c) das Lehrziel am Ende der obligatorischen Schulzeit nicht erreicht wird; d) der Unterricht ausserhalb der obligatorischen Schulzeit gefährdet ist. <p>² Sofern die Missstände nicht behoben werden, entzieht die Direktion für Bildung und Kultur die Anerkennung.</p> <p>§ 78 Kantonsbeiträge</p> <p>¹ Wenn eine Gemeinde Kinder zur Erfüllung der Schulpflicht einer Privatschule zuweist, gewährt der Kanton einen vom Regierungsrat festzulegenden Beitrag an die Kosten.</p> <p>² Der Regierungsrat kann anerkannten Privatschulen, die im Kanton Zug den Unterricht der obligatorischen Schulzeit anbieten, Beiträge gewähren, um die Schulgeldbeiträge der Zuger Schüler zu reduzieren. Der Kantonsbeitrag pro Schüler entspricht der Hälfte der Norm-Pauschale pro Schulkind gemäss § 3 Abs. 1 des Gesetzes über das Dienstverhältnis und die Besoldung der Lehrpersonen an den gemeindlichen Schulen (Lehrpersonalgesetz).</p> <p>³ Diese Schulen können die obligatorischen kantonalen Lehrmittel für die Zuger Schüler zu den gleichen Bedingungen beziehen wie die gemeindlichen Schulen.</p> |
| <p>412.111 Verordnung zum Schulgesetz vom 7. Juli 1992</p> | <p>1. Abschnitt</p> <p>Allgemeine Bestimmungen</p> <p>§ 3 Einschreibung / Anmeldung</p> <p>¹ Die Eltern sind verpflichtet, ihre schulpflichtigen Kinder beim Rektorat zum Schulbesuch anzumelden bzw. eine Aufschiebung der Schulpflicht schriftlich zu beantragen oder den Besuch einer anerkannten Privatschule mitzuteilen.</p> <p>² Die gemeindliche Einwohnerkontrolle meldet dem Rektorat die Personalien jener Kinder, die im laufenden Jahr schulpflichtig werden, sowie der neuzugezogenen schulpflichtigen Kinder.</p> <p>³ Ein Kind, das im Kanton Zug ausserhalb der häuslichen Gemeinschaft seiner Eltern lebt, ist berechtigt, die Schulpflicht ohne Bezahlung eines Schulgeldes an seinem Aufenthaltsort zu erfüllen. Dies gilt auch für den Besuch des freiwilligen ersten Kindergartenjahres, sofern die betreffende Gemeinde einen zweijährigen Kindergarten anbietet.</p> <p>2. Abschnitt</p> <p>Die gemeindlichen Schulen</p> <p>§ 8^{bis} 1) Schulaufsicht</p> <p>¹ Die Schulaufsicht prüft die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen sowie kantonaler Vorgaben an den gemeindlichen und privaten Schulen und beantragt der Direktion für Bildung und Kultur aufgrund der Ergebnisse allenfalls notwendige Massnahmen.</p> <p>Sie</p> <ul style="list-style-type: none"> a) prüft insbesondere die Gleichwertigkeit der Angebote der einzelnen Schulen; b) instruiert Gesuche für die Zulassung von Privatschulen; c) überprüft die Lehrberechtigung der Lehrpersonen; d) ist kantonale Informationsstelle bei Schuleintritten ausserkantonaler oder ausländischer Kinder; e) leitet das Übertrittsverfahren von der 6. Primarklasse in die 1. Klasse der Sekundarstufe I und den Wechsel von der 1. Klasse der Sekundarschule ins Gymnasium; |

f) berät Schulleitungen in Belangen der Schulorganisation sowie der Schulgesetzgebung.

² Die Schulaufsicht ist berechtigt, die für ihren Tätigkeitsbereich notwendigen Unterlagen von den gemeindlichen Schulen sowie den Privatschulen einzuverlangen.

§ 8^{ter 1)} Externe Schulevaluation

¹ Die externe Schulevaluation prüft an den gemeindlichen Schulen sowie an den Privatschulen alle drei bis fünf Jahre systematisch die Qualität der Schulen.

Sie beurteilt

- a) die Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrages;
- b) das interne Qualitätsmanagement;
- c) die Organisation der Schule;
- d) die Wirkung der Schule als pädagogische Einheit;
- e) die Umsetzung der kantonalen Schwerpunkte der Bildungsziele und der Schwerpunkte der Schule selbst;
- f) die Qualität des Lehrens und Lernens;
- g) die operative Führung der Schule.

² Die externe Schulevaluation führt die Evaluation zeitlich und inhaltlich in Absprache mit der Schulleitung durch. Die Evaluationsthemen und Qualitätskriterien werden mit ihr schriftlich vereinbart. Die Schulleitung stellt die erforderlichen Unterlagen zur Verfügung und trifft schulintern die nötigen Vorbereitungen.

³ Die externe Schulevaluation verfasst für die Schule, die Schulleitung und die Schulkommission einen Bericht mit den Ergebnissen und entsprechenden Entwicklungshinweisen. Sie erstellt jährlich zuhänden des Bildungsrates einen zusammenfassenden Bericht.

⁴ Die Schule erstellt aufgrund des Evaluationsberichtes innert drei Monaten zuhänden des Amtes für gemeindliche Schulen einen Massnahmenplan.

§ 9 Lehrmittel

¹ Der Einkauf, die Lagerung und Verteilung der von der Direktion für Bildung und Kultur beschlossenen Lehrmittel erfolgt durch die kantonale Lehrmittelzentrale.

² Sie stellt den gemeindlichen Schulen, den öffentlich-rechtlich anerkannten Kirchen sowie den Privatschulen 50 % des Kaufpreises der von ihnen bezogenen Lehrmittel in Rechnung.

³ Die Gemeinden haben eine Lehrmittelverwaltung einzurichten, welche die Lehrmittel bei der kantonalen Lehrmittelzentrale für die gemeindlichen Schulen bestellt, abholt und verteilt.

4. Abschnitt

Gemeindliche Schuldienste

A. Schularzt-Dienst

§ 14 Privatschulen

¹ Privatschulen sind verpflichtet, ebenfalls einen Schularzt-Dienst wie an den öffentlich-rechtlichen Schulen zu organisieren.

² Diese Schulen bezeichnen ihren Schularzt unter Mitteilung an die Gesundheitsdirektion und die Direktion für Bildung und Kultur selber.

³ Der Schularzt erstattet jährlich dem Kantonsarzt zuhänden der Direktion für Bildung und Kultur einen Tätigkeitsbericht.

5. Abschnitt

Kantonale Schuldienste

§ 23 Lehrberechtigung

¹ Wer im Besitz eines anerkannten Lehrdiploms ist, kann ohne zusätzliche zugerische Bewilligung an den gemeindlichen Schulen und an den Privatschulen der obligatorischen Schulzeit unterrichten.

² Als anerkannte Lehrdiplome gemäss Abs. 1 gelten die von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK anerkannten kantonalen Lehrdiplome für die Vorschul- und die Primarstufe, für die Sekundarstufe I, die Schulische Heilpädagogik und Logopädie und Psychomotoriktherapie sowie die von der EDK anerkannten entsprechenden ausländischen Lehrdiplome.

| | |
|---|--|
| | <p>³ Als anerkannt gelten zudem die von der Eidgenössischen Hochschule für Sport oder früher von der ETH und kantonalen Universitäten erteilten Lehrdiplome für den Turn- und Sportunterricht.</p> <p>⁴ Die Direktion für Bildung und Kultur führt eine Liste der in der Schweiz angebotenen Ausbildungsgänge, die zum Unterrichten eines oder mehrerer Fächer an den gemeindlichen und privaten Schulen der Vorschulstufe, Primarstufe und Sekundarstufe I berechtigen.</p> <p>⁵ Stehen nicht genügend Bewerbende mit einem entsprechenden Diplom zur Verfügung, so erteilt die Direktion für Bildung und Kultur im Einzelfall eine befristete Lehrbewilligung.</p> <p>⁶ Eine befristete Lehrbewilligung kann verlängert werden, wenn die Gemeinde nachweist, dass in der Zwischenzeit keine geeignete Lehrperson mit dem erforderlichen Lehrdiplom gefunden werden konnte oder wenn sich die betreffende Lehrperson nachweislich an einer anerkannten Pädagogischen Hochschule zur Nachqualifikation angemeldet hat.</p> <p>⁷ Für die Zulassung und die Wahl der Lehrer für den Religionsunterricht sind die Kirchen zuständig.</p> <p>10. Abschnitt Privatschulen § 35 Kantonsbeiträge</p> <p>¹ Der Kantonsbeitrag an die Kosten für Kinder, die von der Gemeinde zur Erfüllung der Schulpflicht einer Privatschule zugewiesen werden, richtet sich nach den Ansätzen in den regierungsrätlichen Ausführungsbestimmungen zur Einweisung von Kindern und Jugendlichen in Sonderschulen vom 23. Juni 1998.</p> <p>² Privatschulen, die einen Kantonsbeitrag gemäss § 78 Abs. 2 SchulG anbegehren, haben der Direktion für Bildung und Kultur bei Beginn des Schuljahres die Namen der Zuger Schüler mit Angabe ihres Wohnortes bekanntzugeben und die Auswirkungen des Kantonsbeitrages auf das Schulgeld nachzuweisen.</p> <p>³ Die Direktion für Bildung und Kultur richtet die Kantonsbeiträge im Rahmen des Voranschlagskredites nach Massgabe der verfügbaren Mittel aus, wobei Teilzahlungen möglich sind.</p> |
| <p>412.112 Reglement zum Schulgesetz vom 10. Juni 1992</p> | <p>12. Abschnitt Privatschulen § 24 Kantonale Anerkennung</p> <p>Die Direktion für Bildung und Kultur anerkennt Privatschulen, die den Unterricht der obligatorischen Schulzeit anbieten, wenn sie folgende Voraussetzungen erfüllen:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Zielerreichung gemäss Lehrplänen der Bildungsdirektorenkonferenz Zentralschweiz; b) periodische Durchführung einer internen Evaluation und Zulassung der externen Evaluation durch die Direktion für Bildung und Kultur; c) Anstellung von Lehrpersonen mit einem von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren anerkannten Lehrdiplom oder einer Lehrbewilligung der Direktion für Bildung und Kultur; d) Gewähr, dass die Schüler weder psychologisch noch religiös abhängig gemacht werden. <p>§ 25 Primar- und Sekundarstufe I</p> <p>¹ Der Bildungsrat kann Privatschulen die Abgabe der zugerischen Zeugnisse bewilligen, wenn sie die zugerischen Lehrpläne verwenden, die gleiche Stufenbezeichnung benützen und nur Schüler aufnehmen, die auch an den öffentlich-rechtlichen Schulen diesen Stufen zugewiesen würden.</p> <p>² ...</p> |
| <p>412.312 Verordnung betreffend Pauschalbeiträge an die Besoldungen des gemeindlichen Lehrpersonals und an die Privatschulen (Schulsubventions-</p> | <p>§ 1 Normpauschalen</p> <p>¹ Die Normpauschalen an die Aufwendungen der Gemeinden für die Besoldungen der Schulleitungen sowie der Lehrpersonen der Vorschul-, Primar- und Sekundarstufe I (exkl. Lehrpersonen der Musikschulen) werden wie folgt festgelegt:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Fr. 5092.– pro Schülerin bzw. Schüler der Vorschul- und der Primarstufe; b) Fr. 8874.– pro Schülerin bzw. Schüler der Sekundarstufe I. <p>² Die Normpauschalen an die zugerischen Privatschulen gemäss § 78 Abs. 2 des Schulgesetzes betragen:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Fr. 2546.– pro Zuger Schülerin bzw. Schüler der Vorschul- und der Primarstufe; b) Fr. 4437.– pro Zuger Schülerin bzw. Schüler der Sekundarstufe I. |

| | |
|--|---|
| Verordnung) vom 25. November 2008 | <p>§ 5 Auszahlungsmodus</p> <p>¹ Die Direktion für Bildung und Kultur zahlt den Gemeinden die Pauschalen nach folgenden Kriterien aus:</p> <p>a) Vergütung der Normpauschalen in Berücksichtigung der kantonalen Schülerinnen- und Schülerstatistik (Stichtag 15. September des Vorjahres) zu gleichen Teilen per 1. April, 1. August und 1. Dezember des Kalenderjahres; nicht berücksichtigt werden die ausserkantonalen Schülerinnen und Schüler, für die gemäss § 9 Abs. 3 des Schulgesetzes eine separate vertragliche Regelung besteht.</p> <p>b) Vergütung der Jahreswochenstunden-Pauschale aufgrund der von den Gemeinden auf amtlichem Formular eingereichten Anzahl Jahreswochenstunden, die von der Gemeinde für das betreffende Schuljahr bewilligt worden sind. Die Auszahlung erfolgt an den in Bst. a) erwähnten Terminen.</p> <p>² Die Direktion für Bildung und Kultur zahlt den zugerischen Privatschulen per 1. Februar die Pauschalen aufgrund einer von den betreffenden Schulen auf amtlichem Formular eingereichten Namensliste der Zuger Schülerinnen und Schüler (Stichtag 15. September des Vorjahres).</p> |
|--|---|

ZH Zürich

| | |
|---|---|
| 101 Verfassung des Kantons Zürich vom 27. Februar 2005 | <p>2. Kapitel: Grundrechte</p> <p>Art. 15 Schulfreiheit Das Recht auf Gründung, Organisation und Besuch privater Bildungsstätten ist gewährleistet.</p> <p>8. Kapitel: Öffentliche Aufgaben</p> <p>C. Die Aufgaben</p> <p>Art. 117 Privatschulen</p> <p>¹ Privatschulen, welche die gleichen Aufgaben wie die öffentliche Volksschule erfüllen, sind bewilligungspflichtig und unterstehen staatlicher Aufsicht.</p> <p>² Der Kanton kann Privatschulen unterstützen, deren Leistungen von öffentlichem Interesse sind.</p> |
| 410.1 Bildungsgesetz vom 1. Juli 2002 | <p>1. Teil: Grundlagen</p> <p>§ 1. Gegenstand, Geltungsbereich</p> <p>¹ Dieses Gesetz regelt Ziele, Grundsätze und Gliederung des Bildungswesens sowie die stufenübergreifenden Bereiche.</p> <p>² Das Gesetz gilt für die staatlichen Schulen und, soweit es dies ausdrücklich vorsieht, für die nichtstaatlichen Schulen.</p> <p>§ 5. Qualitätssicherung Der Kanton fördert die Qualität im Bildungswesen. Er stellt Qualitätsvorgaben auf und kann staatliche und nichtstaatliche Bildungseinrichtungen und Angebote in der Aus- und Weiterbildung anerkennen oder zertifizieren.</p> <p>§ 6. Bildungsdaten Die für das Bildungswesen zuständige Direktion erhebt die für die Planung und Führung notwendigen Personendaten sowie die Verwaltungsdaten der staatlichen und nichtstaatlichen Bildungseinrichtungen, die vom Bundesstatistikgesetz erfasst werden.</p> <p>4. Teil: Versuche</p> <p>§ 11. Allgemeines</p> <p>¹ Der Regierungsrat kann zur Beschaffung von Entscheidungsgrundlagen für die Weiterentwicklung des Bildungswesens Versuche anordnen.</p> <p>² Im Rahmen der Versuche kann von der ordentlichen Gesetzgebung abgewichen werden, soweit die Erreichung der Ziele des Bildungswesens gewährleistet bleibt. Die Versuche werden befristet und evaluiert.</p> <p>³ Der Kanton kann Versuche an nichtstaatlichen Schulen unterstützen.</p> <p>5. Teil: Finanzielle Leistungen</p> <p>B. Leistungen an Auszubildende</p> <p>§ 18. Beitragsberechtigte Ausbildungen</p> <p>¹ Beitragsberechtigt ist, wer in der Schweiz nach der Volksschule eine berufliche Grundbildung, eine Ausbildung an einer staatlichen Mittelschule oder an einer Schule auf der Tertiärstufe absolviert. Für Ausbildungen an nichtstaatlichen Schulen werden Beiträge gewährt, wenn deren Abschluss</p> |

| | |
|--|---|
| | <p>vom Kanton oder vom Bund anerkannt wird.</p> <p>² In besonderen Fällen können auch Ausbildungsbeiträge für den Besuch anderer Schulen nach Abschluss der Volksschule gewährt werden.</p> |
| <p>412.100 Volksschulgesetz (VSG) vom 7. Februar 2005</p> | <p>1. Teil: Grundlagen</p> <p>§ 1. Gegenstand, Geltungsbereich</p> <p>¹ Dieses Gesetz regelt die Bildung und Erziehung in der Volksschule.</p> <p>² Das Gesetz gilt für öffentliche Schulen und, soweit es dies ausdrücklich vorsieht, für die privaten Schulen, in denen die Schulpflicht erfüllt werden kann.</p> <p>3. Teil: Privatschulen und Privatunterricht</p> <p>§ 68. Privatschulen</p> <p>¹ Privatschulen, an denen die Schulpflicht erfüllt werden kann, benötigen eine Bewilligung der Direktion. Diese wird erteilt, wenn die dort angebotene Bildung gleichwertig ist wie die Bildung an der öffentlichen Volksschule.</p> <p>² Die Direktion kann Privatschulen, die den Lehrplan nur teilweise erfüllen, bewilligen, wenn dort vorwiegend in einer Fremdsprache unterrichtet wird. Sie legt die Voraussetzungen für die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern fest.</p> <p>³ Die Trägerschaft einer Privatschule muss Gewähr bieten, dass die Schülerinnen und Schüler keinen pädagogischen oder weltanschaulichen Einflüssen ausgesetzt werden, die den Zielen der Volksschule in grundlegender Weise zuwiderlaufen. Sie ist verpflichtet, ihre Verbindungen zu ideellen Vereinigungen zu veröffentlichen und über die Eigentumsverhältnisse und die personelle Besetzung der leitenden Funktionen Auskunft zu erteilen.</p> <p>§ 69. Privatunterricht</p> <p>¹ Als Privatunterricht gelten der Einzelunterricht und der Unterricht in einer Gruppe bis zu fünf Schülerinnen und Schülern.</p> <p>² Die Eltern melden der Gemeinde ihres Wohnortes und der Direktion die Umstände des Privatunterrichts, insbesondere die unterrichtende Person, den Stundenplan und die Räumlichkeiten.</p> <p>³ Dauert der Privatunterricht länger als ein Jahr, muss er von einer Person mit abgeschlossener Lehrerausbildung erteilt werden.</p> <p>§ 70. Aufsicht</p> <p>¹ Die Privatschulen und der Privatunterricht werden von der Direktion beaufsichtigt. Diese kann geeignete Anordnungen treffen, wenn begründete Zweifel bestehen, ob in Privatschulen oder im Privatunterricht die Lernziele erreicht werden oder die Bewilligungsvoraussetzungen für die Privatschulen noch gegeben sind.</p> <p>² Dauert der Privatunterricht länger als ein Jahr, ist die Qualität des Unterrichts jährlich zu überprüfen.</p> <p>³ Die Direktion kann für Lehrpersonen an Privatschulen eine Fachaufsicht gemäss § 24 des Lehrpersonalgesetzes anordnen oder ihnen bei schweren Pflichtverletzungen das Unterrichten untersagen.</p> <p>⁴ Die Direktion kann den Privatunterricht bei schwerwiegenden Mängeln untersagen.</p> <p>§ 71. Weitere Leistungen</p> <p>¹ Schülerinnen und Schüler, die eine Privatschule besuchen oder privat unterrichtet werden, können bei der Gemeinde an ihrem Wohnort die in der Volksschule abgegebenen obligatorischen Lehrmittel unentgeltlich beziehen, die Musikschulen besuchen und die Angebote des freiwilligen Schulsports benutzen.</p> <p>² Sie haben an ihrem Wohnort Anspruch auf Therapien gemäss § 34 Abs. 3, einschliesslich der dafür notwendigen Abklärungen. Die Schulpflege entscheidet über Art und Umfang der Leistungen.</p> <p>³ Im Übrigen besteht kein Anspruch auf die ausserhalb des ordentlichen Unterrichts von der öffentlichen Volksschule zur Verfügung gestellten Leistungen.</p> <p>§72. Subventionierung von besonderen Privatschulen</p> <p>Der Regierungsrat kann an die Schulen gemäss § 68 Abs. 2, sofern deren Bestand für den Kanton einen besonderen Nutzen bietet, Beiträge bis zur Hälfte der anrechenbaren Kosten für den Neu- und Umbau von Gebäuden ausrichten. Er kann die Ausrichtung der Beiträge mit Auflagen verbinden.</p> |
| <p>412.101 Volksschulverordnung</p> | <p>1. Teil: Grundlagen</p> <p>§ 2. Schulpflicht und Recht auf Schulbesuch (§ 3 VSG)</p> |

(VSV)
vom 28. Juni 2006

- ¹ Die Schulpflicht kann durch den Besuch einer öffentlichen Schule, einer Privatschule oder durch Privatunterricht erfüllt werden.
- ² Die Schulpflicht und das Recht auf Schulbesuch gelten für alle Kinder, die sich im Kanton Zürich aufhalten. Sie gelten nicht für Kinder, die sich längstens zwei Monate im Kanton Zürich aufhalten.
- ³ Die für die Einwohnerkontrolle zuständigen Behörden informieren die Schulpflegen über die Kinder, die schulpflichtig werden, und über Zu- und Wegzüge von schulpflichtigen Kindern.
- 3. Teil: Privatschulen und Privatunterricht**
- § 67. Privatschulen (§ 68 VSG) a. Gleichwertigkeit**
- ¹ Die Privatschulen gewährleisten, dass die Schülerinnen und Schüler in ihrer Leistung, Persönlichkeitsbildung sowie körperlichen und seelischen Entwicklung in einer Weise gefördert werden, die mit der Volksschulbildung vergleichbar ist.
- ² Privatschulen orientieren sich an den Grundsätzen gemäss § 2 VSG und am Lehrplan. Sie können im Rahmen von § 68 Abs. 3 VSG Schwerpunkte setzen, insbesondere inhaltlicher, pädagogischer, weltanschaulicher, religiöser oder konfessioneller Art.
- § 68. B. Bewilligungspflicht**
- ¹ Der Bewilligungspflicht unterliegen alle Formen der privaten Schulung, die nicht als Privatunterricht gelten.
- ² Die Bildungsdirektion erteilt die Bewilligung, wenn
- a. die Privatschule die Grundsätze gemäss § 68 VSG einhält,
 - b. die Lehrpersonen für ihre Tätigkeit genügend ausgebildet sind,
 - c. für die Erteilung des Unterrichtes geeignete Räumlichkeiten samt Nebeneinrichtungen zur Verfügung stehen.
- § 69. c. Auflagen, Befristung, Entzug**
- ¹ Mit der Bewilligung können Auflagen verbunden werden, insbesondere in Bezug auf die Lektionentafel, die Lehrpersonen und die Räumlichkeiten.
- ² Die Bewilligung kann befristet werden.
- ³ Sind die Bewilligungsvoraussetzungen nicht mehr gegeben, kann die Bewilligung auf Ende eines Schuljahres, in wichtigen Fällen jederzeit, entzogen werden.
- § 70. d. Offenlegungspflicht**
- ¹ Die Privatschulen geben der Bildungsdirektion bekannt:
- a. die Namen der Personen, welche Eigentums- oder Mitwirkungsrechte in der Trägerschaft ausüben, insbesondere Teilhaber von Gesellschaften sowie Mitglieder von Vereinen und Genossenschaften,
 - b. die Namen der Personen, die in der Schule pädagogische oder administrative Leitungsfunktionen ausüben,
 - c. Verbindungen der Trägerschaft zu ideellen Vereinigungen.
- ² Die Privatschulen melden der Bildungsdirektion Änderungen unverzüglich.
- ³ Die Bildungsdirektion führt über die Angaben gemäss Abs. 1 lit. c ein öffentliches Register. Sie kann überdies die Schule verpflichten, diese Angaben in geeigneter Weise zu veröffentlichen, insbesondere in Werbe- und Informationsbroschüren zu erwähnen.
- § 71. e. Meldepflicht**
- Nimmt eine Privatschule Schülerinnen und Schüler auf oder entlässt sie solche, melden die zuständigen Organe der Trägerschaft der Schule dies der Schulpflege des Wohnorts der betreffenden Schülerinnen und Schüler.
- § 72. f. Aufsicht (§ 70 VSG)**
- ¹ Die Aufsicht durch die Bildungsdirektion erfolgt mittels Berichterstattung oder mittels Schulbesuchen. Die Schulen sind verpflichtet, der Bildungsdirektion Einsicht in die Unterlagen zu gewähren.
- ² Bestehen Zweifel, ob eine Schule die Lernziele erreicht oder die Bewilligungsvoraussetzungen noch erfüllt sind, kann die Bildungsdirektion eine externe Beurteilung anordnen.
- ³ Die Fachstelle für Schulbeurteilung beurteilt im Rahmen ihrer Kapazität Privatschulen auf deren Begehren und gegen Übernahme der Kosten.